

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 13 vom 1. April 1983

17. Jahrgang

1 DM

Chemie-Abschluß: Rappes Werk

Hermann Rappe hat sich lange genug durchgesehen, um sowohl Vorsitzender der IG Chemie als auch Bundestagsabgeordneter der SPD zu werden. In dieser letzteren Eigenschaft fordert er in der Debatte der SPD-Fraktion, man solle sich ganz auf die Vertretung von Arbeiterinteressen konzentrieren. Wie er das wirklich meinte, war klar: Gegen ein Eingehen seiner Partei auf linkere Forderungen.

Wem es noch nicht klar war, der kann das am Chemie-Abschluß, den er zu verantworten hat, sehen. Da ging es ihm plötzlich gar nicht mehr um Arbeiterinteressen. Der „Tabubrecher“ als der er sich nun gerne feiern lassen möchte, ist der Typ nun wirklich nicht. Seine „Tat“ rechtfertigt eher seine Einordnung unter die Rubrik „Streikbrecher“.

Alle über 58 Jahre haben ab September die 58-Stunden-Woche. Klingt erst einmal ganz gut. Aber: Dafür ist die 35-Stunden-Woche als Forderung für die nächsten vier Jahre untergebuttert worden, hat sich Rappe als Vorreiter dabei aufgespielt, eine nötige gemeinsame DGB-Front von Beginn an zu verhindern. Und nicht, daß für diese zwei Stunden weniger für so wenige Kollegen nicht auch noch reichlich bezahlt wurde von der IG Chemie. Zwar prahlte Rappe auch noch damit, er habe Lohnausgleich durchgesetzt, wahrer ist es deshalb aber nicht. Der gleichzeitige Lohnabschluß jedenfalls, Verzicht total bei den Lehrlingen und 3,2 Prozent auf 14 Monate für die Chemiearbeiter, das ist ein Durchbruch für die andere Seite, fürs Chemie-Kapital.

Auf zweierlei Weise: einmal haben sie die von ihnen stets geforderte Koppelung von Lohn und Manteltarif erreicht, zum anderen liegt, aufs Jahr berechnet, die „Lohnsteigerung“ so weit unter der 3-Prozent-Marke, daß es real eben doch diesen, vom Kapital geforderten, Lohnverzicht gibt. Und nebenbei: Rappe hißt in dieser Situation die weiße Flagge hinter dem Rücken der Metallarbeiter...

Heraus zum Ostermarsch:

Weg mit der Nachrüstung! Raus aus der NATO!

Hunderttausende werden über die Ostertage in allen Bundesländern gegen die Nachrüstung, gegen die Aufstellung neuer Atomraketen auf dem Boden der Bundesrepublik auf die Straße gehen. Im geplanten Aufstelljahr 83, an dem die NATO-Strategen, wie die Tagung der nuklearen Planungsgruppe in der letzten Woche in Portugal gezeigt hat, eisern festzuhalten entschlossen sind, ist es um so wichtiger, daß dieser Widerstand möglichst breit wird. Die Bonner Regierung hat seit der Wahl immer wieder betont, daß sie das Ergebnis als Freibrief für weitere Aufrüstung betrachtet. Dem muß gegengehalten werden.

Der Widerstand gegen die bevorstehende Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ist ohne Zweifel die unmittelbare und aktuelle Aufgabe eines jeden, der sich gegen die wachsende Gefahr eines neuen Krieges wendet. Dieser Widerstand muß sich gegen die Bonner Regierung richten, die ihre Aufrüstungspolitik im Rahmen der NATO, im Dienste der Rüstungsgewinnler und Revanchestrategie durchführt.

gen durchführen will.

Aber die immer neuen, immer gewagteren Pläne der US-Regierung, vom „Krieg der Sterne“, wie ihn Reagan letztes aufrief, bis zu einem Programm von Kreuzern, die mit Atomraketen überfrachtet werden sollen, zeigen auch, daß es dahinter und daneben noch viele weitere Gefahren gibt, die allesamt ebenfalls die Gefahr eines neuen Krieges verstärken.



Gegen das Konzept der Massenentlassungen

Streikaktionen der Werftarbeiter!

Die Hamburger HDW-Belegschaft hat am Freitag ein Signal gesetzt. Für die Fortsetzung des Streiks bis Montag, für die gemeinsame Front mit den Kieler Kollegen, die am Montag in Warnstreik traten. Der Vorstand hat bereits angekündigt, für den Fall, daß es im Aufsichtsrat — durch einen Vertreter der Stadt Hamburg — zu einem „Nein“ zu dem vorgelegten Kahlschlagskonzept komme, dann eben die Zustimmung durch die Hauptversammlung der Anteilseigner zu suchen — und finden.

Nach den bisher vorliegenden Berichten zeichnete sich die Streikversammlung am Freitag Nachmittag durch eine breite Stimmung des „zum Widerstand entschlossen Seins“ aus, was auch zum, von einigen IGM-Funktionären zumindest zunächst keinesfalls geplanten, Beschluß führte, den Streik Montag gleich mit Schichtbeginn weiterzuführen.

Die Entlassungspläne für 4000 Werftarbeiter von HDW in Hamburg und Kiel, die Tatsache ihrer Verkündung zwei Tage nach der Bundestagswahl, die zynische Haltung des Vorstands und die eiskalte Ablehnung des

Wirtschaftsministers Lambsdorff haben diese Entschlossenheit erzeugt. Lambsdorff unterstrich am Wochenende nochmals, es müsse ein Konzept her, das nicht nur Telegramme nach Bonn mit Zahlungsaufforderungen beinhalte: Er selbst geht da, bekanntermaßen anders vor, wenn er eben mal was Geld braucht.

Die von der IG Metall organisierte Unterschriftensammlung, die sich ebenso wie die gesamten Aktionen der Belegschaft gegen das Vorstandskonzept richtet, ist nach bisheriger Übersicht bereits ein voller Erfolg, obwohl eben erst gestartet.

In dieser Ausgabe:

Metall-tarifrunde:

Warnstreiks gegen Unternehmerdiktat

Seite 5

Über den Volks-zählungs-boycott

Seite 7

Rüstungs-forschung an den Hochschulen

Fakten und Hintergründe

Seite 9

Nicaragua

Hinter der Invasion stecken die USA

Die von Honduras aus einmarschierten konterrevolutionären Truppen, die gegen die Volksregierung in Nicaragua kämpfen, sind von den US-Imperialisten ausgebildet, unterstützt und beauftragt. Diese Tatsache wurde in den letzten Tagen durch immer mehr Fakten und Erklärungen untermauert. Hinter dem Versuch, das befreite Nicaragua wieder in reaktionäre Hände zu bekommen, stehen die Washingtoner Imperialisten.

Während in Nicaragua selbst die Kämpfe gegen die Eindringlinge weitergehen, erhebt sich weltweit internationaler Protest. Gegen die Verleumdungsreden der USA-Delegierten in der UNO, Kirkpatrick, die die sandinistische Regierung mit dem Terrorregime des Diktators Somoza verglich, wandten sich die Vertreter vieler Staaten, wobei auch immer wieder die Beherrschungspläne der USA über Mittelamerika angegriffen wurden.

Während die Streitkräfte des Landes mit großer Unterstützung der Bevölkerung — immer mehr Menschen melden sich zum Kampf gegen die Eindringlinge — die Lage militärisch im Griff haben, warnen Regierungsverstärker in Nicaragua davor, die Situation insgesamt zu unterschätzen. Diese Aggression sei offensichtlich nur Teil eines umfassenden Planes gegen die Revolution in Nicaragua. (Siehe auch Seite 10: Über die „Vietnamisierung“ Zentralamerikas)

Nicht nur Flick

Flicks Bonner Einkaufsbummel ist mit Sicherheit der direkteste und größte — bekannt gewordene — Bestechungskandal. Aber der Geldfluß der Großindustrie in die Kassen der jetzigen Bonner Regierungsparteien und zu rechten SPD-Exponenten ist vielfältig.

Die Durchsuchung von 31 verschiedenen Büros der CDU, FDP und verschiedener Privatpersonen macht diese Tatsache nochmals deutlich. Was sich da, Mitte März, um zwei dieser zwischen Unauffälligkeit und Obstruktion schwankenden Gesellschaften zu handeln schien, um

die „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e.V.“ und dem „Verband der Wirtschaft Baden-Württemberg zur Bildung neuen Eigentums e.V.“, das ist in Wirklichkeit ein viel direkteres Projekt von Eigentumsgewinnung. Tragende Mitglieder dieser beiden Gesellschaften sind nämlich die beiden größten Konzerne Baden-Württembergs, die Daimler Benz AG und die Robert Bosch GmbH.

Vor allem aus deren Tresoren sind über diese beiden Gesellschaften fast 8 Millionen Mark an CDU und FDP in Baden-Württemberg geflossen.

Die KPD, wie auch andere Parteien, unterstützt diesen



Streikende HDW-Arbeiter am vergangenen Freitag

Kommentiert

Der große Hammer

„Die Wähler haben sich entschieden — die Regierung muß jetzt zeigen, ob sie die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen kann.“

Ein Zitat aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“? Weit gefehlt! Diese Zeilen bilden die Überschrift des Leitkommentars in der März Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Der Grundstein“ (IG Bau-Steine-Erden).

Von welchen Hoffnungen ist hier eigentlich die Rede? Etwa von den Hoffnungen jener Arbeiter und Angestellten, die — im Unterschied zur großen Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder — schwarz gewählt haben, weil sie der verlogenen Aufschwung-Propaganda der Kohl, Lambsdorff und Co. auf den Leim gegangen sind?

Anstatt diese Kollegen aufzuklären darüber, welche Dummheit sie begangen haben, anstatt ihnen klarzumachen, daß wir Lohnabhängige uns jetzt gemeinsam gegen die Angriffe dieser arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Regierung zur Wehr setzen müssen, wird hier genau das Gegenteil betrieben!

Aber es kommt noch besser: „Unabhängig wie sich der einzelne bei der Wahl entschieden hat, kann er der Regierung doch wohl nur Erfolg wünschen.“

Erfolg wobei? Bei der Durchsetzung eines Lohnstopps? Bei der rücksichtslosen Abwälzung aller Krisenlasten auf die Werktätigen und sozial Schwachen? Beim Ausbau der Flickokratie? Bei der Verteufelung der Gewerk-

schaftsbewegung? Bei der Raketenstationierung?

Die meisten Gewerkschaftsmitglieder wissen: Diese Regierung ist angetreten, mit allen Mitteln die Interessen des Großkapitals gegen die Arbeiterschaft durchzusetzen. Dabei sollen sie ihr nun Erfolg wünschen?

Jedem denkenden Gewerkschafter ist klar, daß es jetzt darauf ankommt, den Widerstand zu organisieren, gewerkschaftliche Gegenmacht zu entwickeln, damit „Erfolge“ dieser Regierung nach Möglichkeit verhindert werden.

Die IGBE-Führungsspitze zieht den gegenteiligen Schluß: „Wenn allerdings die Leute mit dem großen Hammer zuschlagen, dann dürfen sich diejenigen nicht beschweren, die ihnen den Hammer in die Hand gegeben haben. Und sie dürfen schon gar nicht die Gewerkschaften rufen, um das wieder zu ändern, was die Wähler an der Basis gewollt haben.“

So kann kein ehrlicher Gewerkschafter schreiben, dem es um die Arbeiterinteressen und um eine starke Gewerkschaft geht.

Offengelassen

Eine der meistbeachteten Tatsachen an den neuen Bonner Koalitionsvereinbarungen, mit denen wir uns teilweise schon in der letzten Woche befaßt haben, ist, daß darin sehr wenig konkrete Absprachen enthalten sind, daß sehr viel offengelassen wurde. Was hat diese seltsame Neuerung zu bedeuten?

Wieviel in diesen Tagen auch dazu kommentiert wird, von allen Seiten, es erscheint trotzdem, bei Kenntnis der politischen Absichten dieser Regierung, eindeutig, weshalb man sich zurückhält. Man will vermeiden, alle geplanten, beabsichtigten, überlegten Maßnahmen zum Sozialabbau, zur Gegenreform im gesamten System der sozialen Sicherung, zur Einschränkung politischer Rechte auf einmal vorstellen zu müssen.

So versucht man nicht nur, sich geballteren Widerstand von Beginn an möglichst zu ersparen, sondern so ist diese Regierung auch offen für Wünsche, die heute schon oder im Verlauf der weiteren Entwicklung geäußert werden. Beispielsweise vom Bund der Deutschen Industrie, der bereits einen solchen Wunschkatalog vorgelegt hat. Er fordert die Bun-

desregierung auf, „Mut“ zu beweisen. Was nichts anderes heißt, als daß die Großkapitalisten eine möglichst harte Gangart fordern. Daß die anderen Kapitalisten sich dem voll und ganz anschließen, zeigen verschiedene Stellungnahmen ihrer Interessenverbände. Der neubelebte Wirtschaftsrat der CDU sekundiert dabei kräftig.

Also, haben sich die Unterhändler der Regierungsparteien gesagt, wozu sich so konkret festlegen, es reicht fürs Erste, den Weg, den sie gehen wollen, genauer festzulegen, erste Maßnahmen zu treffen. Was nebenbei auch noch verhindert, daß die diversen Machtkämpfe und Postenrangeleien unter diesen Partnern zugespitzt werden. Man ist auch offen für Wünsche aus Bayern, das noch nie so stark in der bundesdeutschen Politik vertreten war, wie in dieser Regierung.

Lambsdorffs Versprechen gilt den Reichen

Steuersenkungen für Unternehmer

Das Klageglied der Reichen sind stets die Steuern. In der allgemeinen Propaganda wird stets insgesamt — für alle — zu hohen Steuerbelastungen gesprochen, um dies zu verwischen. Jetzt tönt es aus Bonn, aus des Grafen Lambsdorffs Munde (wer hat gependet?), man wolle auf lange Zeit keine Steuererhöhung mehr machen, sondern vor allem betriebliche Steuern senken.

Die Tatsachen sind auch hier, einmal mehr, anders, als man es über Fernsehen und „Bild am Sonntag“ am letzten Wochenende glauben machen wollte.

Was die Steuerbelastung betrifft, was die gesamte Belastung durch alle möglichen zusammengezählten Abgaben und Beiträge betrifft, so sind eindeutig die Arbeiter diejenigen, die die stärkste Belastung haben. Von den Lohnerhöhungen des letzten Jahres blieben nach Abzug von Steuern und Abgaben, bzw. deren Anstieg, gerade noch 24 Prozent übrig. (Da diese Erhöhungen durchschnittlich rund 4 Prozent ausmachten, blieb also gerade noch ein Prozent übrig — dann kommt noch die Teuerung hinzu...). Einmal abgesehen davon, sind auch die anderen steuerlichen Maßnahmen, die die neue Bonner Regierung faßte, durchaus einseitig belastend. Die Mehrwertsteuer beispielsweise zahlt am Ende der Käufer, der sie weder weitergeben noch abbuchen oder abrechnen kann. In erster Linie also, und nicht nur wegen der Masse von Menschen, der Lohnsteuerzahler.

Und diese Steuererhöhung, so sprach's der feine Graf, die wird natürlich gemacht. Die

bürgerlichen Wirtschaftsexperten rechnen dann auch für dieses Jahr, daß von Lohnerhöhungen nach Steuern und Abgaben nur noch 14 Prozent übrigbleiben.

Dafür steht die Senkung der Gewerbesteuer an, ist die Körperschaftsteuer in der Debatte, und es werden die stets steigenden Steuerschulden und Rückstände noch weniger als bisher eingetrieben.

Ausdrücklich mit der befreienden Atmosphäre, die dies er-

zeugen würde, wurden in Bonner Pressemitteilungen die steigenden Steuerrückstände begrüßt...

Die Summe beträgt inzwischen sage und schreibe 15,4 Milliarden Mark. Fast 10 Milliarden davon sind direkte Schulden (die also beispielsweise reichen würden, die benötigten 7 Milliarden Kürzungen zu decken), über 4 Milliarden wurden „aus guten Gründen“ gestundet. Ob der Grund, der

Gute, dabei Verwandtschaft, Schmiergeld, Entlassungsdrohungen oder sonstwas, wird nicht weiter mitgeteilt.

Neben den vorgesehenen weiteren Steuersenkungen, neben den ausbaufähigen vielfältigen Schlupflöchern für Spitzensteuerzahler (von denen nach einer Untersuchung weniger als 3 Prozent auch nur annähernd die für sie auf dem Papier stehenden Steuersätze bezahlen) wird nun, so ist es eben im offenen Unternehmerstaat, auch noch die wachsende Steuerschuld der Kapitalisten als gut hingestellt.

Zensur kriegt Konjunktur

Mehrere Zensurakte haben in den Märzwochen deutlich gemacht, daß es zwar eine Zensur nach wie vor nicht gibt (laut Gesetz) daß sie aber sehr wohl ausgeübt wird. Nicht durch einen Zensor, sondern durch angedrohte Geldstrafen.

Die Badenwerke wollen die weitere Verbreitung der Energiebroschüre der Bundeskonferenz autonomer Bürgerinitiativen verhindern. Dort steht — aus alten Texten zitiert — die Behauptung, daß die Badenwerke vor zehn Jahren einen Stromausfall im Kaiserstuhl provoziert hätten, um der Bevölkerung die Notwendigkeit des AKW Wyhl eindringlich und eben auf ihre Weise klarzumachen. Was jahrelang schon immer wieder gesagt wurde, daß soll jetzt durch ein Gerichtsurteil verboten werden.

Ähnliches in Dormagen. Dort hatte der Düsseldorfer

Schriftsteller Everwyn — im Auftrag der Stadt — eine utopische Erzählung „Der Dormagener Störfall von 1996“ geschrieben. In der er sich nicht nur mit möglichen Katastrophen mit den Bayerwerken als Ursache befaßt, sondern auch vergangene nachzeichnet. Drei Passagen sollen vor allem gestrichen werden, obwohl der Bayer-Geschäftsleitung der ganze Text nicht paßt. Per einstweiliger Verfügung wurde dem Autor angedroht: entweder eine halbe Million oder ein halbes Jahr Gefängnis. Verschiedene Initiativen haben ihm Unterstützung versprochen, der Autor erwartet

dies auch vom Schriftstellerverband und dem DGB.

In die Reihe dieser Fälle paßt auch noch ein weiterer Vorgang, der nichts mit konkreten Zensurmaßnahmen zu tun hat: Die große Aufregung, die der Bericht über gewaltlose Widerstandsformen des ARD-Moderators Franz Alt hervorgerufen hat, wo so laut und direkt wie selten zuvor nach Maßnahmen gerufen wurde, solches künftig zu verhindern.

Gegeben hat es solche Fälle immer wieder. Daß sie jetzt so schnell und häufig und schroff behandelt werden, daß ist wohl mit auf Kohls Wende im „geistigen Bereich“ zurückzuführen. Zensur kriegt Konjunktur. Dagegen hilft nur Solidarität und Aktivität.

Solidarität mit Manfred und Andreas

Seit über zwei Jahren sitzen jetzt die beiden kommunistischen Oppositionellen Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeld in den Gefängnissen der DDR. Sie sind zu hohen Haftstrafen verurteilt worden, weil sie für Frieden und Demokratie eingetreten sind, weil sie aktive Solidarität mit ihren polnischen Klassenbrüdern betrieben haben.

Je acht Jahre in den Ge-

fängnissen sollen sie kaputtmachen, soll auf andere abschreckend wirken. Manfred Wilhelm und Andreas haben ihren politischen Kampf in den Reihen der Kommunistischen Partei Deutschlands in der DDR geführt. Einer Partei, die dort das durchsetzen will, was die SED und ihr Bonzenstaat schon lange verraten haben: Arbeitermacht, Frieden und Freiheit.

Schreibt an die Genossen

Jeder Brief, jede Karte, die die Gefangenen erreicht, erleichtert ihnen das Durchhalten im Gefängnis. Und es ist so einfach, von Versammlungen, aus dem Urlaub, von einer Reise oder einfach mal so eine Karte, einen kurzen Brief rüberzusenden. Selbst wenn der eine Brief oder die eine Karte mal nicht an

die Gefangenen ausgehändigt wird, immerhin merken dann die Behörden, daß die Genossen, Freunde, Bekannte haben, die nicht aufhören werden, mit den beiden solidarisch zu sein, die den Fall überall und immer wieder bekanntmachen werden, bis die Genossen wieder frei sind.



Andreas Bortfeld
Strafvollzugsanstalt
Bauzen
Postschloßfach 100-2
8600 Bauzen/DDR



Manfred Wilhelm
Strafvollzugsanstalt
Brandenburg
Postschloßfach 66-9
1800 Brandenburg/DDR

Angehörige der wegen oppositioneller kommunistischer Tätigkeit in der DDR Verhafteten und zu langjährigen Freiheitsstrafen Verurteilten haben den untenstehenden Appell an den Ministerrat der DDR verfaßt. Dieser Appell wurde mittlerweile von vielen hundert Menschen unterzeichnet. Unter ihnen sind der Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, der ehemalige Westberliner Bürgermeister Heinrich Albertz und viele andere Literaten, Wissenschaftler und Ärzte. Wir möchten auch die Leser des „Roten Morgen“ auffordern, diesen Appell zu unterzeichnen.

APPELL AN DEN MINISTERRAT DER DDR

An den
Ministerrat der DDR

Dr. med. Knut Bortfeldt
Westerweder Str. 31
2804 Lilienthal

Sehr geehrte Damen und Herren,
im April, Juni und Juli dieses Jahres wurden engste Angehörige von uns in Berlin zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Unter ihnen sind die vom Internationalen Sekretariat von amnesty international als Gewissensgefangene anerkannten Bürger der DDR Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt.

Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt wurden zu je acht Jahren Gefängnis verurteilt. Die Urteile wurde damit begründet, daß Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt sich der staatsfeindlichen Hetze schuldig gemacht hätten. Konkret ging es um die Gründung bzw. Mitgliedschaft in einer oppositionellen politischen Partei — der KPD — in der DDR, um die Herstellung und Verbreitung des Parteiorgans und um Flugblattaktionen im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen.

Wir — die Familienangehörigen der Verurteilten — sind durchaus unterschiedlicher Auffassung bezüglich der politischen Vorstellungen unserer Angehörigen. Wir halten es aber im Interesse der Wahrung der Menschenrechte für unsere Pflicht, gegen diese Gefängnisurteile zu protestieren und uns bei Ihnen für die Freilassung unserer Angehörigen einzusetzen.

Deshalb appellieren wir an Sie: Überprüfen Sie die ergangenen Urteile! Wir fordern die Freilassung unserer Angehörigen, da sie lediglich das in der Verfassung der DDR garantierte Recht auf Meinungsfreiheit wahrgenommen haben.

Für die Angehörigen
gez. Dr. med. Knut Bortfeldt

Ich/Wir unterstütze(n) den Appell der Angehörigen von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt an den Ministerrat der DDR

Name _____ Anschrift _____

Unterschrift _____

Bitte unterzeichnen und einsenden an:
Dr. med. Knut Bortfeldt, Westerweder Str. 31, 2804 Lilienthal

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300525, Postcheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Weitere Informationen beim Solidaritätskomitee: H.D. Koch, Gefrierstr. 14, 4600 Dortmund

CDU/CSU legt „außenpolitisches Konzept“ vor

Bonner Politik erhöht die Kriegsgefahr

Die Koalitionsverhandlungen über die Außenpolitik sind auf die Zeit nach Ostern vertagt worden. Die Unionsparteien allerdings haben inzwischen ihre Vorstellungen zu Papier gebracht, ein „außenpolitisches Konzept“ vorgelegt, das sich in den wesentlichen Teilen auf die Forderungen der CSU stützt.

„Dreh- und Angelpunkt deutscher Außenpolitik“, so heißt es darin, ist die Zusammenarbeit mit den USA. „Volle transatlantische Solidarität“ gegen die Sowjetunion sei gefordert. Alle NATO-Verbündeten müssten zur Übernahme einer „globalen

Mitverantwortung“ bereit sein, um das sowjetische Machtstreben einzudämmen.

Das ist genau die Sprache, die man auch in Washington hören will. Sie läuft darauf hinaus, die weltweite Rivalität zwischen USA und Sowjetunion tatsächlich an jedem Punkt in der Welt zur Angelegenheit auch der Bundesrepublik zu erklären,

die dann natürlich auch entsprechend größere Aufgaben weltweit zu übernehmen hat. Sei es, um die USA bei militärischen Abenteuern in Ländern außerhalb Europas durch verstärkte Rüstungsanstrengungen im Kernbereich der NATO zu entlasten, sei es dadurch, daß in Zukunft doch noch deutsche Soldaten im Nahen Osten oder sonstwo zum Einsatz kommen. Angelegt ist beides,

was Entspannung ist und was Entspannung nicht ist, darf nicht von einer Seite bestimmt werden, sondern nur im gegenseitigen Einvernehmen. Entspannung setzt eine ausreichende militärische Verteidigungsfähigkeit mit kriegsverhindernder Wirkung voraus und muß unteilbar, das heißt auch unterbrechbar, sein, da sie sonst zum psychologischen Zwang wird.“

Der Bayernkurier“ der CSU ist da schon öfters deutlicher geworden. Wenn man von Entspannung rede, so die landläufige Argumentation der Strauß-Partei, müsse man klären, von wem Spannung ausgehe. Und Spannung gehe einzig und allein vom Ostblock mit seinem diktatorischen Regime aus, das auf Hochnachtung und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung setze. Und das liege am System des Kommunismus. Deshalb bestehe Spannung, solange das Gesellschaftssystem der Ostblockstaaten nicht geändert würde. Solange könne es eben auch keine wirkliche Entspannungspolitik geben.

Da die Ostblockstaaten ihr Herrschaftssystem aber nicht freiwillig aufgeben und auch gar nicht zur Verhandlung stellen, wie kann man wohl eine Änderung herbeiführen? Mit der CSU-Argumentation wird noch ein neuer Ostlandtritt als „Entspannungsgrundlage“ denkbar.

„Das deutsche Reich besteht in den Grenzen von 1937 fort“

Der unverhohlene revanchistische Anspruch der Unionsparteien wird mit diesem Zitat aus ihrem außenpolitischen Konzept überdeutlich. So abseitig ist die Gefahr eines neuen Ostlandtrittes also wirklich nicht. Das ist ein konkretes Interesse der westdeutschen Imperialisten, das sie in einem siegreichen Feldzug der NATO gegen den Warschauer Pakt verwirklichen möchten. Die Einverleibung nicht nur der DDR, sondern auch von Teilgebieten anderer Staaten, wie Polen, UdSSR, Tschechoslowakei. Ganz entsprechend den ewigen Forderungen der Vertriebenenverbände, die ja auch personell massiv im neuen Kabinett vertreten sind.

Ins Bild paßt hier auch, daß als neuer Minister für innerdeutsche Beziehungen der CDU-Ab-

geordnete Windelen im Gespräch ist (Barzel soll ja Bundestagspräsident werden). Windelen ist Stargast auf zahlreichen Treffen der sogenannten Vertriebenenverbände, besonders der Landsmannschaft Ostpreußen. Vor zwei Jahren beispielsweise machte er durch seine Ausruf: „Auch Ostpreußen ist deutsches Land!“ und die anschließende Forderung, dem müsse in der Politik endlich wieder Rechnung getragen werden, von sich reden. Jetzt soll er eine politische Zentralstelle in die Hand bekommen, mit der er auf die Erfüllung seiner revanchistischen Träume hinarbeiten kann. Jeder weiß, daß sie nur durch einen Krieg zu erreichen ist.

Rüstungsexport und wirtschaftliche Erpressung

„Eine neue Konzeption für den Rüstungsexport“ fordern CDU und CSU. Sie müsse die sicherheits- und finanzpolitischen Interessen der Bundesrepublik berücksichtigen. Im Klartext heißt das: Aufhebung aller noch bestehenden Einschränkungen für den Waffenhandel, die sich für die westdeutsche Großmachtspolitik als lästig erwiesen haben. Hinzu kommt eine verstärkte wirtschaftliche Erpressung gegenüber allen Ländern, die sich zum Beispiel auf westdeutsche „Entwicklungshilfe“ eingelassen haben. Die Wirtschaftspolitik, so fordern CDU und CSU nämlich, müsse gezielt als „Teilelement der Außen- und Sicherheitspolitik eingesetzt werden“.

Genauso sollen die Schranken fallen, die einer reibungslosen Zusammenarbeit mit allen möglichen rassistischen und faschistischen Regimes entgegenstehen. Man fordert zum Beispiel „Akzentverschiebungen“ in der Südafrika-Politik.

Die Wende auf dem Gebiet der Außenpolitik, das machen diese Fakten deutlich, führt zu einer ernsthaften Gefährdung des Friedens, zeigt die Bundesregierung als eine Kraft, die in Zusammenarbeit mit den USA dabei ist, auf einen neuen Weltkrieg hinzuwirken. Das „außenpolitische Konzept“ der Union ist eine Herausforderung an alle Kriegsgegner und sollte deutlich machen, daß es nicht ausreicht, einen Kampf nur gegen Raketen zu führen.

Massenhafter Widerstand und aktiver Kampf gegen die eigene Regierung ist grundsätzliches Gebot im Friedenskampf.

Das ist ein Friedensplan!

...der Friedensplan der KPD nämlich.

Maßnahmen zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Mitteleuropa und Maßnahmen zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen fordert dieser Plan von den Regierungen beider deutscher Staaten und vom Westberliner Senat.

Unabhängig voneinander sollen die Regierungen in Bonn und Ostberlin friedenssichernde Maßnahmen beschließen. Die KPD tritt also auch für einseitige Maßnahmen der Bundesregie-

rung ein. Zusammen mit beiden Regierungen ist vom Westberliner Senat eine besondere Berlinregelung zu treffen, die unter anderem die Aufhebung aller alliierten Hoheitsrechte für Berlin und die Garantie einer Freien Stadt Westberlin vorsehen soll. Beide deutschen Regierungen sollen umgehend Verhandlungen miteinander aufnehmen, um unter anderem die Aufhebung aller alliierten Hoheitsrechte für Berlin und die Garantie einer Freien Stadt Westberlin vorsehen soll. Beide deutschen Regierungen sollen umgehend Verhandlungen miteinander aufnehmen, um unter anderem die Aufhebung aller alliierten Hoheitsrechte für Berlin und die Garantie einer Freien Stadt Westberlin vorsehen soll. Beide deutschen Regierungen sollen umgehend Verhandlungen miteinander aufnehmen, um unter anderem die Aufhebung aller alliierten Hoheitsrechte für Berlin und die Garantie einer Freien Stadt Westberlin vorsehen soll.

Folgende Sofortmaßnahmen fordert die KPD für die Bundesrepublik:

1. Den Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden,
2. Den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und EG,

3. Die Kündigung aller diesbezüglichen bzw. die Souveränität der Bundesrepublik einschränkenden Verträge (Pariser Verträge, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG etc.)

4. Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland,

5. Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden,

6. Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung,

7. Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland,

8. Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.

Wer mehr über die Position der KPD wissen möchte, kann den gesamten Friedensplan mit Erläuterungen kostenlos bestellen beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

„Die Bürger auf die Nachrüstung vorbereiten“

Daß die Unionsparteien auf alle Fälle an der „Nachrüstung“ festhalten wollen, war sowieso klar. Offenbar nehmen sie den Widerstand gegen die Aufstellung amerikanischer atomarer Erstschnitzwaffen in der Bundesrepublik ernst. Sie setzen deshalb auf eine Propagandaoffensive großen Stils: „Die Bevölkerung ist psychologisch darauf vorzubereiten, daß bei einem Mißerfolg der Genfer Verhandlungen Ende 1983 mit der Nachrüstung begonnen werden muß.“ Daß für die CSU ein Scheitern der Verhandlungen feststeht, weil sie selbst nicht daran glauben, daß sich die Sowjetunion widerspruchslos auf die sogenannte Null-Lösung einlassen wird, hat sie wiederholt deutlich gemacht, auch wenn diese Auffassung jetzt nicht im Verhandlungskonzept für die Koalitionsrunde drinsteht.

Die „psychologische Vorbereitung“ setzt allerdings nicht allein auf Propaganda. Auch die Verbreitung von Angst gehört zur Psychologie, Angst vor „den Russen“ ist da eine Seite, Angst vor der eigenen Staatsgewalt eine andere. Und diese Staatsgewalt wird verstärkt auf Nachrüstungsgegner losgelassen werden. Das deutete sich ja bereits im Vorfeld der Ostermärsche an, besonders dort, wo Blockaden und ähnliche Maßnahmen diskutiert wurden. Aktive Rüstungsgegner sollen kriminalisiert werden.

Gegen die „Entspannungspolitik“ in der gegenwärtigen Form sind die Unionsparteien auch. Weil ihnen die Aufrüstung unter dem „Entspannungs“-Mantelchen zu langsam geht. Möglichst wohlklingend versucht man, die eigene Aggressivität zu formulieren: „Wirkliche Entspannung ist nur unter drei Voraussetzungen möglich:

Moralisch

Es war zu erwarten: Mit großem Jubel hat die Bundesregierung die Laservisionen des NATO-Oberhirten aufgenommen. Von einer „langfristigen Vision“, die in Bonn „außerordentlich hoch eingeschätzt“ werde, sprach Regierungssprecher Jürgen Sudhoff. Eine „beträchtliche moralische Verbesserung“ der Position des Westens verspricht sich Verteidigungsminister Wörner, wenn es sich bei den Plänen auch um „Zukunftsmusik“ handele. Die natürlich keine Änderung der aktuell auch in der Bundesrepublik vorgesehenen atomaren Aufrüstung zur Folge haben kann.

Die offensichtliche Harmonie der Moralvorstellungen Wörners und Reagans mag verdeutlichen, was uns die „geistig-moralische Wende“ in Bonn auf dem Gebiet der Militärpolitik eingebracht hat.

Reagans Friedensbotschaft

Ronald Reagan hat endlich das Mittel gefunden, den Frieden endgültig sicher zu machen. Tolle Anstrengung. Obwohl doch schon sein Prinzip der totalen Atomrüstung, der unaufhaltsamen Erstschnitzwaffen und der Perfektionierung der konventionellen Waffensysteme den Frieden sicher wie nie gemacht hat, gibt er sich nicht zufrieden. Ohne sich die wohlverdiente Ruhe zu gönnen, müht er sich ständig um neue Verteidigungssysteme zum Schutz des gesamten freien Westens. Muß er ja auch, schließlich haben ihm die mit Blindheit geschlagenen Kongreßabgeordneten gerade den Verteidigungshaushalt 84 zusammengekürzt — statt um 10 Prozent soll er gegenüber 1983 nur um 4 Prozent erhöht werden!

„Eine Bemühung, die Aussicht hat, den Gang der menschlichen Geschichte zu ändern.“ Eine treffende Würdigung der neuen Pläne des Präsidenten. Sie stammt auch von einem Fachmann: vom Präsidenten selber.

„Alle zur Verfügung stehenden technischen Mittel“, so verlautet aus Washington, sollen nach Reagans Wunsch mobilisiert werden zur Entwicklung der Laserstrahlentechnik, der Erforschung von Mikrowellen und der Teilchenstrahlung. Um nämlich unter anderem mit Laserkanonen feindliche Raketen im Anflug zerstören zu können. Abschußsysteme sollen menschenfreundlich stationiert werden: im Weltraum nämlich. Prima. Kann dann keiner drüber stolpern. Umweltfreundlich.

Überzeugt? Wir hoffen doch. Präsident Reagan aber

hat die leidvolle Erfahrung gemacht, daß ihm nicht jeder vorbehaltloses Vertrauen schenkt. Natürlich, so sagt er selbst, könne man die Rüstungsanstrengungen der USA auf diesem Gebiet auch ganz falsch verstehen.

Es sei ja beispielsweise denkbar, Laserwaffen auch offensiv zu verwenden. Sich das Rüstungsmonopol auf den Weltmarkt zu sichern, denn die Sowjets sind auf diesem Gebiet noch nicht so weit (obwohl sie sicher nach Reagans Ankündigung ihre Anstrengungen dazu verstärken werden). Und daß eine Technik, von der man sich die Möglichkeit des Ausschaltens aller bekannten gegnerischen Raketenysteme verspricht, als Schutzschild für die eigene Atommacht benutzt und diese endgültig hemmungslos zu internationaler Erpressung (und zum abgesicherten Erstschnitz gegen jeden Gegner) eingesetzt werden könnte. Diese Unterstellung könnte man womöglich noch mit dem Hinweis darauf untermauern, daß Reagan für die Zeit bis zur angestrebten Perfektionierung der Lasertechnik die amerikanische Atomwaffenkapazität ausbauen und auch die Stärke der konventionellen Streitmacht gerade in den nächsten Jahren drastisch erhöhen will. Solches hat er schließlich in derselben Rede verkündet, in der er seinen neuen Plan vorstellte.

Wer, der sich die amerikanische Außenpolitik ansieht, wird aber so schlecht von Mister Reagan denken?

Vor allem in Westdeutschland doch wohl niemand. Wo wir doch mit den USA über die

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhof Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9-13 Uhr + 15-18 Uhr; Mi 9-13 Uhr; Sa 10-13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17-18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30-18.30 Uhr; Mi 17.30-18.30 Uhr; Sa 10-12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18 Uhr; Sa 11-13 Uhr.

„Frischer Wind“, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg

Unternehmenskonzept '83: Jetzt sind alle betroffen!

Kampf gegen den Kahlschlag auf HDW

KPD macht konkrete Vorschläge

In Hamburg kämpfen die Beschäftigten der Großwerft HDW um Lohn und Arbeitsplatz, gegen die Sanierung der Profite der Werftherren auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung. Die Hamburger Bezirksorganisation der KPD hat in diesen Tagen ihre Aktivitäten verstärkt, um diesen Kampf zu unterstützen. Zu dieser Unterstützung gehört es, daß die Auswirkungen des Kahlschlag- und Lohnraubkonzeptes der HDW-Bosse konkret aufgezeigt werden. Weiter gehört dazu das Aufzeigen der politischen Hintergründe, zumal ja die Howaldtswerke — Deutsche Werft AG ein staatliches Unternehmen sind. HDW gehört dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern sowie dem Land Schleswig-Holstein.

Diese besondere Konstellation muß natürlich mit berücksichtigt werden, wenn es darum geht, gegen wen und auf welche Art und Weise der Kampf zu führen ist. Auch zu diesen Fragen, gegen wen und wie die HDW-Beschäftigten und die Hamburger Bevölkerung den Kampf führen müssen, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll, hat die KPD in Hamburg konkrete Vorschläge entwickelt.

Aus einem Aufruf der KPD/Hamburg

Das geht alle an!

Das Vorgehen des HDW-Vorstandes und die Auswirkungen seines Konzeptes signalisieren: Die Herren haben heute kein Interesse mehr an „Sozialpartnerschaft“ und „vertrauensvoller Zusammenarbeit“. Sie machen Klassenkampf von oben.

Das sollte auch für die Metaller Hamburgs, für alle Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden ein Signal sein!

Schluß mit der Politik der Sozialpartnerschaft!

Jetzt helfen nicht mehr allein Verhandlungen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, jetzt muß in den Betrieben gestreikt werden, jetzt müssen Betriebsbesetzungen vorbereitet werden. Denn HDW ist nicht allein betroffen.

Bei M.A.N. sollen nach wie vor 600 Arbeitsplätze vernichtet werden. Über 10000 Arbeitsplätze sind allein in der norddeutschen Metallindustrie gefährdet.

Gegen Lohnabbau und Arbeitsplatzvernichtung — Für 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Reallohnsicherung!

Jetzt heißt es die Kollegen der HDW solidarisch zu unterstützen, denn wenn die HDWler unterliegen, werden alle Hamburger Arbeiter und Angestellte das zu spüren bekommen.

Den Hamburger SPD-Senat zwingen, sich an der HDW zu beteiligen!

Obwohl auch dem Senat seit langem bekannt ist, was mit der HDW geplant ist, hat er nicht reagiert und seine Verantwortung nicht wahrgenommen. Auch jetzt verhält er sich defensiv. „Wir beteiligen uns nur, wenn ein zukunftsorientiertes Konzept auf dem Tisch liegt“, läßt der Senat verlauten.

Wie Dohnanyi und Lange die Schwarzen in Bonn und Kiel dazu bringen wollen, ein anderes Konzept auf den Tisch zu legen und wie dieses Konzept aussehen soll, (nämlich die HDW gehört zu 74,9 Prozent dem Bund und zu 25,1 Prozent dem Land Schleswig-Holstein) das konnte auch der Betriebsrat der HDW im Rathaus nicht erfahren.

Jetzt, eine Woche vor der entscheidenden Aufsichtsrats-sitzung am 28. März, beginnt eine SPD-Arbeitsgruppe damit, sich Gedanken zu machen! Während Bürgermeister Dohnanyi selbst in den USA weilt.

So nicht, Herr Bürgermeister!

„Es wird Zeit, daß Sie und Ihre Genossen der SPD gegen die Unternehmerpolitik der Wende mobil machen. Oder haben Sie damit überhaupt nichts mehr am Hut?“ Schon kommt der HDW-Vorstand mit der Idee, das Hamburger Werk der HDW von Kiel zu trennen und die CDU kommt mit der alten SPD-Idee von einer Fusion mit Blohm & Voss.

Das aber vernichtet nur zusätzliche Arbeitsplätze bei Blohm!

Deshalb ruft die KPD alle Arbeiter und Angestellten, Auszubildenden und Schüler auf:

Fordert den Senat auf, sofort bei HDW einzusteigen und die Arbeitsplätze zu erhalten!

- Unterstützt den Kampf der HDWler!
- Kein einziger Arbeits- und Ausbildungsplatz darf mehr vernichtet werden!

HDW MUSS BLEIBEN!

Was bezweckt der Vorstand?

„Mit einem Bündel konzentrierter Maßnahmen das Unternehmen in die Gewinnzone treiben“

Was sind die wesentlichen Maßnahmen?

1. Personalabbau

In allen Bereichen soll reduziert werden:

- der Schiffsneubau soll ganz eingestellt werden; das hat Folgen für alle Gewerke;
- die Reparatur soll erheblich eingeschränkt werden; auch das hat Folgen für alle;
- Stahlbau und Tankbau sollen erheblich reduziert werden;
- auch der Maschinenbau wird reduziert.

Statt 4,1 Millionen Fertigungsstunden im Jahr jetzt nur noch 2,1

(= 1,2 Reparatur,
0,4 Maschinenbau,
0,3 Offshore
0,2 Tankbau)

Dadurch sollen 2134 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren.

2. Sozial- und Lohnabbau

Wegen der „Verteilung der Lasten“ sollen die 1893 verbleibenden Kollegen in die fünfziger Jahre zurück: Eine erhebliche Produktivitätssteigerung soll die gewaltige Zahl der Entlassungen erst ermöglichen und wieder Gewinne erbringen:

Leistungssteigerung durch:

- pauschale Vorgabezeitkürzung
- Kürzung der Verteilzeiten;
- volle Ausnutzung der Arbeitszeit;
- die Einführung des Prämienlohns.

Lohnkürzung durch:

- Streichung der Groschen auf die Lohngruppe;
- Kündigung des Zeitlohn-

Was tun?

Die politische Wende gibt den Unternehmern Rückenwind für ihre Feldzug gegen uns. Deshalb dieses Konzept kurz nach der Wahl. Der Vorstand unter Ahlers tritt absichtlich provokativ auf und bricht sogar das Betriebsverfassungsgesetz.

Diese Herren wollen keinen „Ausgleich“ mit der Belegschaft, sie wollen auf Hieb und Stich ihre Vorstellungen durchsetzen. HDW soll von der Bildfläche verschwinden und bis dahin noch Gewinn abwerfen.

Jetzt nützen nur noch Kampfmaßnahmen

Alle sind betroffen. Keiner soll glauben, durch Kopfeinziehen, Buckeln und sich ruhig verhalten aus der Schußlinie zu kommen.

Der Aufsichtsrat kann nichts ändern. Selbst wenn Senator Steinert gegen das Konzept stimmt, die Anteilseigner in Bonn und Kiel werden ihr Konzept dann über die Hauptversammlung durchsetzen.

Der Betriebsrat hat keine Möglichkeiten.

Gesetzlich hat der Betriebsrat keinerlei Rechte, das Konzept zwingend zu ändern.

kataloges, um die Zulage auf 16 Prozent zu kürzen;

- Wegfall der Erschwerniszulagen;
- Wegfall der freiwilligen Zahlung für Angestellte.

Totaler Sozialabbau

- Kündigung aller Betriebsvereinbarungen, von der 12-Prozent-Sonderzahlung bis zu den Bussen;
- Entlassung vor allem der 11 Prozent Schwerbehinderten;
- keine soziale Auswahl bei der Massenentlassung;
- Senkung des Krankenstandes auf 7 Prozent durch Druck.

Disziplinierung

- Kenntlichmachung der Werker (vielleicht: A = Ausländer, V = Vertrauensmann, S = Sozialdemokrat, K = Kommunist, B = Betriebsrat usw.);
- Beschränkung der Betriebsratsarbeit;
- Beschränkung der Vertrauensleutearbeit;
- Schließung aller Pausen- und Waschräume während der Arbeitszeit.

„Extremlösung“

Dieser Horrorkatalog soll innerhalb eines Jahres durchgezogen werden. Geschieht dies nicht, so droht der Vorstand mit einer „Extremlösung“: 7000 Entlassungen durch Zerschlagung der HDW.

Die jetzige „Lösung“, das Unternehmenskonzept '83 wird sowieso nur als vorübergehend bezeichnet, weil die optimale Lösung im Augenblick nicht erreichbar ist.

Das Unternehmenskonzept '83 ist ein Angriff auf alles, was wir uns in Jahrzehnten erkämpft haben. Der Tod auf Raten ist vorprogrammiert. Dieser Totalangriff muß und kann gestoppt werden!

Gespräche und Verhandlungen?

Der Senat will mit Bonn und Kiel an einen Tisch, um ein neues Konzept auszuhandeln. — Bonn und Kiel aber haben kein Interesse an einem neuen Konzept, sie wollen lediglich Geld für ihr Konzept.

Der Senat will am 21. April die Norddeutsche Werftenkonferenz, um eine Lösung für die gesamte Schiffbauindustrie zu erarbeiten. — Doch die Schwarzen und die Schiffbaubosse wollen niemanden, der ihnen in ihr dunkles Handwerk pfuscht. Sie wollen nur „Sterbehilfe“, um Betriebe stillzulegen. Diese Gespräche und Verhandlungen kommen nur dann zustande und haben vor allem nur — wenn überhaupt — Aussicht auf Erfolg in unserem Sinn, wenn kompromißlos gekämpft wird!

Kollegen, jetzt kommt es in allererster Linie auf uns an, auf jeden von uns.

Für die Erhaltung unserer Arbeitsplätze, gegen Sozial- und Lohnabbau hilft nur noch der Kampf:

1. Beteiligung aller an der Betriebsversammlung und fol-

genden Aktion mit deutlicher Kampfansage gegen den Vorstand und seine Auftraggeber.

2. Überstundenstreik sofort

3. Am Tag der Aufsichtsrats-sitzung muß die Arbeit ruhen! Es muß klar sein, und nach außen deutlich gemacht werden, daß die Arbeit nur dann wieder aufgenommen wird, wenn dieses Konzept vom Tisch ist!

Nur so kann verhindert werden, daß am 28. März fast 4000 von uns ihren Arbeitsplatz verlieren und die Übriggebliebenen unter Bedingungen arbeiten müssen wie in den fünfziger Jahren.

Wer will das Aus für HDW?

HDW gehört dem bundeseigenen Salzgitter-Konzern zu 74,9 Prozent und dem Land Schleswig-Holstein zu 25,1 Prozent. Der Chef ist Topmanager Ahlers und im Salzgitter-Konzern Ernst Pieper.

Die Eigentümer werden vertreten durch CDU-Finanzminister Stoltenberg (Bonn) und CDU-Finanzminister Westphal (Kiel). Ahlers und Pieper sind Manager, hochbezahlte Manager, die im Auftrag der Besitzer handeln, auch im Staatsbetrieb nach „betriebswirtschaftlichen Grundsätzen“, sprich: Gewinne machen!

Gleichzeitig haben diese Manager einen politischen Auftrag.

Von wem?

Von den Besitzern, der Bundesregierung und der Landesregierung in Schleswig-Holstein.

Mit der staatlichen HDW wird seit Mitte der sechziger Jahre „Strukturpolitik“ in der Schiffbauindustrie gemacht.

Nach welchem Konzept? Nach dem Werftgutachten der Bundesregierung. Das hat nach wie vor Gültigkeit. Und das sieht das Verschwinden von HDW/Hamburg vor.

„Nur eine Großwerft in Hamburg mit dem Schwerpunkt Reparatur“.

Dieses Ziel wurde systematisch verfolgt: Mehr als 45 Prozent aller auf den Großwerften vernichteten Arbeitsplätze wurden auf der HDW/Hamburg vernichtet! Über 17000!

Wem nützt diese staatliche Strukturbereinigung?

Den privaten Großwerften. Z.B. Blohm & Voss. Während HDW von 21 500 auf 4 500 reduziert wurde, wuchs Blohm &

Dies kann nur erreicht werden, wenn alles Trennende jetzt beiseite geschoben wird. Egal ob „Aktiver“, „Metaller“ oder „RGOler“; egal ob Sozialdemokrat oder Kommunist. Jetzt müssen wir gemeinsam kämpfen. Das setzt aber voraus, daß eine gemeinsame Diskussion und Vorbereitung erfolgt. Daß alle Kollegen aktiv werden, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Vertrauenskörper zustande kommt.

- Gemeinsam gegen Massenentlassungen, Lohnabbau und Sozialabbau!
- HDW muß bleiben!!!

Wer steht hinter den privaten Großwerften?

Die Stahlkonzerne Thyssen und Krupp und die Elektrokonzerne Siemens und AEG. In ihrem Interesse ist es, wenn mit HDW ein Konkurrent im Schiffbau verschwindet. Sie sind als Eigner der anderen Großwerften die Herren der Schiffbauindustrie. Und wer das Karussell um die Stahlkonzerne verfolgt hat, weiß, daß die Großbanken voll mit im Geschäft sind. So zahlt auch die Salzgitter-Konzern täglich 2 Millionen Mark an Zinsen an diese Großbanken!

Letzten Endes stecken hinter den privaten Großwerften die Herren der Stahlkonzerne, Elektrokonzerne und der Banken. Diese Herren bestimmen über unser Schicksal. Für diese Herren arbeiten der CDU-Finanzminister Stoltenberg und CDU-Westphal.

Diese Herren stecken letztlich hinter dem Unternehmenskonzept '83!

Bis heute haben die verantwortlichen Politiker und die Manager der HDW systematisch den Interessen der Schiffbaubosse gedient.

HDW/Hamburg ist fast am Ende.

Jetzt gilt es, die Politiker zu zwingen, die Arbeitsplätze zu erhalten.

Dazu reicht Überredung nicht aus —

da hilft nur: der kompromißlose Kampf!

Die Arbeitsplätze auf den Werften sind nur durch eine nationale Lösung zu retten

Nur der Kampf der Werftarbeiter kann die Bosse der Schiffbauindustrie und ihre Hintermänner und die schwarzen Politiker zwingen, ihr Todeskonzept zu ändern.

Kahlschlag HDW — Fusion Vulkan und AG Weser — Massenentlassungen auf fast allen Werften, — das kann keine Be-

legschaft alleine schaffen.

Die Unternehmer wollen die Schiffbaukonferenz am 21. April umgehen. Sie wollen die einzelbetriebliche Lösung. Diese Lösung aber ist von langer Hand gesteuert. Die Grundlage ist das Werftgutachten von 1970. Dagegen muß die politische Lösung erzwungen werden:

Verstaatlichung der Werftindustrie

Das ist die Klammer, um alle Belegschaften gemeinsam in den Kampf zu führen. Diese Verstaatlichung hat aber nur Sinn, wenn:

1. Alle Arbeitsplätze garantiert werden;
2. alle Werftstandorte erhalten bleiben;
3. alle Schiffbauplätze solange erhalten bleiben, bis vollwertige Ersatzarbeitsplätze geschaffen sind;
4. auf allen Werften die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ermöglicht wird;
5. der Lohn- und Sozialabbau gestoppt wird;

6. volle Rente mit 60 Jahren garantiert wird;
7. die Belegschaften Kontrollrechte erhalten.

Die Schiffbauindustrie ist eine politischen Industrie. Vor allem in Norddeutschland ist sie von großer Bedeutung. Deshalb muß sie verstaatlicht werden und die verantwortlichen Politiker müssen gezwungen werden, unsere Forderungen zu erfüllen.

Denn, daß diese es freiwillig nicht tun, das wissen wir auf HDW nur zu gut!

Gemeinsamer Kampf aller Werftarbeiter für Arbeit, soziale Leistungen, Lohnabsicherung und 35-Stunden-Woche!



Bochum

Warnstreikaktionen der Metaller

„Heute stehen wir bereit: Gegen Lohnraub hilft nur Streik!“

BOCHUM/WESTBERLIN. — Hunderttausende Metaller waren bis jetzt an Warnstreikaktionen beteiligt. Zu dem Zeitpunkt, da diese Zeilen geschrieben werden, dürften es insgesamt etwa 600000 gewesen sein. Diese Aktionen beweisen, daß trotz der schwierigen Bedingungen die nötige Kampfbereitschaft für einen Flächenstreik durchaus vorhanden ist. Stellvertretend für die diesjährige Warnstreikbewegung sei im folgenden über Aktionen der Kollegen von BMW in Berlin-Spandau und von verschiedenen Belegschaften in Bochum berichtet.

Kämpferisch und vorbildlich ausgerichtet war der Warnstreik der Belegschaft von BMW in Westberlin am 16. März. Während des länger als zwei Stunden dauernden Warnstreiks ruhte in dem Motorradwerk die gesamte Produktion. An der Spitze des 400 Kollegen starken Demonstrationstrupps trugen die Kollegen Pappschilder mit dem weit hin sichtbaren Schriftzug „STREIK“. Über Lautsprecherwagen der IG Metall wurde die Bevölkerung über den Tarifkonflikt und die Ziele der Gewerkschaft informiert. Außerdem wurden traditionelle und neue Arbeiterlieder übertragen.

Folgende Sprechchöre wurden von den streikenden Arbeitern skandiert: „Lohnpause? Ach nee! — Das streiken wir beim BMW!“; „Mann der Arbeit aufgewacht und erkenne deine Macht, alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“; „Heute stehen wir bereit: Gegen Lohnraub hilft nur Streik!“; „Deutsche und Ausländer Hand in Hand, leisten Lohnraub Widerstand!“; „Die Reichen werden immer reicher, doch unsere Taschen nur noch leichter!“; „Mit Steuern wird das Kapital beschenkt, das uns dann den Reallohn senkt!“; „Gegen Lohnraub, Elend, Krieg — nur Arbeitereinheit

führt zum Sieg!“; „Statt konkurrieren und spalten — Arbeitereinheit! Zusammenhalten!“; „Außerdem wurde auf einem großen Transparent gefordert: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen!“.

Zum ersten Mal beteiligten sich auch die Auszubildenden bei BMW in Spandau an einem Arbeitskampf. Dies wurde auf der Warnstreikkundgebung vom Vorsitzenden des IGM-Vertrauenskörpers, Rainer Knirsch, ausdrücklich hervorgehoben. Kollege Knirsch wies darauf hin, daß die Warnstreiks während der vergangenen Jahre bei den Tarifrunden gezeigt hätten, daß die Arbeiter und Angestellten sich wehren und daß sie die Unternehmerangriffe stoppen können, wenn die Gewerkschaft ihre Kampfbereitschaft konsequent ins Feld führt.

Da im Westberliner BMW-Werk viele Ausländer beschäftigt sind, wurden auch kurze Ansprachen in türkisch und serbokroatisch gehalten.

Am Dienstag, den 22. April, also unter dem Vorzeichen des von den Unternehmern provozierten Scheiterns der Tarifverhandlungen in Bayern, fand in Bochum eine große Warnstreikaktion der IG Metall statt. Den Kern bildeten dabei die Automobilarbeiter der Bochumer

Opel-Werke. Um 13 Uhr marschierten die Kollegen der Frühschicht von Werk 1 aus ins Stadtzentrum auf den Husemann-Platz, wo eine Großkundgebung mit Hans Preiß vom geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall als Hauptredner stattfand. Auf dem Husemann-Platz sammelten sich zusätzlich Kollegen aus anderen Bochumer Metallbetrieben, die ebenfalls in den Warnstreik getreten waren.

Die Ortsverwaltung der IG Metall hatte die Aktion allerdings fehlerhaft organisiert. Ein zweiter Demonstrationstrupp von Opel-Arbeitern, hauptsächlich Kollegen der Spätschicht, erreichte den Kundgebungsplatz erst, nachdem die Großkundgebung bereits zu Ende war. Diese Kollegen waren deshalb zu Recht sehr sauer.

Insgesamt beteiligten sich an der Warnstreikaktion in Bochum ca. 8000 Arbeiter und Angestellte. Die KPD verteilte an die Kollegen ein Flugblatt, dessen Text identisch war mit dem Leitartikel zur Metalltarifrunde auf Seite 1 im letzten „Roten Morgen“ („Die richtige Antwort: Urabstimmung“).

Auf Transparenten hieß es unter anderem: „Ganz konsequent, 6,5 Prozent!“; „Unternehmer bewegt Euch, sonst bewegen wir euch!“; „Uns Frauen von Reinshagen schlägt diese Lohnpolitik auf den Magen!“; „Unsere Wut ist groß, wir wollen unser reales Moos!“; „Kabelwerke Reinshagen: Keine zwei, keine vier, sechs Prozent, das fordern wir!“



West-Berlin



Bochum

Untätigkeit mit System oder die Retter des sozialen Friedens

Am Beginn der vergangenen Woche — so hätte man eigentlich erwarten müssen — würde die IG Metall bundesweit und mit gesteigertem Einsatz in den Betrieben agieren und mobilisieren. Die Tarifrunde hatte sich entscheidend zugespitzt. Die Unternehmer hatten das Scheitern der Verhandlungen provoziert. Gleichzeitig hatten sie der Gewerkschaft ein unverschämtes Ultimatum gestellt und zudem noch erpresserisch mit Aussperrung gedroht.

Hier wäre es doch unbedingt nötig gewesen, zu demonstrieren, daß Metaller nicht derartig mit sich umspringen lassen. Die Unternehmer müssen wissen, daß sie nicht ungestraft die größte DGB-Gewerkschaft verhöhnen, herausfordern oder gar erpressen können.

Was aber geschah? Nichts außer einigen wenigen Warnstreiks sowie einer Kundgebung der IG Metall in der Bochumer Innenstadt. Und auch diese Aktivitäten waren geplant gewesen, bevor die Unternehmenseite am vorletzten Wochenende den Tarifkonflikt hatte eskalieren lassen. Anstatt den Unternehmern die Quittung für ihr brutales Verhalten auszustellen, erklärte sich der IGM-Vorstand zu weiteren Verhandlungen bereit. Der designierte Loderer-Nachfolger Mayr signalisierte gar die Bereitschaft, über einen Abschluß noch unter dem VW-Modell mit sich reden zu lassen. Genau dies war doch Inhalt des Unternehmer-Ultimatums gewesen!

Wenn man die Reaktionen der IG Metall auf die Eskalation des Tarifkonfliktes vom vorletzten Wochenende insgesamt betrachtet, so muß man sagen: Auf diese Weise müssen die Unternehmer geradezu zu noch härterem Auf-

trumpfen ermuntert werden.

Was beispielsweise soll es eigentlich, wenn am vorletzten Dienstag in Dortmund lediglich eine sogenannte

Funktionärsdemonstration durchgeführt wird? Zur gleichen Zeit, wo in Bochum immerhin in den Opel-Werken die Bänder stillstanden und tausende Metaller mit roten Fahnen ins Stadtzentrum zogen, trottete in Dortmund ein verlorenes Häufchen von einigen hundert Vertrauensleuten und Betriebsräten in einer Art Bittgang zum Haus des Unternehmervorstandes. Dort hat man dann den Herreh im Nadelstreifenanzug artig eine Resolution überreicht. Die werden sich aber gefürchtet haben!

Sicherlich wurde diese dümmliche Aktion auch dadurch nicht besser, daß die IGM-Ortsverwaltung anderntags in der Lokalpresse kundtat, das Ganze habe auch „einen Warnstreikcharakter“ gehabt, da man ja die Vertrauensleute und Betriebsräte „aus den Betrieben herausgezogen“ habe. Warum hat man denn nicht die Belegschaften „aus den Betrieben herausgezogen“? Warum ist man nicht, wie in Bochum, mit einigen tausend Arbeitern in die City marschiert?

Natürlich sind es nicht hauptsächlich die Ortsverwaltungen, die versagt haben. Die Verantwortung liegt hauptsächlich bei den höheren Instanzen, den Bezirksleitungen und vor allem auch beim Hauptvorstand.

Das mindeste, was vom Hauptvorstand hätte kommen müssen, wäre ein zentrales Flugblatt der IG Metall gewesen. Spätestens ab Dienstag früh hätte dieses Flugblatt landauf landab, in den Betrieben verbreitet werden müssen. Auf diese Weise hätten die Kolleginnen und Kollegen

informiert und aufgeklärt werden können, hätte ihnen erklärt werden können, daß den Unternehmern jetzt aber die gebührende Antwort auf ihr Verhalten erteilt werden muß.

Stattdessen hat es die IGM-Führung auch in dieser zugespitzten Situation wieder einmal den bürgerlichen Massenmedien überlassen, die Arbeiter und Angestellten zu informieren, sprich: zu desinformieren und zu manipulieren.

Wie soll da eigentlich die Offensive des Kapitals, die antigewerkschaftliche Politik der nunmehr in Bonn fest etablierten schwarzen Reaktion gestoppt werden? Wie soll es möglich sein, sich gegen das ununterbrochene Trommelfeuer der kapitalistischen Propaganda zu behaupten, wenn die Gewerkschaft sogar im Moment einer so zugespitzten Situation keine Gegenaufklärung, keine Agitation betreibt?

Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß derartig eklatante Versäumnisse weniger auf Unfähigkeit und Naivität beruhen, als Verbundenheit mit dem Unternehmertum und „unserem“ kapitalistischen Staat. Auf jeden Fall sind sie die Konsequenz einer sozialpartnerschaftlichen Linie. Haben nicht die Breit, Loderer und wie sie alle heißen, es immer wieder offen ausgesprochen, daß der „soziale Friede“ ihr höchstes Ziel ist?

Auch Untätigkeit kann System haben. Oft genug sahen sich ja Gewerkschaftsführer, die auf den „sozialen Frieden“ schwören, schon in der Lage des berühmten Goetheschen Zauberspruches: Ist die Basis erst einmal mobilisiert, kann es leicht passieren, daß sie sich nicht mehr zurückpfeifen läßt...



Bochum



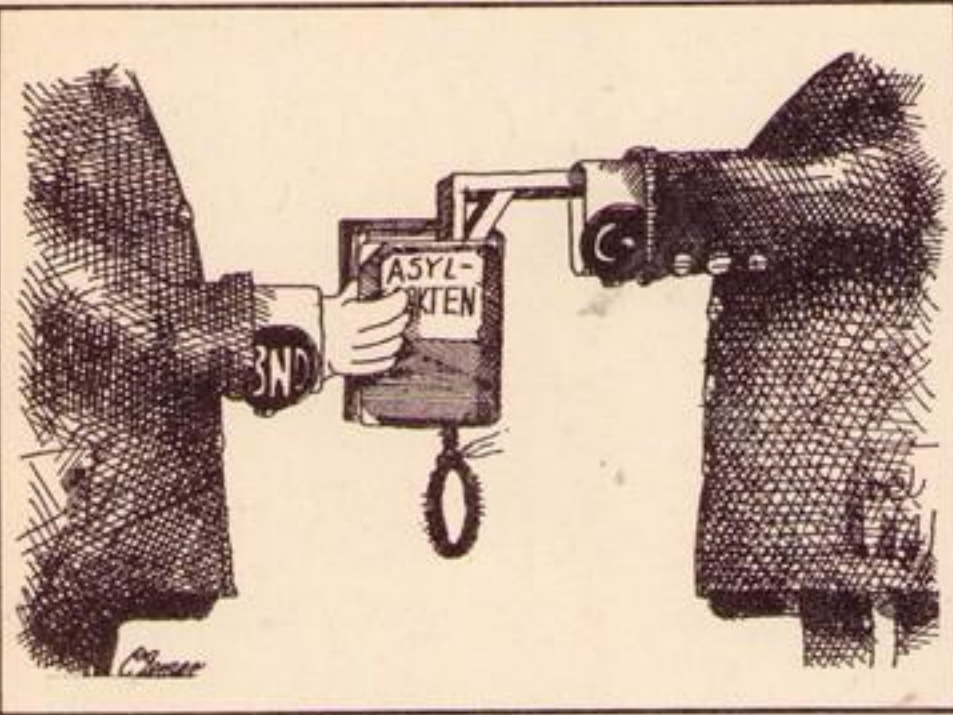
Bochum



Bochum



Bochum



Asylantrag als Todesurteil?

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. So einfach, klar und unzweideutig formuliert es das Grundgesetz, Artikel 16 (2). Unter dem Oberbegriff: „1. Die Grundrechte“, über die es in Artikel 1 (3) näher heißt: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht“.

In unserer kapitalistischen Gesellschaft sind solche Rechte das Papier nicht wert, auf dem sie stehen, wenn sich nicht eine wachsame Öffentlichkeit nachdrücklich auf sie beruft, dieser Berufung mit der Bereitschaft zu Kampf und Widerstand Nachdruck verleiht.

Grundrecht — ein schwacher moralischer Begriff für die, deren einziges Gesetz das Streben nach Profiten, weltweiter wirtschaftlicher und militärischer Einflußnahme ist. Weil sich ein offener Bruch der vielfach beschworenen Grundrechte aber nicht gut macht und Widerstand herausfordern könnte, wird die Öffentlichkeit eben hinter Licht geführt. Dafür hat man bewährte Führungskräfte, im Moment zum Beispiel einen Innenminister Zimmermann, der jederzeit bereit ist, seine eigene Vertrauenswürdigkeit und die des von ihm repräsentierten Staates zu beschwören.

Asylrecht, das zeigt der auf dieser Seite behandelte Westberliner Prozeß, steht für die Verantwortlichen in der BRD endgültig nur noch auf dem Papier, ist Makulatur geworden. Zumindest wo es NATO-Interessen berührt, gilt es als grundsätzlich aufgehoben. Die „Freundschaft der Dienste“ ersetzt (als moralische Größe und als politische Tat) den Schutz des gefährdeten Lebens. Denn daß jemand, der vor einer westdeutschen Asylbehörde seine antifaschistische, demokratische, womöglich kommunistische Tätigkeit offenbart, der er sich im Interesse seiner Klasse und seines Volkes in seinem Heimatland gewidmet hat, um sein Leben fürchten muß, wenn er den dortigen Behörden zusammen mit einer Aufzeich-

nung seiner Aussagen ausgeliefert wird — das ist den bundesdeutschen Behörden auch klar. Sie tun es dennoch. Die Schreibstischmörder.

Bleibt diese Praxis bestehen, die hier zum ersten Mal eindeutig nachgewiesen wurde, ist nicht nur für bestimmte politisch Verfolgte das Asylrecht generell abgeschafft. Ein Asylsuchender läuft darüber hinaus Gefahr, durch Aussagen, mit denen er seinen Status als politischer Flüchtling glaubhaft machen will, erst die Grundlage zu seiner späteren Verfolgung in der Heimat zu legen, wenn sein Antrag abgewiesen wird. Denn was eine faschistische Regierung vorher vielleicht noch gar nicht wußte, dann weiß sie es bestimmt. So kann es einem Asylsuchenden in der Bundesrepublik passieren, daß er mit der Abgabe eines Asylantrages sein eigenes Todesurteil unterschrieben hat.

Ein Aufschrei der Empörung in der demokratischen Öffentlichkeit unseres Landes? Noch längst nicht überall. Es wurde aber auch wenig über die Erkenntnisse aus Westberlin berichtet. Einzig die „taz“ hat dies wiederholt und in großer Ausführlichkeit getan. Ansonsten weitgehend Schweigen im Blätterwald. Möge sich das geändert haben in den Tagen, die zwischen dem Schreiben dieser Zeilen und dem Erscheinungstag dieser Zeitung liegen. Setzen wir uns jedenfalls mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln für die Aufklärung ein und dafür, daß es nicht gelingt, dem Grundrecht auf politisches Asyl endgültig den Todesstoß zu versetzen.

Im eigenen Interesse jedes demokratisch denkenden Menschen. Die so bedenkenlos mit dem Asylrecht umspringen und Menschen aus anderen Ländern ihren Henkern ans Messer liefern, werden auch mit der Opposition im eigenen Land nicht anders umspringen, wenn sie es für notwendig halten. Und wenn wir ihnen die Macht dazu geben.

Dietrich Lohse

Asylverfahren in der Bundesrepublik

Alexander Sternberg-Spohr, dessen Angaben vor dem Asylgericht die Aufdeckung eines ungeheuerlichen politischen Skandals einleiteten, ist unter anderem Mitarbeiter der Gesellschaft für bedrohte Völker. In dieser Funktion setzt er sich seit Jahren für die Interessen der Kurden ein und tritt häufig als Gutachter vor Gericht auf.

Im Frühjahr 1981 vermittelte er im Auftrag der Bundesregierung zwischen Angehörigen der kurdischen Befreiungsbewegung, PUK, die durch die Einführung von drei deutschen Ingenieuren im Irak eine Intervention der Bundesregierung gegen die Hinrichtung mehrerer PUK-Mitglieder erzwingen wollten, und dem Bonner Auswärtigen Amt (AA). Nach Freilassung der Geiseln bekam er von einem hohen Beamten des AA, wohl als Dank für seinen Einsatz, einige gutgemeinte Hinweise. Zum Beispiel diesen:

„Hüten Sie sich, in Asylverfahren Dinge zu offenbaren, deren Wissen für die Gegner der Kurden, namentlich die Türken und den Irak, zu einem Instrument gegen Kurden, Einzelpersonen, Organisationen und insgesamt benutzt werden können. Lassen Sie lieber einen Einzelfall negativ ausgehen, auch wenn Sie über genügend Material verfügen, ihm Asyl zu verschaffen — wenn dieses Material der Türkei oder dem Irak von Nutzen sein könnte. Das Asyl-Bundesamt ist der zugewiesene Ort, den Sie sich vorstellen können, in Bezug auf Geheimhaltung von Akten. Überspitzt gesagt, was das Bundesamt weiß, ist direktes Wissen auch der Behörden des Irak und der Türkei.“

Über die Tätigkeit des zuständigen Beamten für Asylverfahren im AA, Dr. Heinemann: „Kopien der meisten Fälle, die er bearbeitet, gehen an das Justiz- und manchmal ans Innenministerium. Von dort gehen sie oft an unsere ‚Dienste‘ (BND und Verfassungsschutz, RM) und zu den ‚Diensten‘ beispielsweise im Irak und in der Türkei.“

„Es gibt (...) eine ‚Tabu-Liste‘, die zwischen unseren Diplomaten und denen der Türkei — beim Irak ist das noch so formalisiert, aber wir haben eine Übereinkunft von Juli 1979 zu Terroristenfragen — ausgetauscht worden ist. Sie ver-

Was man in Zirndorf weiß, ist auch in Ankara bekannt

Westberlin, Februar 1983. Vor einem Verwaltungsgericht findet ein Asylprozeß statt, in dem ein Kläger aus der Türkei seinen Asylrechtsanspruch durchsetzen will, weil er in seiner Heimat aus politischen Gründen verfolgt wird.

Ein alltäglicher Fall. Überhaupt nicht alltäglich ist aber, was bei diesem Prozeß über die normale Abwicklung von Asylverfahren in der Bundesrepublik und Westberlin ans Licht kommt.

Dem Gericht wird eine Stellungnahme des Sachverständigen Alexander Sternberg-Spohr vorgelegt, die besagt, daß nach Aussagen eines hohen Beamten des Auswärtigen Amtes alle Angaben, die beim Zirndorfer Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gemacht werden, auch in die Hände der türkischen Behörden gelangen.

Das Gericht läßt daraufhin als Zeugen zwei Vertreter des Auswärtigen Amtes, den stellvertretenden Leiter der Zirndorfer Behörde, Weickhardt, einen Vertreter des BND mit dem „Arbeitsnamen“ Dr. Horst Reinecker, einen Mitarbeiter des Bundesdatenschutzbeauftragten Bull, den Bundestagsabgeordneten Carsten Voigt und den Journalisten Jürgen Roth.

Weickhardt und Reinecker geben auf Befragen zu, daß Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz grundsätzlich Zugang zu allen Asylakten haben, sie zum Teil sogar routinemäßig vorgelegt bekommen.

Aufgrund der Beweisaufnahme kommt auch das Gericht zu dem Schluß, daß eine Weitergabe von Informationen, die den Asylsuchenden belasten und zu einer Verfolgung führen könnten, an den türkischen Geheimdienst nicht ausgeschlossen werden kann. Es gibt der Klage statt. (AZ: VG 19 A 329.82)

pflichtet zum Nachrichtenaustausch über die in der Liste genannten Personen und Gruppen.“

Und man macht auch gemeinsame konkrete Pläne mit der faschistischen Junta in der Türkei. Zum Beispiel diesen:

„Heinemann hier im AA und Innen- und Justizministerium arbeiten in enger Kooperation mit der Türkei an einem generellen Verbot der Organisationen PKK und der türkischen Organisationen ATIF/ATÖF. Alles, was Sie z. B. in Asylverfahren zur PKK sagen, geht im Rahmen dieser gemeinsamen Anstrengungen auch sofort an die türkische Seite.“

Bei Asylverfahren gibt es sogenannte Vorprüfungsgruppen. Die sehen die Akten durch und laden auch schon mal einen Asylbewerber zum persönlichen Gespräch. Kaum einer weiß, wo der Mensch herkommt, mit dem er sich da unterhält. Jetzt kann es jeder wissen.

Vorprüfungsgruppe A: Bundesnachrichtendienst

„Die Vorprüfungsgruppe A — nämlich die Arbeitseinheit der

Hauptstelle für Befragungsweisen — gehört zum Bundesnachrichtendienst.“ (Regierungsdirektor Weickhardt.) „Die Masse der Befragten weiß nicht, daß die Hauptstelle eine Einrichtung des BND ist.“ (Dr. Horst Reinecker vom BND.)

Die Akte des türkischen Klägers in dem Prozeß, um den es hier geht, war von der Vorführungsgruppe A abgezeichnet. Reinecker versuchte zunächst glauben zu machen, der BND sei an Angelegenheiten, die mit der Türkei zusammenhängen, gar nicht interessiert. Schließlich mußte er aber zugeben, daß es eine Zusammenarbeit „befreundeter Dienste“ gibt, und daß dazu alle NATO-Partner und ausdrücklich auch die Türkei gehören. „Da es keinen überordneten NATO-Geheimdienst gibt, arbeiten die NATO-Dienste zusammen und bilden zum Teil verschiedene Schwerpunkte bei dieser gemeinsamen Arbeit.“ Auf den für diesen und eine Masse anderer Asylverfahren wichtigen Vorhalt, daß der BND laut Bericht des Datenschutzbeauftragten von 1983 unter anderem mit der „Beobachtung des internationalen Kommunismus“ befaßt ist, er-

klärte Reinecker: „Mit dem internationalen Terrorismus, soweit mir bekannt ist.“ Selbst das gewiß nicht kommunistenfreundliche Gericht wußte jetzt endgültig Bescheid, weil allgemein bekannt ist, daß die türkische Junta nahezu alle verfolgten und geflohenen Linken, Demokraten und Antifaschisten als „Terroristen“ bezeichnet. Unter anderem, um leichter eine Ausweisung erwirken zu können.

Vorprüfungsgruppe B: Verfassungsschutz

„Zum konkreten Fall des Klägers kann ich folgendes sagen: Nach der Anhörung im Rahmen der Vorprüfung am 23. April 1982 wurde die Asylverfahrensakte dem Bundesamt für Verfassungsschutz zur Akteneinsicht vorgelegt. Dies geschah — wie in allen Fällen — dadurch, daß die Akten einem Vertreter des Amtes, der im Bundesamt in Zirndorf sitzt, übergeben wurden.“ „Ich habe mich bei der Bemerkung ‚in allen Fällen‘ gemeint, in allen Fällen türkischer Asylbewerber.“ Zitat: Regierungsdirektor Weickhardt. Die Akteneinsicht wird durch eine interne Anweisung ermöglicht. „Der Vertreter des Bundesamts, der ein Interesse an dem einzelnen Fall hat, kann über die Verfahrensekretariate unseres Hauses durch Angabe des Namens des Asylbewerbers die Asylverfahrensakte für 24 Stunden erhalten. Für die Dauer der Akteneinsicht wird in der Registratur eine Fehlkarte mit dem Hinweis ‚Vorprüfungsgruppe B‘ eingehängt; mit dieser Vorführungsgruppe wird das Bundesamt für Verfassungsschutz bezeichnet. Nach Rückkehr der Akte von diesem Amt in die Registratur wird die Akteneinsicht selbst in der Asylverfahrensakte nicht vermerkt.“

„Was das Bundesamt für Verfassungsschutz mit den Akten im einzelnen tut, entzieht sich meiner Kenntnis“, sagte Weickhardt noch. Nun, zum Beispiel in der Verbotsvorführung des Innenministeriums gegen die Organisationen Dev Sol und Halk Der wurde aus einer Anhörung im Rahmen der Vorprüfung eines Asylverfahrens zitiert.



Der geplante Landesparteitag der hessischen NPD am 27. 3. in Frankfurt hat starke Proteste ausgelöst. Auch von Seiten des DGB, der auf die Stadt eingewirkt hat, die Versammlung zu verbieten.

Das ist sehr gut; überall, wo die Nazi-Partei ihre Versammlungen und Aufmärsche veranstalten will, muß ihr Paroli geboten werden, müssen Antifaschisten darauf drängen, daß sie keine Räumlichkeiten bekommt.

Nimmt man alle Fälle zusammen, wo das bisher geschah,

sieht man: Das hat in den wenigsten Fällen Erfolg. Meist ziehen sich die Behörden auf den Standpunkt zurück: Die NPD ist eine legale Partei, da können wir nichts machen.

Daran stimmt: Die NPD ist eine legale Partei. Und immer nur zu fordern, dieser legalen Partei das Recht auf Versammlung zu nehmen, reicht offenkundig einfach nicht aus.

Wir sagen: Man muß das Übel an der Wurzel packen. Konsequenz sein im Protest: Das Verbot der NPD fordern.

Wenn man die NPD legal existieren läßt, läßt man es zu, daß sich der Faschismus als „ganz normale“, jederzeit denkbare politische Alternative darstellen kann.

Das ist schon deshalb zu verurteilen, weil es den zahllosen Opfern Hohn spricht, die der Faschismus an der Macht gekostet hat. Es birgt auch eine echte Gefahr für die Gegenwart und Zukunft, es steht der Aufklärung besonders der Jugend entgegen, es verhindert die Aus-

merzung der Wurzeln des Faschismus, die sich alle aufrechten Demokraten unseres Landes, die den zweiten Weltkrieg überlebt haben, geschworen hatten. Damit haben die Herrschenden und ihre Regierung offensichtlich nichts am Hut.

Die Duldung der NPD nutzt der gesamten politischen Reaktion. Sie nimmt den großen Parteien, die sich als „demokratische Mitte“ vorstellen, in vieler Hinsicht die Dreckarbeit ab, die diese dann politisch ausnutzen. Es macht sich gut, die offenerhetze Hetze gegen Ausländer, die ungehemmte Propaganda des Revanchismus und Militarismus und ähnliches einer solchen Partei zu überlassen, gegen die man sich verbal abgrenzen kann, deren Treiben man aber duldet und deren Verbreitung solchen Ungeistes in der Bevölkerung man gern sieht. Man hofft, daß dies die Durchführung der reaktionären Politik erleichtert, die man selbst anstrebt. Besonders deutlich wird das zur Zeit in der Auslän-

derpolitik. CDU/CSU wollen mehr als zwei Millionen Ausländer schon in den nächsten sieben Jahren vertreiben, da kann man die Propaganda der NPD und ihrer Bürgerinitiative Ausländerstopp gut gebrauchen, wenn man sie auch nicht alles machen läßt, was sie will.

Ein anderer Punkt: Die NPD dient den braunen Terroristen, die in den letzten Jahren soviel umgebracht haben, als Rekrutierungsfeld. Viele der bekannten Führer von „Wehrsportgruppen“ und anderen Banden kommen aus der NPD, die sich damit völlig zu Recht den Ruf eines „Durchlauferhitzers“ für junge Neonazis erworben hat. Die Behörden wissen das. Und sie dulden es.

Wir meinen nicht, daß die Gefahr eines neuen Faschismus, vor der zum 3. Januar dieses Jahres zu Recht mehr als 100 000 Menschen in Demonstrationen gewarnt haben, hauptsächlich von der NPD ausgeht.

Fortsetzung auf S. 7

Beschluß der Landesvertreterversammlung

Volksaushorcher in Bedrängnis

Der Widerstand gegen die unter dem Namen „Volkszählung '83“ geplante Volksaushorchung, über „Rote Morgen“ bereits mehrfach ganzseitig berichtet hat, zieht immer breitere Kreise. Über 500 Initiativen soll es bundesweit bereits geben, die zum Boykott aufrufen.

Das Mißtrauen gegen die Datensammelwut des Staates ist durchaus nicht auf „Gegner des Staates“ beschränkt, wie das neuerdings aus allen Kanälen des Fernsehens und des Rundfunks behauptet wird. Viele Menschen, die durchaus nichts grundsätzliches gegen diesen Staat haben (im Gegensatz zu uns übrigens), wollen die Fragebögen dennoch nicht oder nicht vollständig ausfüllen, weil sie einfach ihre Persönlichkeitsrechte verletzt sehen, weil sie sagen: So weit darf der Staat nicht gehen, weil sie nicht zum „gläsernen Bürger“ werden wollen.

Das ist kein Protest gegen Statistik an sich, auch von seiten der Kommunisten nicht. Obwohl die Praxis lehrt, daß auch der hauptsächliche Nutzen von Statistiken darin besteht, wer sie ausnutzen kann. Und kann man denn glauben, daß die Ergebnisse der Volkszählung beispielsweise zur Verbesserung des Nahverkehrsnetzes dienen soll, jetzt schon laufend eingeschränkt und verteuert wird?

Die grundsätzlichen Bedenken liegen darin, daß alle Angaben eindeutig mit der eigenen Person verbunden werden und bleiben. Dadurch, daß der Name mit auf dem Fragebogen steht. (In vielen Städten geht dieser Bogen auch noch als



erstes vollständig zur „melderechtlichen Abgleichung“ an die Gemeindeverwaltungen.) Daß auch ohne Namensangabe die Kennnummer auf jedem Bogen eine Personenzuordnung ermöglicht. Es stimmt ja nicht, was in der Sendung „pro und contra“ am Mittwoch letzter Woche ein Behördenvertreter behauptete: die Nummer diene nur dem Zweck, die Seiten eines Formulars nach eventueller Trennung wieder richtig zusammenfügen zu können. Die Nummer enthält verschlüsselt so detaillierte Angaben über Bundesland, Kreis, Gemeinde, Ort, Straße und Gebäudeteil, daß die Zuordnung selbst bei

Löschung des Namens unschwer möglich bleibt. „Einstampfen“ solle man den jetzigen Fragebogen. Das forderte mittlerweile auch der Vorsitzende der Humanistischen Union, Professor Ulrich Klug. Denn: „Fragen, deren Antworten für die Statistiken notwendig sind, werden mit Personen nach den Personalien der Bürger verbunden. Es ist unnötig und sogar gefährlich, beides miteinander zu verknüpfen.“ Und mit den Möglichkeiten der heutigen Computertechnik zu speichern... Die schwarze Regierung und verschiedene hohe Politiker in den Bundesländern sind weiter

entschlossen, die Volksaushorchung durchzuführen. Teilweise meinen sie, nicht einmal auf die elementarsten Einwände Rücksicht nehmen zu müssen. So verkündete Westberlins Senator Lummer im Fernsehen, er werde auch Polizisten als Zähler einsetzen. In Niedersachsen wird die Privatfirma ADIA mit der Bearbeitung der Daten betraut. Dabei hatte Zimmermann im

Fernsehen verkündet: „Selbstverständlich können Private nicht an diese Daten heran.“ (Wo so gelogen wird, sollte man auch nicht darauf vertrauen, daß die dem Lügner unterstellten Behörden selbst keinen Mißbrauch mit den Daten treiben!) Nach wie vor gilt: Massenhafter „Ungehorsam“ der Bürger kann das ganze Projekt über den Haufen werfen.

Beschluß der Landesvertreterversammlung:

GEW / Hamburg ruft zum Boykott auf

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ein (...) Anlaß, Ihnen direkt zu schreiben, ist die geplante Volkszählung. Die Ermittlung statistischer Daten könnte eine nützliche Sache sein, wenn es darum ginge, den Bedarf an Wohnungen, Verkehrsmitteln, Schulen und Kindergärten zu ermitteln. Das Mißtrauen in der Bevölkerung und auch unter den gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen ist jedoch groß, denn viele befürchten, daß die mit der Volksbefragung gewonnenen Daten nicht zu ihrem Nutzen, sondern gegen sie verwendet werden könnten.
Als Gewerkschafter muß es unseren Argwohn erwecken, wenn u.a. durch die Kennziffern der Frage-

bogen die Anonymität der statistischen Erhebungen nicht mehr gegeben ist und eine totale Erfassung der Bevölkerung in Computern droht.
Unsere Erfahrung sagt uns, daß eine solche Erfassung sich häufig gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet hat. In Betrieben wird sie z.B. zur Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung mißbraucht.
Die Landesvertreterversammlung hat daher am 28.2.1983 beschlossen, alle Mitglieder aufzufordern, die geplante Volkszählung zu boykottieren. Den Wortlaut des Beschlusses entnehmen Sie bitte der Anlage.
Mit freundlichen Grüßen
(Rainer Griep)
1. Vorsitzender“

Die oben stehende Erklärung ist ein Auszug aus einem Mitgliederrundbrief der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hamburg vom 14. März 1983. Die Landesvertreterversammlung schloß sich bei ihrem Beschluß zum Boykott der Volkszählung aufzurufen, ausdrücklich der Erklärung der Hamburger IG DruPa an, die wir im „Roten Morgen“ 10/83 veröffentlicht haben.

Nach den Todesschüssen von Augsburg, Hamburg, Gauting:

Wieviele müssen noch sterben?

Am Donnerstag vergangener Woche wurde der 14jährige Schüler Jürgen Bergbauer aus Gauting unter großer Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. Der 30jährige Polizist Friedrich Konzack, Einsatzleiter einer zivilen Fahndungsgruppe, hatte ihn am 19. März erschossen.

Bereits am Vorabend der Beerdigung zogen weit über 1000 Bürger in einem Schweigemarsch durch die Straßen Gautings und gaben so ihrer Trauer und Empörung über den skrupellosen Schußwaffeneinsatz der Polizei Ausdruck. Derweil trieben sich immer noch starke Polizeikräfte in der Umgegend herum. Von dem „aufrichtig empfundenen Beileid“, das der bayerische Innenminister Hillermeier den Eltern des toten Jungen in einem Telegramm aussprach, ist nichts zu merken bei einer Polizeitruppe, die nach der Erschießung die anhaltenden Trauerkundgebungen der Jugendlichen aus Einsatzwagen und sogar aus einem Hubschrauber heraus überwatchte. Hillermeier selbst war kaltblütig genug, seine Teilnahme an der Beerdigung und Trauer-

feier abzusagen mit dem Hinweis, er befürchte, „irgendwelche Eskalationen“ führen könnten. So viel ist ihm ein erschossener Jugendlicher doch nicht wert, daß er seine wertvolle Person deshalb eventuell öffentlicher Kritik aussetzen würde.
Von einer falschen Ausbildung oder Bewaffnung der Polizei will man in München so wenig wissen wie etwa in Hamburg, wo nur kurz zuvor der 18jährige Alf Heims ebenfalls von einem Polizisten umgebracht wurde. Wie Jürgen durch einen Schuß aus einer 9-mm-Pistole, einer Waffe mit extremer Durchschlagskraft.
Augsburg, Hamburg, Gauting. Drei Ortsnamen. Drei tote Jugendliche innerhalb von wenigen Wochen. Drei junge Leben ausgelöscht durch drei

der auf unseren Straßen herumlaufenden schwerbewaffneten Polizisten.
Es sind nicht ängstliche Polizeischüler, die da so herumknallen. In den allermeisten Fällen sind die Todesschützen ranghohe Beamte, Mitglieder von

Wir trauern
um Alf, Jürgen
und all die anderen
Opfer
der Polizeischüsse



Fortsetzung von S. 6
Die Kreise des großen Geldes, die mit der Ersetzung der parlamentarischen Regierungsform durch die unverhohlene Diktatur in Situation einer tiefen Krise des kapitalistischen Systems ihre Herrschaft retten wollen, setzen heute deutlich vor allem auf die Unions-Parteien, haben auch gezielt den Wechsel in Bonn betrieben. Antifaschistischer Kampf heute muß vor allem Kampf gegen die politische Reaktion sein.
Dennoch ist der Kampf gegen die NPD, für ihr Verbot, ein wichtiger Bestandteil des antifaschistischen Kampfes. Ein Verbot der NPD, faschistischer und

und rassistischer Propaganda und Politik das Alibi der Legalität, zwingt die Parteiführer der sogenannten „demokratischen Mitte“, sich schneller bloßzustellen, erleichtert den Widerstand gegen reaktionäre Politik und gegen die tatsächlich bestehende Gefahr eines neuen '33. Daß es die Umtriebe der militanten Nazis erschwert und notwendigerweise viel durchgreifendere Maßnahmen gegen die heute zum Teil auch noch legalen Terrorbanden zur Folge haben müßte, liegt auf der Hand.
Die KPD ruft deshalb alle Antifaschisten auf: Laßt uns gemeinsam dafür kämpfen.

Neuerscheinung!

Ernst Aust
Für's
Vaterland?

„Kommunisten und der Friede um die Erhaltung des Friedens gestern und heute“ — das ist das Thema dieses Buches des Genossen Ernst

Aust. Es erläutert die grundsätzliche Stellung der Kommunisten zu Kriegen und untersucht die Hintergründe der zwei Weltkriege dieses Jahrhunderts ebenso wie die Kräfte, die jetzt auf einen neuen Weltkrieg drängen. Es stellt den konkreten Friedenskampf der Kommunisten dar. Breiter Raum wird der Friedensbewegung nach dem 2. Weltkrieg, der Rolle der großen Parteien, dem Kampf der Gewerkschaften

gewidmet. In der Darstellung und der Auseinandersetzung mit der heutigen Friedensbewegung erläutert Ernst Aust die aktuelle Politik, die Forderungen der KPD, den notwendigen Kampf gegen die eigene Regierung, die lebenswichtige Bedeutung des Austritts der Bundesrepublik aus der NATO.
Preis: 14,80 DM — Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30 — ISBN 3-88196-321-9

Neue Angriffe
gegen
Ausländer-
vereine
geplant

Vor einigen Wochen wurden die türkischen Organisationen Dev Sol und Halk Der verboten, unter anderem, weil ihre gegen die faschistische Junta in der Türkei gerichtete Tätigkeit „Belange deutscher Politik“ beeinträchtigt. Das jedenfalls ist die Meinung der Bundesregierung.
Wie jetzt im Rahmen eines Westberliner Asylprozesses (siehe Seite 6) aufgedeckt wurde, plant man in Bonn in enger Zusammenarbeit mit den Behörden der Junta ein Verbot der kurdischen Organisation PKK und der türkischen Studenten- und Arbeitervereine ATIF und ATÖF.

Den zum Teil inhaftierten Mitgliedern von Dev Sol und Halk Der droht die Abschiebung, den Mitgliedern aller anderen vom Verbot bedrohten Organisationen ebenfalls. Abschiebung heißt für sie Folter und Tod. Demgegenüber bleiben die in Westdeutschland sehr aktiven faschistischen Terroristen der Grauen Wölfe, die sich meist als „Kulturverein“ tarnen, aber oft genur ohne Scheu das Wahrzeichen ihrer wahren Organisation zeigen, weiter ungeschoren. Carl-Dieter Spranger, Staatssekretär in Zimmermanns Innenministerium, erklärte kürzlich, es gäbe sie gar nicht.

Die neue Regierung in Bonn hat bereits bewiesen, daß sie ihre Drohungen ernst meint. Die Angriffe auf bestimmte Organisationen von Kurden und Türken in der Bundesrepublik dient der Vorbereitung einer politischen Entschuldung der gesamten ausländischen Bevölkerung, vor allem der aus der Türkei, die die bereits bestehenden rechtlichen Beschränkungen noch weit in den Schatten stellt. Organisations- und Versammlungsfreiheit sollen nach dem erklärten Willen der Unionsparteien weitgehend abgeschafft werden.

Die Verbotsbegründungen gegen Dev Sol und Halk Der bedrohen darüberhinaus, wie wir bereits im RM eingehend dargelegt haben, auch die gesamte westdeutsche Linke.
Wir fordern deshalb: Freiheit für Dev Sol und Halk Der! Kein Verbot weiterer türkischer und kurdischer Organisationen! Verbot der Grauen Wölfe! Stoppt die ausländerfeindliche Politik der Bundesregierung!

Ernst Aust



Kommunisten und der Kampf um die Erhaltung des Friedens gestern und heute

Für's Vaterland?

Albanisches Folkloreensemble auf BRD-Tournee



Erstmals wird das Albanische Staatsensemble für Volkslieder und Volkstänze im April in der BRD zu Gast sein. Die Tournee wird organisiert vom Büro für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen in München. Schon jetzt, bevor der öffentliche Kartenvorverkauf überhaupt begonnen hat, zeichnet sich eine so große Nachfrage ab, daß weitere Auftritte nötig wurden. In München wird die Premiere am 11. April im Deutschen Theater stattfinden (Sonderpreise), und auf der Rückreise durch Österreich wird das Ensemble am 27. April noch in Wien in der Stadthalle Oberlaa auftreten. Vom Veranstalter bekamen wir folgenden aktualisierten Tourneepplan:

München	Dienstag, 12. April 20.00 Uhr	Deutsches Museum, Kongreßsaal
Mannheim	Donnerstag, 14. April 20.00 Uhr	Rosengarten
Sindelfingen	Samstag, 16. April 20.00 Uhr	Stadthalle
Sindelfingen	Sonntag, 17. April 20.00 Uhr	Stadthalle
Nürnberg	Montag, 18. April 20.00 Uhr	Meistersingerhalle
Nürnberg	Dienstag, 19. April 20.00 Uhr	Meistersingerhalle
Essen	Mittwoch, 20. April 20.00 Uhr	Grugahalle
Düsseldorf	Donnerstag, 21. April 20.00 Uhr	Philipschalle
Wolfsburg	Freitag, 22. April 20.00 Uhr	Stadthalle
Hamburg	Samstag, 23. April 16.00 u. 20.00 Uhr	AudiMax
Bremen	Sonntag, 24. April 16.00 u. 20.00 Uhr	Gr. Glockensaal
Hannover	Montag, 25. April 20.00 Uhr	Niedersachsen- halle

KARTENVORVERKAUF

Damit alle Interessenten mit Hilfe der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft trotz des zu erwartenden großen Andrangs mühelos eine sichere Möglichkeit haben, Karten zu bekommen, haben wir Eintrittskarten in der Regel in den Preisgruppen I a 28,— DM, II a 25,— DM und III a 22,— DM reserviert, die wir zuzüglich der üblichen 10 Prozent Vorverkaufsgebühr (und gegebenenfalls Versandkosten) abgeben können. Karten der Preisgruppe IV (18,— DM) bieten wir nicht an.

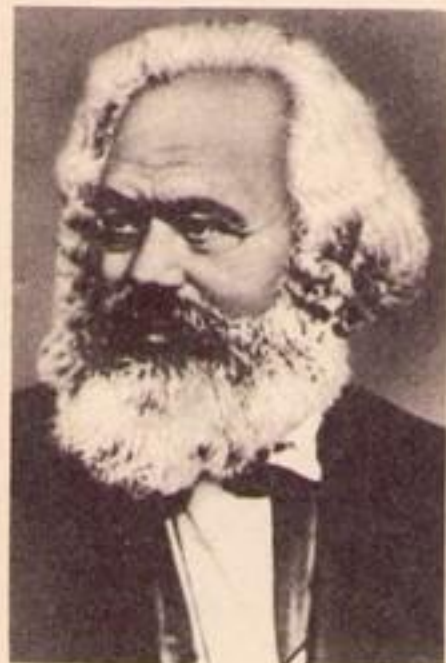
Bitte bestellen Sie schnell, da wir die überzähligen Karten bald zurückgeben müssen, denn der Veranstalter möchte alle Karten bereits im Vorverkauf absetzen. Für die Kartenvergabe ist der Zahlungseingang entscheidend.

Bitte anhängenden Abschnitt ausschneiden und einsenden an DAFG-Sekretariat, Postfach 197622, 2000 Hamburg 19



Name, Vorname	(um	Uhr, falls Vorstellung in Bremen oder Hamburg)
Straße, Hausnr.	Den Gesamtbetrag von	DM zuzüglich 2,50 DM für
PLZ, Wohnort	Versand per Einschreiben.	
Ich bestelle	☐ bezahle ich mit beigelegtem Verrechnungsscheck	sd
Eintrittskarten zu 28,— DM zuzügl. 10% a 30,80 DM	☐ habe ich auf das DAFG-Postscheckkonto 35981-206	
Eintrittskarten zu 25,— DM zuzügl. 10% a 27,50 DM	beim Postscheckamt Hamburg (BLZ 200 100 20) überwie-	
Eintrittskarten zu 22,— DM zuzügl. 10% a 24,20 DM	sen.	
für den Auftritt des albanischen Folkloreensembles	Ort, Datum:	
am	Unterschrift	
April 1983 in		

Texte zum Karl-Marx-Jahr im Versand bei: Verlag Roter Morgen



Karl Marx Lohn, Preis und Profit

80 Seiten, DM 0,55
Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx Kritik des Gothaer Programms

104 Seiten, DM 1,10

Karl Marx Der Bürgerkrieg in Frankreich

Adresse des Generalrates der Internationalen Arbeiterassoziation, vermehrt durch die beiden Adressen des Generalrates über den Deutsch-Französischen Krieg und durch eine Einleitung von Friedrich Engels. Vier Bildbeilagen und drei Faksimiles. Kunstleder, 332 Seiten, DM 4,80, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx Das Elend der Philosophie

256 Seiten, DM 5,20, Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx Zur Kritik der politischen Ökonomie

300 Seiten, DM 5,55, Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln

Mit einer Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten. Drei Faksimiles. Kunstleder, 187 Seiten, DM 3,75, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte

160 Seiten, DM 3,20, Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin



Karl Marx Lohnarbeit und Kapital

98 Seiten, DM 1,10

Karl Marx Vorwort und Einleitung von „Zur Kritik der politischen Ökonomie“

80 Seiten, DM 1,00



Friedrich Engels Einführung in „Das Kapital“ von Marx

160 Seiten, DM 1,30, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels Manifest der Kommunistischen Partei

96 Seiten, DM 1,30

Karl Marx, Friedrich Engels Ausgewählte Schriften in zwei Bänden



Band I
Kunstleder, 761 Seiten, zwei Abbildungen, DM 8,00

Band II
Kunstleder, 616 Seiten, DM 7,00, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten

73 Seiten, DM 1,00, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels Die Heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik

247 Seiten, DM 4,80, Kunstleder, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx, Friedrich Engels Über Kunst und Literatur



Band I
Leinen, 672 Seiten, DM 17,60

Band II
Leinen, zwei Faksimiles, DM 17,60, Dietz-Verlag, Berlin

Karl Marx Friedrich Engels Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung

Band I (Von der Frühzeit bis zum 18. Jhr.)
784 Seiten, DM 13,00
Band II (Die erste Hälfte des 19. Jhrts.)
812 Seiten, DM 13,00
Band III (Die zweite Hälfte des 19. Jhrts.)
1080 Seiten, DM 16,50



W.I. Lenin Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus

Karl Marx, Über den Staat, 83 Seiten, DM 0,65, Dietz-Verlag, Berlin

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691/92
Lieferbedingungen: Private Buchbestellungen über 20,— DM nur per Nachnahme. Buchhandlungen erhalten 30 Prozent Rabatt und 30 Tage Zahlungsziel.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321000290 PSchA Dortmund, PSchKto.: 79600-461

Rüstungsforschung und Hochschulen

Die folgenden drei Auszüge haben wir der Broschüre der Kommunistischen Studenten „Rüstungsforschung und Hochschulen“ entnommen, die vor kurzem im Verlag Roter Morgen erschienen ist. Ein wichtiger Beitrag der KS zum Friedensproblem an den Universitäten, mit vielen Informationen und konkreten Darstellungen. Wir haben gerade diese Auszüge ausgewählt, weil sie einmal, der erste, darstellen, wie tief die Wissenschaft in den Krieg, hier konkret in den amerikanischen Aggressionskrieg in Indochina verwickelt waren. Die beiden anderen Abschnitte haben wir deshalb ausgewählt, weil sie Rüstungsforschung und -forscher in der Bundesrepublik konkret benennen. Alle drei Auszüge sind dem vierten Teil der Broschüre „Beispiele für Rüstungsforschung“ entnommen. Vorher wird in der Broschüre die Forschung und Entwicklung in der BRD insgesamt dargestellt, sowie die Zusammenhänge von Wirtschaftskrise, Aufrüstung und Forschung. Zu empfehlen nicht nur für Studenten, sondern für jeden, der sich aktiv für die Sicherung des Friedens engagiert.

Forschung für den Völkermord in Indochina

Die chemische und biologische Kriegführung diente in Vietnam u.a. der Entlaubung des Dschungels. Es wurden die Kampfstoffe „Agent Orange“ (2,4-D n-Butyl-2,4 Dichlorophenoxyacetat) und „Agent White“ (2,4,5-T n-Butyl-2,3,4 Trichlorophenoxyacetat) verwendet, damit sich die Menschen nicht im Dschungel verstecken konnten; ein „Agent Blue“ sorgte für die Erntevernichtung. Mit den allein 1969 versprühten 50000 Tonnen Herbiziden wurden ca. 500000 Acres (das sind etwa 200000 Hektar) Ackerland vernichtet, rund 7 Prozent der gesamten Anbaufläche Süd-Vietnams. Es wurden „oft auch über schwach besiedelten Gebieten Bomben abgeworfen, um Krater zu schaffen, die sich bei der Überschwemmung mit Wasser füllen und so geeignete Bedingungen für die Vermehrung der Stechmücken liefern“, die Malaria übertragen.

Für die gegenwärtige innenpolitische Situation in der BRD dürfte auch von Interesse sein, daß in Vietnam seit 1964 ein sogenannter „riot control agent“ (Krawall-Kontrollmittel) namens „CS“ in Anwendung kam, ein weiterer Beweis dafür, wie leicht Kriegsgerät auch zur Unterdrückung „innerer Unruhen“ verwendet werden kann, wie nahe äußere und innere Aufrüstung und Aggression beieinander liegen.

Amerikanische Zoologen untersuchten die Reaktionen von Insekten auf Menschengeruch, um so auch im undurchsichtigen Dschungel Menschenansammlungen auf größere Distanz feststellen zu können.

Auch in der Physik wurde in den 60er Jahren fleißig für den Krieg geforscht. Es wurden neue „antipersonal-weapons“ wie z.B. die Kugelbomben und Splitterminen, Fernsteuermechanismen wie etwa Laser- und TV-gesteuerte Bomben, Infrarot-Detektoren, Nachtsichtgeräte, seismische und akustische Sensoren, „people sniffers“, Anzeigegeräte für Metalle etc. entwickelt. Die wissenschaftliche Grundlagenforschung hierfür besorgten übrigens Mitarbeiter der „Jason Division“, die sich während des Vietnam-Krie-

ges gerade durch die Verfechtung einer „reinen“, neutralen Wissenschaft hervorgerufen hatten, so z.B. Jason-Forscher an der Uni Michigan, die den For-



schungsauftrag „akustische und seismische Untersuchungen in Südostasien“ übernahmen.

Meteorologen suchten in ihrer Forschungsarbeit die Erzeugung künstlicher Regenschauer technisch zu ermöglichen. Eine gute Sache, wenn es um die Bewässerung von Trockengebieten ginge, lag diese Forschung anfänglich in der Hand der CIA, die bereits 1963 eine Demonstration oppositioneller buddhistischer Mönche durch Regen zerstreut haben soll. Die riesigen Überschwemmungen in Nordvietnam im Oktober 1971 — die größten in 26 Jahren — gingen höchstwahrscheinlich auch auf das Konto der US-Kriegsverbrecher. Die Folgen solcher Regenfälle beschreibt 'das US-Armeehandbuch für Südvietsnam: „Wo starker Regen den Humus wegschült, werden Silikate leichter ausgewaschen, als die Aluminium- und Eisenoxide, es entsteht rote Erde. Auch der Kaliumgehalt wird reduziert, und schließlich ergibt sich aus Eisenoxidüberschuß, Regen und Sonnenstrahlung ein zementartiger Boden.“

Die Anwendung von Gesellschaftswissenschaften im Indochina-Krieg kam in dem Augenblick voll zum Zuge, als abzusuchen war, daß der Krieg nur sehr schwer bzw. überhaupt nicht mehr zu gewinnen war und es hauptsächlich darum gehen

mußte, neue Vietnams zu verhindern.

Mit unmißverständlichem Zielsetzungen wurde in Thailand ein ethnologisches Forschungsprogramm eingeleitet, um „die königliche thailändische Regierung in ihren Bemühungen, den kommunistischen Aufstand auf dem Land zu kontrollieren und auszuschalten, zu unterstützen“. Dazu gehörte die Anfertigung von Fragebögen für das Studium der Sozialstruktur auf dem Lande. Darin hieß es u.a.: „Ist die in den Dörfern vorherrschende Organisationsform geeignet, dem Aufstand entgegenzutreten? Was könnte getan werden, um diese Organisation zu verstärken? (...) Inwiefern erlaubt es die Organisation der Familie, die Sicherheit des Dorfes zu verstärken? (...) Wenn in der Familie ein Problem auftritt, wie wird es gelöst? Ist der Vater der Schiedsrichter und trifft er die wichtigsten Entscheidungen? (...) Inwiefern kann die Kenntnis dieser Fragen dazu beitragen, die Sicherheit des Dorfes zu verstärken? (...) Und um noch auf andere Weise zu verdeutlichen, daß es

im Imperialismus tatsächlich um die zentrale Lenkung und allerhöchstes Interesse an solcher Kriegs- und Repressionsforschung geht, sei der damalige Direktor der „Advanced Research Projects Agency“ zitiert, der 1968 vor einem Senatsauschuß, also einem entscheidenden Gremium der USA, formulierte: „Ich meine, daß es sich hier um eine bahnbrechende neue Art der Betrachtung von Aufständen handelt, nämlich wie sie schon im Stadium ihrer Entstehung zu unterbinden sind. Dies ist eindeutig ein entscheidendes militärisches Problem für die USA.“

„... der Militarismus ist der Würgeengel der Kultur, er barbarisiert die Zivilisation und frißt, das Volk aussaugend, alle Mittel auf, die einem wahrhaftigen Fortschritt dienen können.“

Karl Liebknecht

Kriegsforschung und IDEE in Hannover

Der „Fall Becker“ der Uni Karlsruhe ist offenbar kein Einzelfall an dieser Uni. Neben den Forschungseinrichtungen der Industrie und privaten Forschungsgesellschaften (vgl. Kapitel 3 und 4) scheint Karlsruhe eine wichtige „öffentliche“ Anstalt für Kriegsforschung zu sein. Zwei weitere Fälle enthüllen die Karlsruher Studentenzeitung „Ventil“.

Seit 1978 wird am dortigen Institut für Informatik II unter Leitung von Prof. Goos und Dr. G. Winterstein eine neue Computersprache ADA entwickelt; finanziert wird das Ganze vom Bundesministerium für — Verteidigung!

Den Anstoß zur Entwicklung von ADA gab Anfang der 70er Jahre das US-„Verteidigungsministerium“, das die Konkurrenz verschiedener Computersprachen (z.B. Cobol, Fortran, Assembler, Pascal u.a.) als Hindernis für den systematischen Einsatz modernster elektronisch gesteuerter Waffensysteme ansah. Mit einer einheitlichen Computersprache wie ADA können Marschflugkörper (Cruise Missiles), Feuerleitsysteme, Kommunikationssysteme, Operation-Research-Verfahren in der

Logistik usw. einprogrammiert und im Kriegsfall von Informatikern verschiedener Länder eingesetzt werden, was derzeit der Fall ist. ADA ist also direkt der Bestandteile der imperialistischen Kriegsvorbereitungen auf Seiten der NATO! Nicht zufällig hielt der Projektleiter des Forschungsauftrags ADA auch direkt Vorträge beim Beschaffungsamt der Bundeswehr in Koblenz.

Noch offensichtlicher ist die Ausnutzung universitärer Forschung zum Zwecke der Kriegsvorbereitung am Beispiel des Instituts für Statistik und Mathematische Wirtschaftstheorie aufzuzeigen. Dort kündigte der Lehrbeauftragte Dr. Johannes Gerber ganz offen per Aushang fünf Studien- bzw. Diplomarbeiten an, und dort hielt er eine Vorlesung über „Logistik der Bundeswehr“.

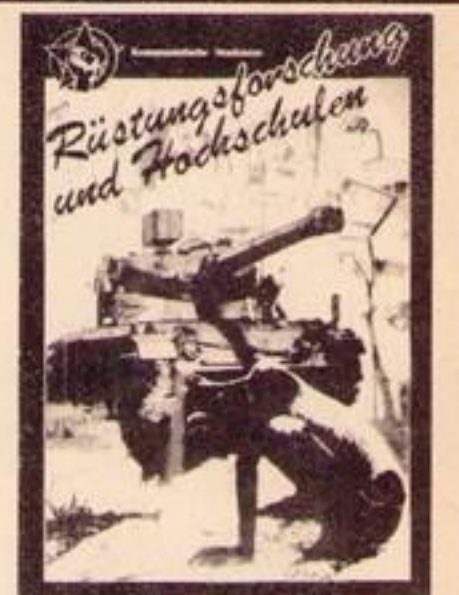
Schon unter den Nazis Offizier der Wehrmacht und nach Gründung der Bundeswehr 1956 sofort wieder dabei, promovierte er 1963 über „Betriebswirtschaftliche Grundlagen für die Führung der Streitkräfte“. Und sein Kollege O. Hahn betonte in einem Brief an ihn: „Sie haben zugleich als erster an einer deut-

Eine Broschüre der Kommunistischen Studenten

„Forschung und Rüstungswirtschaft sowie ihre Kombination, die Rüstungs-, Wehr- oder Verteidigungsforschung, sollen Gegenstand dieser Broschüre sein.“

Eine Broschüre, die sich durchaus im Zusammenhang der (...) anwachsenden Friedensbewegung versteht.“ (Aus der Einleitung)

Diese interessante, aufschluß- und faktenreiche Broschüre kann zum Preis von 2,50 DM pro Exemplar beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30, bestellt werden.



schen Universität eine wehrwirtschaftliche Lehrveranstaltung durchgeführt: Im Wintersemester 1977/78 an der Bundeswehrhochschule Hamburg und im Sommersemester 1979 werden Sie ähnliches erstmals an einer zivilen Universität vornehmen: mit Ihrer Vorlesungs- und Seminarveranstaltung „Logistik I und II“ an der Universität Friederichsruhe.“

Gerber ist im übrigen nicht irgendein Bundeswehrbeauftragter a. D., der nur brav seine Pflicht tut, sondern er tritt seit Jahr für eine Stärkung der BRD im NATO-Bündnis ein. In einem nach der Carter-Direktive 59, die den Persischen Golf zum Interessensgebiet der NATO erklärte, und nach dem NATO-„Nachrüstungsbeschluß“, also als die sogenannten Verteidigungsanstrengungen massiv forciert wurden, erschienenen Buch, erklärte Gerber: „Von deutscher Seite ist zu bedenken, daß die Bundesrepublik in einer ungünstigen Position gegenüber den USA ist. (...) Veränderungen in der Struktur des militärischen Teils des Bündnisses könnten sich auf folgende Gebiete erstrecken:

- militärische Spezialisierung der nationalen Streitkräfte;
- Wechsel im Alliierten Oberkommando Europa (SACEUR);

Karlsruhe ein Zentrum der Kriegsforschung

Doch Karlsruhe ist nicht der einzige Ort, an dem derzeit für Kriegszwecke geforscht wird. Im April/Mai 1982 fand in Hannover die sogenannte Militär-Elektronik-Messe IDEE statt, in deren Verlaufe bekanntlich Antimilitaristen mit Polizeikräften „zusammenstießen“. Vielleicht ist die Standortwahl Hannover für die Show der modernen Kriegstechnik ja auch davon beeinflusst worden, daß dort so willige Forscher wie der am Institut für Plasmaphysik tätige Prof. Böttcher, „Simulation von Blitzeinschlägen in Flugzeugbauteilen“ einüben oder wie der am Institut für Meteorologie und Klimatologie beschäftigte Prof. R. Roth über „Grenzschichtstrahlströme über Norddeutschland“ forschen. Denn diese Forschungsprojekte haben weniger mit Wetterkunde zu tun als mit der Verbesserung von Kriegstechniken. Im offiziellen Uni-Forschungsbericht '80 heißt es nämlich zu Böttchers Institut: „Im Flugzeugbau werden zunehmend metallische Bauteile durch CFK-Teile ersetzt (z.B. Tornado und Airbus) (...) Das Institut besitzt Stoßstromkondensatorbatterien, mit denen wir die von der Industrie gefertigten Teile mit Stromstoßen, die den Blitz simulieren, belasten. Die Industrie und die Bundeswehr (sic!) legen auf diese Arbeiten außerordentlichen Wert, da es in Europa neben uns nur noch eine Gruppe in England gibt, die solche Tests durchführen kann.“

Und über das Institut des Herrn Roth heißt es: „(...) stell-

- Beteiligung auch am Einsatz von nuklearen und chemischen Waffen;
- neue Verteilung der Stellenbesetzungen in den Alliierten Hauptquartieren, bezogen auf den effektiven Anteil an der Verteidigungsleistung.“

Kann man sich einen besseren Dienst für die aggressivsten und kriegstreiberischsten Kräfte der westdeutschen Bourgeoisie vorstellen, für ihren Willen, stärker als bisher an der Neuauflage der Welt teilzuhaben? Hier hebt unmißverständlich mit dem Lehrbeauftragten einer bundesdeutschen Uni, einem Generalmajor a. D., der alte deutsche Imperialismus und Militarismus sein Haupt, der nach dem Potsdamer Abkommen mit Stumpf und Stil hätte ausgerottet werden sollen!

Doch damit nicht genug. Im Bereich Elektrotechnik forscht ein Prof. Bodemann am lichttechnischen Institut im Auftrag des Bundeswehrbeschaffungsamtes. An den Instituten für Chemische Technik erforscht Prof. Fitzer und am Institut für Werkstoffkunde II Prof. Thumler die Entwicklung und Testung von hochbeständigen keramischen Werkstoffen, die für die Innenauskleidung von Raketentriebwerken verwendet werden können.

vertretend für eine Reihe von anderen Forschungsgegenständen wird hier über das mit Mitteln des Bundesministeriums für Verteidigung (sic!) finanzierte Projekt „Grenzschichtstrahlströme über Norddeutschland“ berichtet.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen zeigte sich, daß in etwa 10 Prozent aller Nächte mit dem Auftreten eines ausgeprägten Grenzschichtstrahlstroms gerechnet werden muß. Da die Wetterlagen, bei denen dieses Phänomen auftritt, eindeutig bestimmt werden konnten, ist es in Zukunft möglich, das Auftreten des Grenzschichtstrahlstroms mittels der für die Wettervorhersage routinemäßig erarbeiteten Unterlagen vorherzusagen. Das operationelle Verfahren wird zur Zeit bei dem Geophysikalischen Beratungsdienst der Bundeswehr erarbeitet.

Neueste Entwicklung in Hannover ist die von der Fraunhofer-Gesellschaft betriebene Gründung eines Instituts für Toxikologie und Aerosolforschung, das mit Unterstützung des Bundes „verteidigungsministeriums, des Landes Niedersachsen und in enger Zusammenarbeit mit der Medizinischen Hochschule Hannover offensichtlich chemische Kriegsforschung betreibt — was ja auch ganz im Sinne des Karlsruher Generalmajors a. D. Gerber ist. Auch in dem Ort Grafschaft im Hochsauerlandkreis von NRW befindet sich ein Institut für Aerobiologie der Fraunhofer-Gesellschaft.

Ein „Roter-Morgen“-Leser schreibt:

Berichte aus Brasilien

Teil 1: (21.02.83)

Rio — Stadt der Gegensätze



Die „Favela“ Rosinha in Rio

Der ersten Eindruck, den man von Rio de Janeiro gewinnt, ist schon gewaltig. Riesige Hochhäuser, breite Straßenschluchten mit einem Verkehr, den man ohne Abstriche mit dem Wort Blechlawine umschreiben kann.

Am bekanntesten von Rio ist wohl der Stadtteil Copacabana mit seinem breiten Strand. Daneben liegt Ipanema mit den teuersten Bodenpreisen in Brasilien.

Hier gibt es die besten und teuersten Hotels, Restaurants und Bars. Bis tief in die Nacht hinein pulsiert hier das Leben. Nicht selten finden hier um drei Uhr nachts noch Fußballspiele am Strand statt.

Das ist der Süden Rios — wie man ihn aus den Reise- prospekten kennt.

Dann gibt es aber noch Stadtteile, die total anders aussehen, wie z. B. Mangiera. Dies ist eine riesige Favela. Favela ist ein Wort, daß der eine oder andere vielleicht schon mal gehört hat. Was sich dahinter verbirgt ist grenzenloses Elend, Raub, Prostitution, Kinderarbeit und Betteln. Tiefer kann man hier nicht mehr sinken — es sei denn, ins Grab.

Aus den ärmsten Gegenden Brasiliens sind die Menschen hierher gekommen, um ihr Glück zu machen. Für alle war die Flucht aus dem Elend in die Stadt, sei es Rio, Sao Paulo oder andere, der letzte Ausweg. In Deutschland gibt es ein Sprichwort dafür „vom Regen in die Traufe“, das trifft hier in vollem Umfang zu.

Im Zentrum Rios werden Essensreste von einem vornehmen Restaurant in eine Mülltonne gekippt. Schon ist eine Favela-Familie da, die sich die Mahlzeit für den Tag „sichert“. Und Geld verdienen, versucht man mit allen Mitteln. Nachts um elf Uhr kommt ein kleines

Mädchen von fünf Jahren in ein Restaurant und bietet Pfefferminzbonbons an — nichts Ungewöhnliches.

Ganz kraß tritt hier der Kontrast zwischen Armut und Reichtum zu Tage. Als reich kann man auch die Präsenz von Zivilpolizei, Militärpolizei und Soldaten bezeichnen. Soviele Polizisten und bewaffnete Wachmänner habe ich zuvor noch nirgend gesehen. Der wachsenden Kriminalität und des wachsenden Elends, aber auch des wachsenden Protests versucht man mit noch mehr Repression zu begegnen.

Heute zehn Prozent Arbeitslose, bis Ende 1983 20 Prozent, das sind keine guten Aussichten. Gerade vorgestern wurde der Cruzeiro um 30 Prozent abgewertet. Das heißt noch mehr Armut, noch größere Ausplünderung Brasiliens durch das ausländische Kapital.

Carneval — das Ereignis des Jahres.

Zum einen Spektakel für Touristen, zum anderen aber auch Lust am Leben und auch Ventil, um all die aufgeregten Aggressionen loszuwerden. Vier Tage hindurch ist hier der ärmste Rio (Einwohner von Rio) Prinz, Prinzessin — er ist einfach wer.

Aber der Carneval von heute ist nicht mehr das, was er einmal war. Nicht umsonst hieß die Schlagzeile der Zeitung „Tribuna Operaria“: „Carneval der Krise“. Viele Cariocas sind aufs Land gefahren, oder hatten einfach kein Geld.

Aber auch das gab es auf dem Karnevalszug: von einer der ältesten und berühmtesten Samba-Schulen „Mangiera“ wird ein Portrait des verstorbenen Monteiro Cobato mitgeführt. Monteiro Cobato ist der berühmteste brasilianische Kinderbuchautor und war bis zu seinem Tode Mitglied in der Kommunistischen Partei (PCdoB). Carneval '83 — Rio. M. W.

Die „Vietnamisierung“ Zentralamerikas

US-Politik immer aggressiver

Seit Beginn dieses Jahres, nach der Rundreise der US-amerikanischen UN-Botschafterin Kirkpatrick durch verschiedene mittelamerikanische Staaten läutet Washington die Alarmglocken. Der US-Imperialismus sieht seine Felle davonschwimmen und versucht mit immer höherer Geldhilfe, mit verstärkten Kontingenten von Militärberatern, durch Unterstützung reaktionärer Trup-

pen und erhöhter Aktivität seiner Geheimdienste seinen Einfluß zu retten. Die Ausbeutung dieser ganzen Region durch die großen Multis aus Nordamerika zu retten, die strategisch wichtigen Orte, wie den Panama-Kanal zu halten, die Befreiungsbewegungen zu zerschlagen, ist das erklärte Ziel der US-Imperialisten.

So wie auch der Vietnam-Krieg lange Zeit nicht als ein offen erklärter Krieg von Seiten der USA geführt wurde, sondern immer nur als „Hilfe“, „Unterstützung“ des dortigen Regimes geschildert wurde, das sich gegen kommunistische Truppen wehren mußte, haben die USA bis heute auch noch keine direkten, offenen Einsätze in Mittelamerika durchgeführt. Aber die enormen Mittel, die sie den Reaktionären zur Verfügung stellen, die Militärausrüstung, die „Berater“, die hohen Dollarsummen und nicht zuletzt die „Trainingscamps“ in den USA belegen die praktische Unterstützung aller Kräfte, die sich den Befreiungsbewegungen entgegenstellen.

Politisch operiert die Reagan-Administration wieder mit der gefährlichen „Domino-Theorie“. „Lebenswichtige Interessen der USA“ stehen nach Ronald Reagan in El Salvador auf dem Spiel, ein Sieg der Befreiungsbewegung dürfte unter keinen Umständen zugelassen werden. Denn, so Reagan, wenn El Salvador in die Hände der FMNL falle, sei auch das schwache Costa Rica bedroht. Falle aber Costa Rica, könne auch Panama nicht gehalten werden, und durch den Panama-Kanal fließe ein Großteil des Handels der Vereinigten Staaten. El Salvador bedrohe auch Guatemala und könne schließlich auch Mexico in die Instabilität stürzen. Damit stünde die „rote Gefahr“ an den Grenzen der USA. Und deshalb verlegt Reagan die Südgrenze der USA einfach nach Zentralamerika. Wörtlich: „Die Karibik und Zentralamerika sind die vierte Grenze unserer Nation“. (Reagan vor dem Industrieverband der USA am 10. März).

Mit dieser Bedrohungslegende begründen die USA sämtliche Maßnahmen, die den ver-

steckten Krieg in Zentralamerika verstärken. Von 26 auf 110 Millionen Dollar soll die Hilfe für El Salvador aufgestockt werden. Die Sonderbotschafterin des Präsidenten hatte schlechte Nachrichten aus El Salvador mitgebracht: die Armee dieses Landes habe eine zerrissene Führung, die Soldaten nur geringe Motivation und eine niedere Kampfmoral, und erhebliche Nachschubsorgen bei Waffen und Transportmitteln



könnten bald zur Niederlage gegen die Befreiungsbewegung FMNL führen.

Neben dem großen Dollarstrom plant man in Washington auch, die Anzahl der „Militärberater“ zu erhöhen. Diese „Experten“ der US-Armee sind oft genug direkte Kommandanten, gerade in El Salvador sind sie bei vielen Verbrechen, Massakern und Überfällen der Regierungstruppen unmittelbar beteiligt gewesen. Dazu wurde jetzt bekannt, daß die US-Geheimdienste für über 50 Millionen Dollar ein „Informationsnetz“ über Zentralamerika geknüpft haben. Die USA überlassen immer weniger ihren Vasallenregierungen in den Ländern dort.

Nicht zuletzt die Überfälle von Honduras aus auf Nicaragua, die Invasion tausender Anhänger des ehemaligen Diktators Somoza beweisen eine weitere Art der „Hilfe“ der USA für Zentralamerika. In den USA

werden reaktionäre Truppen, wie etwa Somozas alte „Nationalgarde“ ausgebildet, trainiert und mit modernsten Waffen ausgerüstet, um in ihren Ländern die Befreiungsbewegungen, oder wie im Falle Nicaraguas die Volksregierung zu stürzen. Diese politische Entwicklung erinnert fatal an das „Engagement“ der US-Imperialisten in Südostasien, das in der direkten militärischen Intervention der USA endete und für die



Völker bis zur Befreiung von den Aggressoren einen hohen Blutzoll forderte.

Wenn Ronald Reagan heute El Salvador zum Knackpunkt der weiteren Entwicklung in Zentralamerika macht, so sollten das auch alle Linken, alle Antiimperialisten tun. Solidarität mit den kämpfenden Völkern Zentralamerikas! Solidarität mit der Befreiungsbewegung FMNL von El Salvador!

Waffen für El Salvador! Schon über drei Millionen Mark sind in der Bundesrepublik und Westberlin für die Unterstützung des Kampfes der FMNL gesammelt worden. Spendet weiter:

„Waffen für El Salvador“

Postcheck Berlin/West

288 59-107

Sonderkonto

Bankleitzahl 100 100 10

Freunde der alternativen Tageszeitung e.V., 1000 Berlin 65

Mariela Garcia Villas:

Noch immer ungeklärt sind die Umstände des Massakers an mindestens 90 Menschen in El Salvador, bei dem auch die engagierte Menschenrechtlerin und Rechtsanwältin Mariela Garcia Villas umkam. Sie war in die umkämpften Gebiete gefahren, um Meldungen über Flächenbombardements und Phosphoreinsätze der Regierungstruppen nachzugehen. Die Leichen der Ermordeten verschwanden, wurden wahrscheinlich verscharrt. Nur die Tote Mariela Garcia Villas wurde freigegeben, Mitarbeiter des Erzbischofsamtes stellten Spuren von Folterungen fest.

In einem ihrer letzten Berichte schrieb die Ermordete:

„... unzählige Tote, tausende von Verschwundenen und Gefolterten, Verwendung von chemischen Kampfstoffen, die verätzen und entlauben; allein in Guatemala in diesem Jahr schon 5000 Tote und in El Salvador seit zwei Jahren 34000 Tote.“

Die Berichte, die Zahlen, die Fotografien, die in Europa veröffentlicht werden, lassen all das — trotz ihrer Dramatik — weit weg erscheinen, wie aus einer anderen Welt, bei anderen Wesen. Manche wollen das auch einfach nicht wahrhaben.

Wir aber machen jeden Tag Todesangst durch, wir spüren täglich an unserer Haut den Tod der anderen, wir befühlen die Wunden, die Folterspuren der Getöteten, wir sammeln Gehirnmasse, Köpfe, Knochen unserer Brüder ein, wir fotografieren die Opfer, wir hören die Zeugnisaussagen, die schweigenden und anonymen Klagen anonymen Angehöriger anonymen Opfer.

Das ist unser Auftrag, der Sinn unseres Lebens, das am Faden des Zufalls hängt. Das ist unser Alltag, der sich in unseren Augen spiegelt, unsere Nasen verstopft, unsere Hände imprägniert. Er macht uns stark und rechtfertigt unser Handeln. Und er rechtfertigt den Aufstand unseres Volkes für die Erlangung unseres Rechts auf Leben, auf ein Dach, ein Buch, ein Brot.“

Pinochets Himmler bei der UNO

mission in Genf benannt. Derjenige, der jetzt in diesem internationalen Gremium über die Einhaltung der Menschenrechte in seinem Lande wachen soll, ist der ehemalige Verteidigungsminister Washington Carrasco Fernandez, ein berüchtigter Folterknecht, nicht zu Unrecht auch „Pinochets Himmler“ genannt.

„Chile schickt uns seine Mörder — sie dürfen in der Schweiz keinen Platz haben“, empörten sich zu Recht Mitglieder des Schweizer Solidaritäts-Komitees „Salvatore Allende“. Denn Carrasco Fernandez hat eine blutige Vergangenheit. Als Pinochets Verbindungsmann zum Pentagon war er schon frühzeitig bei der Planung und Vorbereitung des Putsches in Chile dabei.

Als Pinochets Militärs am 11. September 1973 losschlügen, befehligte er

das Heer, die Luftwaffe, die Marine und die Polizei in den Provinzen Arauca, Bio Bio, Cautin, Chilan, Nuble und Concepcion, das als Hochburg der Linken galt. Am Tag des Putsches ließ er alle wichtigen Zentren der Region, wie die Industriezone von Talcahuano, die Bergbaugebiete von Lota Schwager und Coronel sowie die Schulen und Universitäten von Chillan und Concepcion von seinen Truppen besetzen. Sogar die örtliche Sicherheits- und Kriminalpolizei von Concepcion ließ Carrasco Fernandez vorsorglich festnehmen.

4000 Arbeiter, Studenten, Lehrer und Bauern wurden in das Fußballstadion von Concepcion gepfercht, von denen Hunderte aussortiert und in die Konzentrationslager von Chacabuco in der Atacama-Wüste und in die Folterzentren im Gefängnis von Borogona, im Marinestütz-

punkt Talcahuano, auf der Insel von Quiriquana und der Colonia Dignidad verfrachtet wurden. Carrasco Fernandez schaffte, organisierte und leitete die örtliche Gestapo, genannt „SIGRE“ (Servicio de Inteligencia Regional). Die Anhänger von Allende schrieb er öffentlich zur Fahndung aus und verteilte Kopfgeldprämien. In Yumbel und Mulchen ließ er geheime Friedhöfe anlegen, wo von seinen Soldaten massakrierte Opfer verscharrt wurden.

Dieser „Menschenrechtswächter“ ist in hohem Maße mitverantwortlich für die politischen Morde in Chile, für die systematische Anwendung von Folter, für illegale Festnahmen, unaufgeklärte Morde und Verschleppungen von Gewerkschaftsführern, für die zwangsweise Aufrechterhaltung des Exils für hunderttausende Chilenen, die nicht in ihr Land zurückdürfen. Internationaler Protest ist angesagt!



Palästinensischer Widerstand in den von Israel besetzten Gebieten

Generalstreik der Palästinenser

In den von Israel besetzten Gebieten

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten haben in den letzten Wochen immer wieder mit Massendemonstrationen gegen die Übergriffe bewaffneter zionistischer Siedler protestiert. Bei großen Demonstrationen, wie in Beit Sahour oder Nablus kam es wiederholt zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und israelischen Truppen.

Über die meisten Flüchtlingslager in der Westbank wurden Ausgangssperren verhängt, die Bevölkerung wurde mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen terrorisiert. Zunehmend werden palästinensische Schulkinder und Jugendliche Angriffsziele israelischer Truppen. Ihre Schulen werden gestürmt, sie werden von Polizeihunden durch die Straßen gehetzt und werden entführt.

Als Protest gegen all diese Maßnahmen der Besatzungsbehörden und gegen die Übergriffe israelischer Siedler kam es am 21. März in der Westbank und im Gazastreifen zu einem Generalstreik. So waren in Jerusalem alle Geschäfte geschlossen, obwohl die israelischen Truppen versuchten, Ladeninhaber zum Öffnen der Geschäfte zu bewegen. Israelische Sicherheitskräfte wurden vor der Al-Aqsa-Moschee und vor den Stadttoren postiert. Auch in Al-Khalil (Hebron) blieben alle Geschäfte geschlossen.

Es gab schwere Zusammenstöße zwischen palästinensischen Einwohnern und israelischen Truppen in der Nähe von Halhoul und Zahariyeh. Trotz verhängter Ausgangssperre bewarfen Palästinenser israelische Militärfahrzeuge mit Steinen. Auch über Nablus wurde eine strikte Ausgangssperre verhängt.

Beis schweren Zusammenstößen zwischen palästinensischen Jugendlichen und israelischen Truppen, in deren Verlauf die Jugendlichen Barrikaden aus brennenden Reifen bauten, wurden einige israelische Soldaten von Steinen verletzt. Die Truppen riegelten das ganze Lager Kalandia ab und verhafteten eine nicht näher bekannte Zahl von Palästinensern.

Der Campus der Universität Bir Zeit wurde nach Massendemonstrationen ebenfalls von der Armee abgeriegelt. Auch in der Stadt Gaza wurde der Generalstreik vollständig befolgt. Israelische Truppen marschierten durch die Hauptgeschäftsstraßen und schlugen die Geschäftstüren ein, um die Händler zu zwingen, ihre Läden wieder zu öffnen. Auch aus Ramallah, Bethlehem und Beit Jala wurden schweren Zusammenstöße zwischen israelischen Truppen und Demonstranten gemeldet.

Der allgemeine Gewerkschaftsverband und die Berufsverbände in der Westbank haben in Stellungnahmen die israelische Regierung beschuldigt, die extremistischen Siedler zu ermutigen. Das habe dazu geführt, daß Bomben in Schulen und Moscheen gelegt worden seien und daß es Versuche gegeben habe, die Al-Aqsa-Moschee in Jerusalem zu zerstören.

Die Bürgermeister und palästinensische nationale Institutionen in den besetzten Gebieten riefen die Weltöffentlichkeit auf, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, damit die Ausgangssperren, die immer noch über viele Lager in der Westbank in Kraft sind, aufgehoben werden.

Die israelischen Besatzungsbehörden planen für den kommenden Herbst, das Flüchtlingslager Deir Al-Balah im Gazastreifen niederzuwalzen. Für die 7000 Einwohner des Lagers soll Militärquellen zufolge schon ein neuer Platz ausgewählt worden sein.

Meldungen vom Widerstand gibt es auch aus dem Südlibanon, wo vor allem die Gefangenen des großen Lagers von Ansar mit Demonstrationen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und gegen die brutale Behandlung durch die Israelis protestierten.

In der Nähe von Nabatiyeh haben die Israelis ein spezielles Gefängnis für libanesischen und palästinensischen Frauen errichtet. Die Frauen, die zur Zeit in dem Gefängnis festgehalten werden, wurden zu Beginn der Invasion in den Libanon gefangen genommen. Andere wurden aus Gefängnissen aus dem besetzten Palästina hierher überführt. Der israelische Militärsprecher lehnte es bis heute ab, den genauen Ort und die Zahl der Frauen, die dort festgehalten werden, bekanntzugeben.

Im Würgegriff der Imperialisten

Freihandelszonen in der Türkei

Ausbeutung bis aufs Blut

Nach der vollständigen Einbindung der Türkei in den NATO-Kriegspakt, der Installierung einer faschistischen Militärdiktatur im Auftrage der westlichen imperialistischen Geldgeber sollen jetzt in der Türkei Bedingungen ge-

schaffen werden, die westlichen Konzernen, bei denen die aus der Bundesrepublik ganz vorne stehen, maximale Profite durch enorme Ausbeutung gesichert werden.

Entsprechend einer schon länger vertretenen Forderung imperialistischer Kreise endlich sogenannte Freihandelszonen einzurichten, besuchte der türkische Junta-Chef General Evren zu Beginn dieses Jahres Südkorea, wo solche Zonen schon existieren. Drei von diesen Freihandelszonen, so Evren, sollen noch in diesem Jahr in der Türkei eingerichtet werden.

Das US-amerikanische Kapitalistenmagazin „Wall Street Journal“ hat jetzt erste Einzelheiten veröffentlicht. (Wall Street Journal vom 7. 3. 83) Alle drei Freihandelszonen sollen am Mittelmeer liegen, eine in der Nähe von Izmir, eine bei Antalya und die dritte bei Iskenderun, wo sich die türkisch-irakische Ölpipeline und der größte Stahlkomplex der Türkei befinden.

Die türkische Militärjunta will hier für die ausländischen Kapitalisten und Konzerne, die angelockt werden sollen, Straßen und Kommunikationssysteme bauen lassen. Die Zölle für Ein- und Ausfuhr sollen gesenkt werden, ebenso wie die Steuern auf Produktionsanlagen und Gewinne.

Die Militärjunta berät über ein generelles Verbot der Ge-



werkschaften in den Freihandelszonen, was nach dem geplanten neuen Gewerkschaftsgesetz möglich wäre. Erklärte Absicht ist es, dadurch die Löhne noch unter das sonst schon in der Türkei bestehende Elendsniveau zu drücken und die Ausbeutungsrate dementsprechend zu erhöhen.

Darüberhinaus wird in den Freihandelszonen das Gesetz Nr. 6224 über die ausländischen Investitionen vollständig außer Kraft gesetzt. Dieses Gesetz beinhaltet z. B., daß ausländisches Kapital der Entwicklung des Landes dienen muß. Mit der Einrichtung der Freihandelszonen hätten die westlichen Impe-

rialisten sämtliche Schranken der Ausbeutung und der Ausplünderung der Türkei eingerissen.

Zusätzlich wird noch gefordert, daß alle Geschäfte in den Freihandelszonen in Dollar getätigt werden sollen. Das bedeutet nichts anderes, als daß nicht nur die schon geringen Gewerkschaftsrechte vollständig aufgehoben werden sollen, Zölle und Steuern gesenkt und das Gesetz über ausländische Investitionen außer Kraft gesetzt wird, sondern auch noch, daß der türkische Staat die Währungshoheit über die Freihandelszonen verliert.

Die weißen Siedler haben „schwarze Freunde“ — in Bonn

Südafrika — ein Stützpunkt des großen Geldes

Während sich das Rassistenregime in Südafrika immer mehr isoliert, von der schwarzen Bevölkerung sowieso, immer mehr aber auch von weißen Bürgern kritisiert und bekämpft wird, will die Bonner Regierung, nach Worten von Strauß ein „entkrampftes Verhältnis“ zu Südafrika. Erste Maßnahme: ein neuer Botschafter Bonns in Südafrika. Der stramme CDU-Mann Lahusen soll die Interessen des westdeutschen Imperialismus sichern helfen, der mit seinen Großkonzernen wie VW, Siemens, BMW und anderen „dick im Geschäft“ in Südafrika ist.

Die auch außenpolitische Wende bedeutet, daß es keinerlei Rücksichtnahmen mehr geben soll, auch nicht auf die international bekannten Vorwürfe über Rassismus, politische Verfolgung, extreme Ausbeutung und bewaffnete Niederhaltung der Befreiungsbewegung im südlichen Afrika.

Um sich an der Ausbeutung des Landes und der Menschen dort zu beteiligen, soll vergessen gemacht werden, daß Südafrika sich gegen UNO-Beschlüsse widerrechtlich Namibia einverleibt hat, dort mit einem mörderischen Krieg die Befreiungskämpfer der SWAPO verfolgt. Erst in der vergangenen Woche wurden wieder 172 Kämpfer ermordet, die sich gegen die Besetzung ihres Landes wehrten.

Die militärische Großmacht Südafrika, stark geworden durch die massive Unterstützung der westlichen imperialistischen Staaten ist auch an vielen Konflikten im gesamten südlichen Afrika beteiligt. Um befreite und unabhängige Länder wieder unter die Fuchtel der ehemaligen Kolonialmächte zu bringen, führen sie offene militärische Überfälle oder ver-

steckte subversive Aktionen durch. Hauptziel sind dabei Angola oder Zimbabwe, wo erst kürzlich wieder südafrikanische Spione enttarnt wurden, die die inneren Probleme des Landes ausnutzen wollten. In südafrikanischen Camps ausgebildete Söldner finden sich bei allen reaktionären Truppen der Region wieder.

Und obwohl das Rassistenregime der weißen Siedler auch im eigenen Land immer mehr unter Druck gerät, sollen die Beziehungen der Bundesrepublik zu diesem Land „entkrampft“, von allen moralischen Skrupeln befreit werden.

Paradebeispiel für diese Politik war die Kritik des Franz Josef Strauß an einer Spenden-sammlung des christlichen Hilfswerks „Misereor“, kurz vor der Wahl. Strauß wettete gegen die „falschen und einseitigen Darstellungen“, die als Begründung für die Spenden-sammlung über Südafrika gebracht worden wären.

Strauß kündigte für nach der Wahl eine ausführliche Richtigstellung an. Jetzt sind ihm aber sämtliche protestantischen und die katholische Kirche zuvorgekommen, die eine ausführliche Stellungnahme zur Lage in Süd-

afrika abgegeben haben, eine Stellungnahme, die sämtliche vorhandenen Kritiken an dem Unrechtssystem bestätigen.

So heißt es über die herrschende Politik dort: „Wir treten in einer Zeit der nationalen Krise zusammen, da der Bürgerkrieg eskaliert.“ (...) Es „ist uns klar, daß wir in einer Zeit zusammenstehen, da die wohl kritischste und vermutlich überhaupt letzte Beratungsperiode des Parlaments in unserem Land mit ihren Sitzungen beginnt. Empfehlungen des Präsidentenrates, die die Trennung in unserem Volk lediglich zu vertiefen trachten, sollen in die Parlamentssitzung eingebracht werden. Freilich ist der Präsidentenrat nur ein ausgeklügeltes System, um die tragenden Pfeiler der Apartheid zu zementieren. Das Ziel ist die Konzentration von Macht in den Händen einer kleinen weißen Elite. Für dieses Ziel werden die Farbigen und die Inder eingespannt, während die Realität der Schwarzen verkannt wird, sogar derer, die in den Städten Südafrikas leben“. Beteiligung an der Macht ist nur ein Brandmal, das auf Ideologien basiert. (...) Der Präsidentenrat repräsentiert keine Nationalversammlung, er ist nicht repräsentativ.“

Diese Anklagen der garantiert nicht „prokommunistisch“ oder überhaupt revolutionär eingestellten südafrikanischen Kirchenführer machen deutlich, zu welchen Verbrechen Bonn seine Beziehungen „entkrampft“ will.

Meldungen

Spanier gegen US-Basen

50 000 Menschen haben nach Angaben der Veranstalter an einem Protestmarsch zum US-Luftwaffenstützpunkt Torrejon de Ardoz in Spanien teilgenommen. Sie forderten vor allem ein sofortiges Referendum, eine Volksbefragung über Spaniens NATO-Mitgliedschaft und den Abbau der drei von den USA benutzten Militärbasen auf spanischem Boden.

Zum Ende des Protestmarsches wurde eine Abschlusserklärung der veranstaltenden „Anti-NATO-Kommission“ verlesen. Zu Auseinandersetzungen mit der Guardia Civil kam es, als ungefähr tausend Demonstranten versuchten, an den stark abgesicherten US-Stützpunkt direkt heranzukommen.

Die neue spanische Regierung, die versprochen hatte, ein Referendum über die NATO-Mitgliedschaft abzuhalten, hat jetzt ihre Verzögerungstaktik konkretisiert. Entgegen allen Ankündigungen soll eine Befragung zu diesem Thema frühestens 1984 stattfinden, wie der Außenminister Fernando Moran erklärte. Das Stützpunktabkommen mit den USA allerdings, das schon die Regierung Sotelo aushandelte, liegt schon zur Ratifizierung dem spanischen Parlament vor.

Protest gegen US-Flottenbesuch in Japan

Mehrere tausend Menschen haben am 21. März gegen die Landung des US-Flugzeugträgers „Enterprise“ demonstriert, der mit atomarer Bewaffnung in den Hafen von Sasebo in der Provinz Nagasaki eingelaufen war. 10 000 Teilnehmer einer Demonstration protestierten vor allem gegen die Verletzung der regierungsamtlichen Politik, in Japan keinerlei Atomwaffen zuzulassen. Andere Teilnehmer hatten Boote gechartert und demonstrierten von See her. Acht Teilnehmer der Kundgebungen wurden verhaftet.

Zuletzt hatte die „Enterprise“ 1968 Japan besucht. Damals hatten sich 40 000 Demonstranten über fünf Tage hin schwere Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert. Die „Enterprise“ war damals auf dem Weg zum Einsatz in Vietnam. Der jetzige Besuch, der von der Regierung Nakasone gebilligt wurde, dient vor allem der Gewöhnung an das Ende der „nuklearen Abstinenz“ Japans, das von der Rechtsregierung und den USA vorbereitet wird.

So hat der frühere amerikanische Botschafter in Japan Edwin Reischauer schon vor zwei Jahren erklärt, es sei an der Zeit, daß Japan die Realitäten anerkenne. Die vorübergehende Lagerung von Atomwaffen an Bord von amerikanischen Schiffen oder Flugzeugen verstoße nicht gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag.

Kurt Tucholsky Heimat

„Aber einen Trost hast du immer, eine Zuflucht, ein Wegschweifen. Selbst auf Umgebungsflächkeiten stehen Bäume, Wasseraugen schimmern dich an, Horizonte sind weit,

und auch durch düstere Verhängung kommt noch Feldatem.“

Alfons Goldschmidt, „Deutschland heute“



Nun haben wir auf 225 Seiten Nein gesagt, Nein aus Mitleid und Nein aus Liebe, Nein aus Haß und Nein aus Leidenschaft — und nun wollen wir auch einmal Ja sagen. Ja — zu der Landschaft und zu dem Land Deutschland.

Dem Land, in dem wir geboren sind und dessen Sprache wir sprechen.

Der Staat schere sich fort, wenn wir unsere Heimat lieben. Warum grade sie — warum nicht eins von den anderen Ländern — ? Es gibt so schöne.

Ja, aber unser Herz spricht dort nicht. Und wenn es spricht, dann in einer andern Sprache — wir sagen „Sie“ zum Boden; wir bewundern ihn, wir schätzen ihn — aber es ist nicht das.

Es besteht kein Grund, vor jedem Fleck Deutschlands in die Knie zu sinken und zu lügen: wie schön! Aber es ist da etwas allen Gegenden Gemeinsames — und für jeden von uns ist es anders. Dem einn geht das Herz auf in den Bergen, wo Feld und Wiese in die kleinen Straßen sehen, am Rand der Gebirgsseen, wo es nach Wasser und Holz und Felsen riecht, und wo man einsam sein kann; wenn da einer seine Heimat hat, dann hört er dort ihr Herz klopfen. Das ist in schlechten Büchern, in noch dümmere Versen und in Filmen schon so verfälscht, daß man sich beinahe schämt, zu sagen: man liebe seine Heimat. Wer aber weiß, was die Musik der Berge ist, wer die Töne hören kann, wer den Rhythmus einer Landschaft spürt... nein, wer gar nichts andres spürt, als daß er zu Hause ist; daß das da sein Land ist, sein Berg, sein See — auch wenn er nicht einen Fuß Bodens besitzt... es gibt ein Gefühl jenseits aller Politik, und aus diesem Gefühl heraus lieben wir dieses Land.

Wir lieben es, weil die Luft so durch die Gassen fließt und nicht anders, der uns gewohnten

Lichtwirkung wegen — aus tausend Gründen, die man nicht aufzählen kann, die uns nicht einmal bewußt sind und die doch tief im Blut sitzen.

Wir lieben es, trotz der schrecklichen Fehler in der verlogenen und anachronistischen Architektur, um die man einen weiten Bogen schlagen muß; wir versuchen, an solchen Monstrositäten



vorbeizusehen; wir lieben das Land, obgleich in den Wäldern und auf den öffentlichen Plätzen manch Kondortortentbild eines Ferschten dräut —

laß ihn dräuen, denken wir uns wandern fort über die Wege der Heide, die schön ist, trotz alledem.

Manchmal ist diese Schönheit aristokratisch und nicht minder deutsch; ich vergesse nicht, daß

„Ich wandere aus“, wie viele haben das nach dem 6. März gesagt oder gedacht. „Dieses Deutschland ist nicht zu retten“, wie oft hörte man diesen oder ähnliche Sprüche. Der berühmte „Aufschwung“ um „Deutschland in Ordnung zu bringen“ im „Deutschen Interesse“ — von Millionen am 6. März unterstützt — kann einen schon zweifeln lassen, an Land und Leuten.

Zu dieser Stimmungslage fiel uns ein Text von Kurt Tucholsky ein, das Schlußwort aus seinem Buch „Deutschland, Deutschland über alles“. Dieses Bilderbuch, mit vielen Montagen von John Heartfield ist 1929 erschienen.

um so ein Schloß



hundert Bauern im Notstand gelebt haben, damit dieses hier gebaut werden konnte — aber es ist dennoch, dennoch schön. Dies soll hier kein Album werden, das man auf den Geburtstagsstisch legt; es gibt so viele. Auch sind sie stets unvollständig — es gibt immer noch einen Fleck Deutschland, immer noch eine Ecke, noch eine Landschaft, die der Photograph nicht mitgenommen hat... außerdem hat jeder sein Privat-Deutschland. Meines liegt im Norden.

Es fängt in Mitteldeutschland an, wo die Luft so klar über den Dächern steht, und je weiter nordwärts man kommt, desto lauter schlägt das Herz, bis man die See wittert. Die See — Wie schon Kilometer vorher jeder Pfahl, jedes Strohdach plötzlich eine tiefere Bedeutung haben... wir stehen nur hier, sagen sie, weil gleich hinter uns das Meer liegt — für das Meer sind wir da. Windumweht steht der Busch, feiner Sand knirscht dir zwischen den Zähnen...



„Deutschland, Deutschland über alles“. Ein Bilderbuch von Kurt Tucholsky und vielen Fotografen, montiert von John Heartfield, ist

In diesem Buch nimmt Tucholsky Deutschland aufs Korn. In bissigen Satiren, Kommentaren, Anklagen, Reportagen und Bildbeschreibungen stellt er die politische Reaktion dar, geißelt Ungerechtigkeit, Hochmut, nationalistische Verblendung, Dummheit.

Kurt Tucholsky, der mit warnender Stimme schon lange vor 1933 auf die anstehenden Gefahren hinwies, ist an seinem Vaterland zerbrochen. Doch, obwohl er an seinem Land fast verzweifelte, schrieb er gerade in diesem Buch eines der schönsten Bekenntnisse zu Deutschland, das ein Schriftsteller je niederschrieb. Wir drucken es im folgenden ab.

Die See. Unvergeßlich die Kindheitseindrücke; unverwischbar jede Stunde, die du dort verbracht hast — und jedes Jahr wieder die Freude und das „Guten Tag!“ und wenn das Mittelländische Meer noch so blau ist... die deutsche See. Und der Buchenwald; und das Moss, auf dem es sich weich geht, daß der Schritt nicht zu hören ist; und der kleine Weiher, mitten im Wald, auf dem die Mücken tanzen — man kann die Bäume anfassen, und wenn der Wind in ihnen saust, verstehen wir seine Sprache. Aus Scherz hat dieses Buch den Titel „Deutschland über alles“ bekommen, jenen törichtchen Vers eines großmäuligen Gedichts. Nein, Deutschland steht nicht über allem und ist nicht über allem — niemals. Aber mit allen soll es sein, unser Land. Und hier stehe das Bekenntnis, in das dieses Buch münden soll:

Ja, wir lieben dieses Land.

Und nun will ich euch mal etwas sagen:

Es ist ja nicht wahr, daß jene, die sich „national“ nennen und nichts sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben. Weder der Regierungsvertreter im Gehrock, noch der Oberstudienrat, noch die Herren und Damen des Stahlhelms allein sind Deutschland. Wir sind auch noch da.

Sie reißen den Mund auf und rufen: „Im Namen Deutschlands...!“ Sie rufen: „Wir lieben dieses Land, nur wir lieben es.“ Es ist nicht wahr.

Im Patriotismus lassen wir uns von jedem übertreffen — wir fühlen international. In der Heimatliebe von niemand — nicht einmal von jenen, auf deren Namen das Land grundbuchlich eingetragen ist. Unser ist es.

Und so widerwärtig mir jene sind, die — umgekehrte Nationalisten — nun überhaupt nichts mehr Gutes an diesem Land lassen, kein gutes Haar, keinen Wald, keinen Himmel, keine Welle — so scharf verwahren wir uns dagegen, nun etwa ins Vaterländische umzufallen. Wir pfeifen auf die Fahnen — aber wir lieben dieses Land.



Und so wie die nationalen Verbände über die Wege trommeln — mit dem gleichen Recht, mit genau demselben Recht nehmen wir, wir die wir hier geboren sind, wir, die wir besser deutsch schreiben und sprechen als die Mehrzahl der nationalen Esel — mit genau demselben Recht nehmen wir Fluß und Wald in Beschlag, Strand und Haus, Lichtung und Wiese: es ist unser Land. Wir haben das Recht, Deutschland zu hassen — weil wir es lieben. Man hat uns zu berücksichtigen, wenn man von Deutschland spricht, uns: Kommunisten, junge Sozialisten, Pazifisten, Freiheitsliebende aller Grade; man hat uns mitzudenken, wenn „Deutschland“ gedacht wird... wie einfach, so zu tun, als bestehe Deutschland nur aus den nationalen Verbänden.

Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir.

Und in allen Gegensätzen steht — unerschütterlich, ohne Fahne, ohne Leierkasten, ohne Sentimentalität und ohne gezücktes Schwert — die stille Liebe zu unserer Heimat.

auch in einer Taschenbuchausgabe bei rororo erschienen. Sämtliche Bilder auf dieser Seite sind aus der Originalausgabe von 1929.

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe

Vorwände...

Mit Interesse und Gewinn habe ich eure Artikelserie über die Türkei verfolgt. Für uns, die wir täglich mit türkischen Menschen umgehen, ist es sehr wichtig, den Entwicklungsgang, den die Türkei seit den Zeiten des osmanischen Reiches bis heute genommen hat, in seinen wesentlichen Phasen zu kennen und seine Gesetzmäßigkeiten zu verstehen. Wer an tiefergehenden Informationen und detaillierten Fakten interessiert ist, dem möchte ich das in der Edition Vielfalt Olle u. Wolter erschiene Buch von Hakkı Keskin „Die Türkei — vom osmanischen Reich zum Nationalstaat“ empfehlen. Keskin liefert hier eine hervorragende materialistische Analyse des Entwicklungsweges der Türkei. Es ist zu bedauern, daß der Verfasser der Artikelserie in seinen Literaturangaben dieses Buch nicht nennt, obwohl ich glaube, daß gerade er nicht unerheblich von den Ausführungen Keskins profitiert hat.

Mit einem weiteren Kritikpunkt will ich nach der Lektüre von Keskin nicht hinter dem Berg halten: Es entsteht der Eindruck, daß im RM-Artikel die Entwicklung hin zur Abkehr von der kemalistischen, traditionell sowjetfreundlichen Außenpolitik der Türkei doch etwas einseitig dargestellt wird. Sicherlich ist unbestritten, daß ein unterentwickeltes Land mit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch Verrat und Kapitalentzug der nationalen Bourgeoisie immer in Gefahr steht, den imperialistischen Räubern wieder zum Opfer zu fallen. Sicherlich hat auch die Wührarbeit der Imperialisten im Innern der Türkei zusammen mit Druck von außen die „Wende“ in der Türkei begünstigt. Trotzdem wird man nach den Ausführungen Keskins schwerlich sagen können, die Nichtverlängerung des türkisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages sei ein einseitiger Akt einer prowestlichen türkischen Regierung. Keskin liefert gewichtige Argumente dafür, daß der Ausgang des Machtkampfes zwischen neutralistischen Kemalisten und pro-imperialistischen bourgeoisen Kräften zugunsten der letzteren nicht unerheblich auch durch Fehler in der Türkei-Politik der Sowjetunion begünstigt wurde. So habe die Sowjetunion sowohl in den Verhandlungen 1939 als auch 1945 Forderungen nach Militärstützpunkten an den türkischen Meeresküsten, 1945 zusätzlich Korrekturen der türkischen Ostgrenze zugunsten der Sowjetunion, sowie die Revision von internationalen, die Türkei bindenden Verträgen verlangt. Keskin schreibt dazu, indem er Aussagen sozialistischer Kreise in der Türkei zitiert: „Es ist wahr, daß sich die türkische Großbourgeoisie auch ohne diese Vorwände dem Westen zuwenden wollte und daher die politische Führung nach dem Tode Atatürks zu einer unzuverlässigen Haltung gegenüber der Sowjetunion bewegte, doch die Haltung Stalins hat die Umorientierung und den Anschluß der herrschenden Klassen und der Staatsführung an den Westen beschleunigt und dazu beigetragen, die Hauptgründe dieser Neuorientierung zu maskieren“. Und: „Wir wissen nicht, ob Stalin die blockfreie Außen- und Innenpolitik hätte beeinflussen können, wenn er vor dem Krieg die türkische Entwicklung unterstützt hätte, statt Land und Militärbasen zu verlangen. Aber sicher ist, daß die Haltung Stalins die Außen- und Innenpolitik der Türkei beeinflusst hat.“

Ich meine, daß wir uns der Auseinandersetzung mit diesen Argumenten stellen sollten, zumal sie der notwendigen, aber bisher leider recht faktenarm geführten Diskussion über die Politik der Sowjetunion in der stalinischen Epoche neue Impulse verleihen. Eine ernsthafte Analyse verlangt das Eingehen auf solche Argumente, die uns vordergründig nicht in den Kram zu passen scheinen.

J.S. aus Bremen

Rechenfehler

Liebe Genossen,
in eurem Artikel über die 35-Stunden-Woche im letzten RM (Nr. 11 vom 18.3.83) sind euch meiner Meinung einige Rechenfehler unterlaufen.

Ihr schreibt, daß die Unternehmer auch gegen die Einführung der 35-Stunden-Woche wären, wenn sie keinen Lohnausgleich leisten müßten und zwar, weil dann der Mehrwert geringer wäre. Ihr versucht dies an folgendem Beispiel zu erläutern: „Nehmen wir an, das Verhältnis von notwendiger Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit wäre heute, bezogen auf den achtstündigen Arbeitstag vier zu vier Stunden (...). Die Mehrwertrate beträgt in diesem Fall 100 Prozent. Bei einer Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden würde das Verhältnis von notwendiger Arbeitszeit und Mehrarbeitszeit vier zu drei Stunden betragen. Die Mehrwertrate würde von 100 Prozent auf 75 Prozent fallen.“

Ich finde, das ist total unlogisch, da das Verhältnis des Wertes an produzierten Waren zu den Lohnkosten dabei nicht verändert würde. Dies würde bei vollem Lohnausgleich geschehen, da dann die Lohnkosten steigen (es müßten bei nicht allzu starker Rationalisierung mehr Arbeiter eingestellt werden) und der Wert der produzierten Waren aber gleich bleiben würde. Andererseits kann man die notwendige Arbeitszeit auch nicht als absoluten Wert setzen, wie ihr das tut. Wenn der Lohn eben geringer ist (wie es in dem Fall ohne Lohnausgleich wäre), kann man auch noch davon leben — aber eben schlechter. Daher finde ich, kann man den Mehrwert nicht über die Arbeitszeit bestimmen, sondern nur über das Verhältnis von Lohnkosten zu dem Wert der produzierten Waren. Zusammengefaßt heißt das, daß die Unternehmer auf den ersten Blick gesehen keine Einbußen in ihrem Profit haben würden, wenn die 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich eingeführt werden würde. Daß einzigste, was für die Unternehmer dagegen sprechen würde, wäre der Abbau des Arbeitslosenheeres und die „Gefahr“, daß dieses „Zurückweichen“ die Position der Arbeiter verbessern könnte.

Ich hoffe, ich habe mich nicht zu unverständlich ausgedrückt. Schreibt mir doch mal eure Meinung dazu.

R. F. aus Düsseldorf

Nachgerechnet

Ich möchte einige Anmerkungen zur letzten Folge der 35-Stunden-Woche-Serie im RM 11/83, speziell zu den Abschnitten „Arbeitszeit und Ausbeutung“ und „Lohnausgleich ist nicht der Knackpunkt“ machen. Ich glaube, daß euch da etwas durcheinander geraten ist. Auf jeden Fall kann ich eurer Argumentation nicht ganz folgen, warum Lohnausgleich nicht der Knackpunkt sein soll. Mag sein, daß wir auch aneinander vorbeireden. Auf jeden Fall sollte man das klären.

Also, ihr rechnet richtig vor, daß 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich einer indirekten Lohnerhöhung von 12,5 Prozent entspricht. Die fünf Stunden Arbeitszeitverkürzung gehen bei Lohnausgleich voll zu Lasten des Kapitalisten. Es verringert sich der unbezahlte Mehrarbeitsanteil in der Woche schlagartig um fünf Stunden, denn der bezahlte Teil, der Lohn nämlich, ist ja gleich geblieben. Folglich verändert sich auch das Verhältnis dieser beiden Arbeitssteile zueinander, das heißt die Mehrwertrate, zu unseren Gunsten. Der Ausbeutung und Verelendung wäre ein kleiner Schlag versetzt und zwar

1.) der relativen Verelendung, weil der Abstand zwischen dem wachsenden Reichtum des Kapitals einerseits und unserem Anteil am Kuchen andererseits weniger schnell auseinanderdriftet, und

2.) der absoluten Verelendung. Wir haben zwar nicht mehr Geld zum Leben bei vollem Lohnausgleich, aber fünf Stunden weniger Malochie, die uns kaputtmacht, mehr Erholzeit. — Und auch das gehört zur Frage der Verelendung.

So, wie sieht die ganze Sache nun ohne Lohnausgleich aus? Ihr fahrt im Artikel fort:

„Denn weitaus schmerzlicher als diese relative Erhöhung der Löhne trifft den Kapitalisten die Verringerung der Mehrwertrate.“ Seht ihr, und das stimmt so nicht. Das ist so, als würdet ihr sagen: Weitaus

schlimmer als der Hunger trifft einen Menschen der Nahrungsmittelmangel. Die relative Erhöhung der Löhne um 12,5 Prozent ist bereits eine Verringerung der Mehrwertrate, wie ich eben dargelegt habe. Lohnerhöhung oder Verringerung der Mehrwertrate ist dasselbe! Um eure Aussage zu belegen, rechnet ihr dann auch ein Beispiel falsch vor. Ihr bringt das Beispiel von vier Stunden notwendiger Arbeit und vier Stunden Mehrarbeit = 100 Prozent Mehrwertrate und sagt dann: Bei nur noch sieben Stunden am Tag wäre das Verhältnis von notwendiger Arbeit zur Mehrarbeit 4:3 (= Mehrwertrate 75 Prozent). Wenn ihr so rechnet, unterstellt ihr aber Lohnausgleich (die notwendige Arbeit, die vier Stunden, die wir bezahlt bekommen, ist in eurem Beispiel gleich geblieben). Ihr wolltet doch aber, wie ich es verstanden habe, gerade mit dem Beispiel belegen, daß die Mehrwertrate auch ohne Lohnausgleich sinkt!

Wie sieht denn die Rechnung ohne Lohnausgleich wirklich aus? Beispiel: Man verdient 80 DM am Tag, das heißt bekommt einen Stundenlohn von 10 DM. Man schafft aber Werte für 160 DM, das heißt vier Stunden notwendige Arbeit zu vier Stunden Mehrarbeit = 100 Prozent Mehrwertrate. Ziehen wir nun eine Stunde pro Tag ohne Lohnausgleich ab. Ich arbeite dann also nur noch sieben Stunden am Tag für einen Stundenlohn von 10 DM, das heißt ich verdiene nun statt 80 DM nur noch 70 DM am Tag. Gleiche Arbeitsproduktivität vorausgesetzt, schaffe ich in diesen sieben Stunden nicht mehr Werte für 160 DM, sondern nur noch für 140 DM. Das bedeutet: 70 DM Lohn/notwendige Arbeit: 70 DM Mehrarbeit = 140 DM Werte. Und das entspricht wiederum einer Mehrwertrate von 100 Prozent! Ohne Lohnausgleich ändert sich an der Mehrwert- bzw. Ausbeutungsrate überhaupt nichts! Insofern ist eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich tatsächlich „kostenneutral“ für das Kapital, wie oft gesagt wird. Und insofern ist die Frage des Lohnausgleichs doch der ökonomische Knackpunkt, der tiefere Knackpunkt der Angelegenheit. Beantwortet mir doch bitte die Frage, warum die Firmen überhaupt Kurzarbeit ansetzen, wenn sie nicht mehr ausgelastet sind? Wenn sie nämlich die Kollegen nicht mehr für acht Stunden beschäftigen können, sondern, sagen wir nur noch für sieben Stunden, und sie machen keine Kurzarbeit, dann haben wir in dem Moment praktisch eine 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Schicken sie die Kollegen in dieser Woche aber fünf Stunden früher bei verkürztem Lohn nach Hause, also in Kurzarbeit, haben wir eine 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich.

Die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich ist im Prinzip nichts anderes als die Einführung bundesweiter Kurzarbeit mit dem etwas zweifelhaften Vorteil, daß, durch die notwendig werdenden Einstellungen bedingt, dann mehr Kollegen an dieser Kurzarbeit teilnehmen können, und statt 66 Prozent Arbeitslosigkeit dann 87,5 Prozent (100 Prozent Volllohn minus 12,5 Prozent Lohnsenkung) Kurzarbeitergeld bekommen.

Vielleicht habe ich euch nur falsch verstanden, aber ich möchte wiederholen: Meiner Meinung nach ist die Frage des Lohnausgleichs der Knackpunkt.

Daß sich das Kapital stur stellt, ist doch klar und ist die politische, die machtmäßige Seite der Sache. In der Krise, bei den Arbeitslosenzahlen und dieser Regierung und nach jahrelanger intensiver und allseitiger Verschärfung der Ausbeutung sehen sie keinen Grund selbst für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Denn diese „kostenneutrale“ Sache verkleinert das ihnen genehme Arbeitslosenheer, bedeutet einen politischen Rückzug von eingenommenen Positionen, wirkt politischen Absichten entgegen (z.B. würde der Ausländerhetze (Zündstoff entzogen), stärkte sicherlich die Positionen der Sozialpartner in den Gewerkschaften (und auch das ist nicht mehr ihr Kurs), bedeutete, trotz sinkendem Lohn andererseits etwas weniger Verschleiß der Arbeitskraft der Kollegen. Aus allen

solchen Gründen wollen sie nicht einmal sich auf den Anschluß mit den 35 Stunden ohne Lohnausgleich einlassen.

Ich muß, um mögliche Einwände vorwegzunehmen, auch auf die Frage eingehen, daß das Kapital prinzipiell nach einer Ausdehnung des Arbeitstages strebt. Ihr habt das ja korrekt wiedergegeben, wie Marx die Frage erklärt hat. Dabei ist auch deutlich geworden, daß in diesem Zusammenhang das Kapital grundsätzlich nach der Vergrößerung des unbezahlten Mehrarbeitsanteils strebt. Für das Kapital ist es sicher erst einmal egal, ob 100 Mann jeweils 35 Stunden die Woche oder 50 Mann jeweils 70 Stunden die Woche in der Firma arbeiten. Die Lohngehälter, das eingesetzte variable Kapital und die eingesackte Mehrarbeit für ihn sind in beiden Fällen gleich. Ein Interesse an der Verlängerung des Arbeitstages hat er doch nur bei Verlängerung ohne oder nicht proportionalem Lohnausgleich, denn nur dann verbessert sich für ihn die Mehrwertrate. Also: Für gleichen Lohn länger arbeiten oder für weniger Lohn gleich lange arbeiten ist sein grundsätzliches Interesse. Nun muß man diese Frage konkret für heute stellen. Ich kann mir auch heute vorstellen, daß, etwa in einer Notstands- oder Kriegssituation, der Arbeitstag einfach brutal ohne mehr Geld verlängert wird. Andererseits haben wir auch jetzt schon eine Form der Verlängerung des Arbeitstages, etwa durch Überstunden, für die er, der Kapitalist, dem einzelnen zwar Überstundenprozente draufpackt, wo es für ihn im Betriebsganzen betrachtet, aber billiger kommt, als neue Leute einzustellen. Aber trotzdem spielt heute das Streben des Kapitals nach Verlängerung des Arbeitstages nicht mehr die Rolle, die sie in anderen historischen Perioden gespielt hat. Warum? Weil die historischen gewachsenen Strukturen zwischen Kapital und Arbeit, sprich die Gewerkschaftsbewegung und ihre erkämpften Rechte, die Arbeitsgesetzgebung und das, was heutzutage zur Regenerierung der Arbeitskraft eines Menschen, (sein physisches, psychisches, kulturelles Existenzminimum) nottut, ganz anders aussieht als im letzten Jahrhundert. Weil es unter diesen heutigen Bedingungen für das Kapital der schwierigste Weg ist, um an mehr unbezahlte Mehrarbeit heranzukommen.

2.) Weil das Kapital heutzutage viel bessere und effektivere Mittel hat, um die Ausbeutung zu verschärfen, als mit dem grobschlächtigen Primitivmittel „Arbeitstag verlängern“. Welche Mittel sind das? a) Zuerst ist zu nennen die explosionsartige und unwälbende Erhöhung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe der Mikroelektronik, die ihnen ungeahnte Möglichkeiten verschärfter Ausbeutung eröffnet. b) Das ständige und schleichende Verschieben der Gewichte durch die Inflation, die laufend den realen Wert der Arbeitskraft senkt. c) Sozialpartnerschaftlich versumpfte Gewerkschaften, die sogar zunehmend zum Nominallohnabbau bereit sind. Diese Mittel wirken so stark, daß man, so schätze ich es ein, und so war es auch in der Vergangenheit, sie sogar zu Arbeitszeitverkürzungen bringen kann.

Und dann muß man dabei noch eines sehen. Die oberen physischen und psychischen Grenzen für die Erhöhung des Arbeitstages liegen heute nicht mehr bei 12, 14 oder 16 Stunden, wie im letzten Jahrhundert! Diese Obergrenze, bei der das Kapital beginnt, das Huhn zu schlachten, das ihm goldene Eier legt und bei dem selbst bürgerlich-kapitalistische Mahner auftreten und sagen: „Nun ist es genug, mehr geht nicht und ist nicht mehr in unserem Interesse“ —, diese Grenze haben wir heute schon bei einem 8-Stunden-Tag erreicht! Die Ausbeutung, der Leistungsdruck, der Streß, die Volksgesundheitszerstörung, die 50 Prozent Frührentner, die massenhaft zerrütteten Familienverhältnisse, der Alkoholismus und und und haben ein Maß erreicht, wo auch eine Verlängerung des Arbeitstages, auch wenn das Kapital das prinzipiell anstrebt, für selbige Kapital und seine Vertreter kaum noch zur Debatte stehen kann.

Warum schreibe ich euch überhaupt all diese, sicherlich kompli-

ziert zu lesenden Dinge? Zum einen, weil ich meine, man kann den Marx nicht nur einfach so referieren und dann hat man die Schlußfolgerung. Keine grundsätzliche Kritik am RM, um Gottes willen, nur: an der von mir behandelten Stelle habt ihr es euch etwas leicht gemacht. Vor allem aber, weil wir in der Frage des Lohnausgleichs keine falschen Töne (von wegen Knackpunkt und so) aufkommen lassen dürfen. Denn unter der Devise „Opfer bringen“ versuchen alle Gegner, den Lohnausgleich, das Geld also, auszuspielen gegen die Frage Freizeit und „Solidarität mit den Arbeitslosen“. Sie wollen die Kollegen dahin bringen, daß sie selber sagen, entweder helfe ich den Arbeitslosen und bringe mein Lohnopfer oder ich bin „egoistisch“ und arbeite weiterhin 40 Stunden für das Geld, was ich jetzt bekomme. Man wird sie beim Kampf um die 35-Stunden-Woche erpressen, um sie vor den Karren „ohne Lohnausgleich“ zu bekommen. Nationale Kurzarbeit aber wird alle in noch viel tiefere materielle Existenznöte stoßen, den Arbeitslosen auch nicht viel mehr Existenzmittel beschern und das Kapital als „kostenneutralen“ lachenden Dritten übriglassen!

Deshalb müssen wir mit aller

Kraft auf dem Knackpunkt „voller Lohnausgleich“ bestehen! (...)

Mit revolutionärem Gruß
P. aus Hamburg

Anti-DGB?

Wenn das Wörtchen wenn...
Der „Rote Morgen“ schreibt in Nr. 11/83 „6,5 Prozent sind durchsetzbar“. Diese Schlagzeile überrascht, da jeder Leser der bürgerlichen Presse weiß, daß keine der beteiligten Parteien 6,5 Prozent durchsetzen will. Die Gewerkschaft ist und das wissen — außer dem RM — alle, mit 6,5 Prozent in die Verhandlungen gegangen, um sich auf einen Kompromiß zu einigen.

Diese kalkulierte Ignoranz gegenüber den Tatsachen wird in einer Art begründet, daß es mir fast peinlich ist: „Wenn die IGM-Führung entschlossen wäre, diese Kampfbereitschaft konsequent ins Feld zu führen, könnte in diesem Jahr der Reallohnabbau gestoppt werden.“

Wie gesagt: Wenn das Wörtchen wenn nicht wär — müßte man nicht für Lohn gegen den DGB antreten.

H.J.L. aus Bremen

Leserbriefe

stellen natürlich, wie der Name sagt, die Meinung des Lesers dar. Wir halten es für richtig, die politisch wichtigeren oder aus anderen Gründen interessanteren Leserbriefe abdruckend (wobei wir uns das Recht auf Kürzung vorbehalten, es allerdings bisher nur einmal angewandt). Natürlich veröffentlichten wir solche Briefe auch dann, wenn sie nicht unserer Meinung entsprechen, weil dies auf jeden Fall der politischen Diskussion förderlich ist. Viele Leser haben uns nun des öfteren gefragt, warum wir keine Antworten dazu abdrucken. Nun,

wenn es wirklich wichtig ist, oder wenn sich bei einem Problem eine Reihe Stoff angesammelt hat, tun wir das, aber als Ausnahme, weil wir der Meinung sind, daß sofort immer zu antworten (abgesehen davon, daß es manchmal schwierig ist) — öffentlich wohlgekehrt — weder für den Sinn dieser Seite noch für den Tatendrang der Leserbriefschreiber besonders gut wäre.

Allerdings antworten wir jedem Schreiber mit einem Brief der Redaktion. Wer Interesse an der Antwort auf einen bestimmten Brief hat, die nicht veröffentlicht wurde, kann sich bei der Redaktion eine Fotokopie des „allgemeinen Teils“ bestellen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

☐ für 1 Jahr

☐ für 1/2 Jahr

☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich DM 60.-

☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf des Jahres eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD

☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteilbüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL SAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 13, 1 Nisan 1983

Yıl: 17

1 DM

Rappe'nin eseri

Hermann Rappe gerek IG Kimya sendikası başkanı olmak, gerekse SPD'nin Federal Parlamento milletvekili olmak için bir çok engeli yendi. Bu milletvekili göreviyle SPD fraksiyonunun sürdürdüğü bir tartışmada o, tamamen işçi çıkarlarının temsilciliğine yönelmesini talep etti. Onun bununla gerçekten neyi kasettiği açıktı: Partisinin solcu taleplere kayması-na karşı çıkıyordu.

Bu durum kimin için açık değilse, o, onun mimarı olduğu kimya dalındaki toplu sözleşme anlaşmasından görülebilir. Orada onun için birden bire sorunu artık işçi çıkarları oluşturmuyordu. "Tartışma konusu olmayan şeylerin bozguncusu" olarak kendisini kutlatmak isteyen o gerçekte ise böyle birisi değildir. Bundan ziyade onun "eylemi" "grev kırıcısı" başlığı altına geçirilmesini haklı kılıyor.

58 yaşından yukarı olanların tümü için Eylül ayından itibaren 35 saatlik iş haftası geçerli. İlk bakışta oldukça olumlu bir şey olarak görünüyor bu. Ancak buna karşılık 35 saatlik iş haftası talebi gelecek dört yıl ömürlü bir seviyeye düşürüldü; Rappe, DGB'nin gerekli önlemek için başı çekme rolünü oynadı. Ve ayrıca bu iki saat farkı için az olan bu işçi arkadaşlara fazla bir ücret dahi verilmedi.

Gerçi Rappe işçi arkadaşları için tam ücret ödentisini gerçekleştirdiğinden dem vuruyor, ancak bunun nezisi dahi doğru değildir. Ve aynı zamanda yapılan ücret anlaşması—ki çıkarlar için eğitim ödeneğinin yükseltilmesinden tamamen vazgeçildi.—kimya işçileri için ise 14 aylık geçerlilik süresini içeriyor. Bu, işçilerin lehine bir başarı değil, tam tersine kimya sermayesinin bir başarısıdır.

Onlar amaçlarını iki yondan gerçekleştirdiler: Birincisi onlar ücret ve iş koşulları anlaşmasının birleştirilmesi taleplerini, yaşama geçirtiler; ikincisi ise "yapılan ücret artışı anlaşmasını" yıl üzerinden hesaplayacak olursak, o zaman bunun gerçekten sermayenin talep ettiği ücretlerden vazgeçme çizgisi olduğu ortaya çıkar. Çünkü yapılan anlaşma yüzde 3 sınırının da altında bulunmaktadır. Ayrıca Rappe'nin bu sorunda metal işçilerinin arkasından teslimiyet bayrağını çektiğini de belirtmek isteriz...

Ostern yürüyüşlerine katılalım:

Ek silahlanma kararına hayır! NATO'dan çıkılmalıdır!

Ostern tatilinde tüm eyaletlerde yüz binlerce insan Ek Silahlanma Kararı'na, Amerikan yeni füzelerinin Federal Alman topraklarına yerleştirilmesine karşı sokaklara döküleceklerdir. Geçen hafta içinde Portekiz'de yapılan Nükleer Planlama Grubu'nun oturumunun da gösterdiği gibi, NATO strateji uzmanlarının füzelerin 1983 yılı sonbaharında yerleştirilmesi planına keskinleşen bağlı kaldıklarından dolayı, bu plana karşı direnişin mümkün olduğunca geniş yığınları kapsamasının önemi daha da artmaktadır. Bonn Hükümeti seçimin ardından, seçim sonuçlarını silahlanmayı sürdürülmesinin bir onayı olarak değerlendirdiğini sık sık vurguladı. Buna karşı durulmalıdır.

Kuşkusuz ki, artan yeni bir savaş tehlikesine karşı olan her insanın kaçınılmaz ve güncel görevi, Pershing 2 ve Cruise Missiles füzelerinin yerleştirilmesi planına karşı direnmektir. Bu direniş, silahlanma politikasını NATO çerçevesinde, silah teknolojilerinin ve intikam alma strateji uzmanlarının hizmetinde sürdürmek isteyen Bonn Hükümeti'ni hedeflemektedir.

Ne var ki, ABD Hükümeti'nin yeni planları, Reagan'ın son olarak yaptığı "yıldızlar savaşı" gibilerinden atom roketleri ileri donatılması öngörülen zırhlılara varıncaya dek; tüm bunların yanı sıra savaş tehlikesini artıran başka nedenlerin ve etkenlerin de olduğunu da gösteriyor.

Bugün Federal Almanya'da giderek yoğunlaştırılan intikam alma kışkırtması hiç bir şekilde ağır gevezeliği yapanların bir eseri değildir, tam tersine Avrupa sınırlarını değiştirmek isteyen bu insanlar NATO çerçevesi içinde kendilerini güçlü hissediyor ve bundan ötürü de

Federal Almanya'yı kendi çıkarları için bir savaş alanı yapmaya da hazırlar.

Saarbrücken Belediye Başkanı Lafontaine'in, "Federal Almanya'nın NATO üyeliğinin sürmesinin sorun edilmesi gerektiği şartların olabileceği" açıklamasına söyleyeceğimiz yalnızca bir tek şey var: Bu şartlar daha bugünden bile mevcuttur!

Savaşta ve intikam almada doğrudan çıkarları olan ser-

mayeye ve gericiğe karşı taraf-sızlığın ve Federal Almanya'nın NATO'dan çıkmasının gerçekleştirmesi, Federal Almanya için barışın korunması açısından büyük, önemli belirleyici bir adımı oluşturmaktadır. Bunun gerçekleştirilmesi demek, aynı zamanda Bonn'un ve mali sermaye merkezlerinin tüm silahlanma girişimleri ve stratejik hesaplamalar, planının üzerine kalın bir çizginin çekilmesi demektir.



Toptan çıkış planına karşı

Tersane işçileri greve gittiler!

Hamburg HDW tersanesi işçileri geçen hafta cuma günü bir işaret verdiler: Pazartesi günü greve gidecek olan Kielli meslektaşlarıyla ortak bir cephede yer almak için grevi pazartesine kadar sürdürmeyi kararlaştırdılar. Tersane Yönetim Kurulu daha şimdiden, Hamburg belediyesi temsilcisinin denetleme kurulunda işyerlerini yok etme planına "Hayır" oyu kullanması durumunda, hisse sahiplerinin bir toplantısını yaparak söz konusu planı onaylatmak istediğini belirtti.

Şimdiye değin elimize ulaşan haberlere göre cuma günü öğleden sonra yapılan grev toplantısında personelin "direnişin sürdürülmesinde kararlı olduklarını" dile getiren bir atmosfer gelişti. Ve bu atmosfer, bazı IGM yöneticileri tarafından en azından ilkin hiç bir şekilde planlanmamış olan bir duruma yani grevin pazartesi günü sabah vardiyasının başlamasıyla birlikte sürdürülmesi kararının alınmasına yol açtı.

Hamburg ve Kiel HDW tersanesinden 4000 yerli ve yabancı işçiyi işten atma planları, bu planların Federal Parlamento Seçimi'nden iki gün sonra du-

yurulması gerçek olgusu, yönetimin alçakca tutumu ve Ekonomi Bakanı Lambsdorff'un yardım yapılmasına ilişkin acımasızca red cevabı bu kararlılığın doğmasına yol açtı. Lambsdorff hafta sonunda bir kez daha, şimdi yalnızca Bonn'dan yardım isteyen tasarılar değil, aynı zamanda başka tasarılar da hazırlanmalıdır dedi. Ancak bilindiği gibi o bu gibi durumlarda, yani kendisi paraya ihtiyaç duyduğu zaman başka türlü davranmaktadır.

Yönetim Kurulu'nun planına karşı IG Metall sendikasının örgütlediği imza kampanyası ve personelin tüm eylemleri şimdi-



Geçen hafta cuma günü yapılan grev.



Tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftası
Son Bölüm

Sermayenin kriz rotasına karşı mücadele cephesi oluşturulmalıdır! Safya 2'de

Nikaragua'ya saldırının arkasında bulunan güç ABD'dir!

Honduras sınırında Nikaragua'ya saldırarak, yönetimdeki halk hükümetine karşı savaşan karşı devrimci birlikler ABD emperyalizmi tarafından eğitildi, desteklendi ve görevlendirildiler. Bu gerçek aynı zamanda son günler içerisinde ortaya çıkan veriler ve yapılan açıklamalar tarafından da vurgulanmaktadır. Kurtuluşunu elde etmiş Nikaragua'yı yeniden teslim alma planlarının elebaşları Washington emperyalistleridir.

Bir yandan Nikaragua'da saldırganlara karşı mücadele olanca şiddeti ile sürerken, diğer yandan ise uluslararası protestolar da giderek yükseliyor. Birleşmiş Milletlerde, Sandinist Hükümeti'ni, faşist diktatör Samoz'a'nın terör rejimi ile kıyaslayan ABD delegesi Kirchpatrick'in inkarcı konuşmasına karşılık, bir çok devletin temsilcisi, ABD'nin Orta Amerika'yı yeniden kendisinin tam hakimiyeti altına alma planlarını da mahkum ederek bu

aynılaştırmayı da reddettiler.

Halkın büyük desteğini alan—her geçen gün çok sayıda insan saldırganlara karşı çatışmaya katılmak istediğini bildiriyor—ülkenin ordusu duruma askeri olarak hakim olurken, buna rağmen Nikaragua'daki hükümet yetkilileri durumun bir bütün olarak küçümsenmemesi için uyarıda bulundular. Görüldüğü kadarıyla bu saldırganlık Nikaragua devrimine karşı kapsamlı bir planın yalnızca bir parçasını oluşturuyor.

Rüşvet yediren yalnızca Flick değil...

Flick'in Bonn'da çeşitli partilerin milletvekillerini satın alma olayı, kuşkusuz ki rüşvet yedirme skandallarının en doğrudan yapıları, en büyüğü ve en tanınmış olanıdır. Ancak ne var ki, büyük sanayinin şu an ki Bonn'daki hükümet partilerinin ve SPD'nin sağcı elemanlarının kasasına parası çok yönlü akmaktadır.

Nitekim CDU, FDP'nin çeşitli 31 bürosunda ve çeşitli özel şahıslarda yapılan aramalar da bu gerçeği bir kez daha tüm açıklığıyla ortaya koymaktadır. Örneğin mart ayı ortasında ortaya çıkarılan iki olayda, yani

"Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e.V." ve "Verband der Wirtschaft Baden-Württemberg zur Bildung neuen Eigentums-gewinnung" adlı kuruluşlardaki olayda bu gerçeği doğrulamaktadır. Bu iki kuruluşun başını çeken üyelerini Baden-Württemberg'deki en büyük iki tekel, yani Daimler Benz AG ile Robert Bosch GmbH oluşturuyorlar.

Özellikle bu iki tekelin kasasından, iki kuruluş aracılığıyla Baden-Württemberg CDU ve FDP partilerinin kasasına aşağı yukarı 8 milyon Mark aktı.

Tam ücret ve tam personel sayısı temelinde 35 saatlik iş haftası Sermayenin kriz rotasına karşı mücadele cephesi oluşturulmalıdır!

6 Mart'ta yapılan Federal Parlamento seçimleri şunu açıkça gösterdi: İşçi sınıfının bazı kesimleri gerici vaz geçme propagandasına ve sendika düşmanı demagojiye karşı dokunulmaz değildiler. Berrak bir perspektif olmadığı, işçi ve sendika hareketinin bir karşıt stratejisinin mevcut olmadığı zaman işsizlik korkusu koyu gericiğin fırsatçıları için verimli bir ortamı oluşturmaktadır. Aynı şekilde bu nedenden ötürü de 35 saatlik iş haftası uğruna mücadele önemlidir.

Milli beraberlik mi?

"Birlikte iktisadi kalkınmayı sağlarız." Birlik Partileri'nin bu seçim sloganı ile bize tümümüzün, yoksul ve zengin, işçi ve patronun, kiracı ve spekülâtörün, taksitle kredi ödeyen ve kredi veren kodomanların, işsiz ve bakanın aynı kayığın içinde bulunduğu kabul ettirmek isteniyor. Herkes fedâkârlık yapmalı, o zaman arabayı birlikte bataklıktan çıkarıp ve ekonomi tekrardan tıkrında gider deniliyor.

Aynı şekilde işçi sınıfının bazı kesimleri de bu sahte propagandaya kandılar. Bu işçi arkadaşlar için kötü bir uyanış olacak.

Beraberlik sözlerinin ardında yatan, işverenlerin kâr çıkarılarının acımasızca gerçekleştirilmesi, yoksullardan alınıp zenginlere verilmesidir. Tröstlerin, mali kodomanların kârlarının eksik olmaması için işçi ve memurların, küçük insanları diye anılanların soyup soğana çevrilmesidir. İşte Bonn'daki sağcı koalisyonun prorgamı budur.

Bu programa aynı zamanda önemli bir faktör olarak, hükümetin, gelecek yıllarda milyonlarca işyerlerinin yok edilmesine yol açacak muazzam rasyonelleştirme dalgasını tüm gücüyle desteklemesi de dahildir. Eh, nitekim "Alman Ekonomimiz"-in uluslararası alanda rekabet gücünü ispatlaması gerekir...

Kohl Hükümeti'nin programı diğer yandan işyerlerini garantiyecek ve işsizliği azaltacak tüm önlemleri acımasızca reddetmektedir. Örneğin buna 35 saatlik iş haftası da dahildir.

Sık sık sözü edilen iktisadi kalkınmanın olup olmayacağını hiç bir kimse önceden söyleyemez. Ancak ne var ki, şu önceden kestirilebilir: Gerçekten bir iktisadi kalkınma olacak olursa, bu uzun ömürlü olmayacaktır. Çünkü belirleyici eğilimi, kapitalist ekonominin dünya çapında etkilendiği, ağır aşırı üretim krizi oluşturuyor.

Şüphesiz ki, bu tür bir iktisadi kalkınmadan kâr edecekler kapitalistler olacaktır. Rasyonelleştirme dalgaları o zamanda sürecektir. Ücretlerin talan edilmesi son bulmayacaktır. İşsizlik hiç bir şekilde kendiliğinden gerilemeyecektir. En fazlasından bunun yükselme hızı geçici olarak azalmış olacaktır.

İster iktisadi kalkınma olsun, isterse olmasın, yoğun silahlanma ve savaş hazırlıkları, sosyal hakların kısıtlanması, zenginlerin lehine büyük dağıtım, büyük sermayenin kârlarını acımasızca teşvik etme politikası ancak işsizliğin daha da artmasına ve dolayısıyla da ekonomik krizin derinleşmesine yol açabilir.

Dayanışma paktı mı? mu?

Peki SPD'nin ve DGB'nin sağcı

yöneticilerinin alternatifleri ne? Güzel, onlar da bazen 35 saatlik iş haftasından dem vurmaktalar. Ama bunu nasıl gerçekleştirmek istiyorlar? Acaba kendilerinin vaz ettikleri, işverenler, sendikalar ve hükümetle "dayanışma paktı" ile mi?

Sermaye ve siyasi gericiğin kendi işçi düşmanı kriz rotasını acımasızca ilerletirken, sınıflararası işbirliği politikasının işçi ve sendika hareketinin köreltilmesine ve çaresizliğine yol açtığını son yıllarda yaşanan gerçekler her seferinde göstermedi mi?

Bonn'da hükümet, işveren ve sendika baş yöneticileri arasında yapılan her görüşmeden sonra DGB yöneticileri bize tarafların tümünün ortak hedeflerinde, yani görüşmeye katılanların işsizlikle mücadele edilmesinde hem fikir oldukları, yalnızca bu hedefe ulaşılması için gerekli olan araç ve yollar sorunu hakkında görüş ayrılıklarının bulunduğu şirin hikâyeyi anlattılar.

Sanki bu göstermelik sözlerle bir tek işçiye dahi yardım ediliyormuş gibi, onlar bol keseden attılar? Sanki somut önlemler, araçlar ve yollar sorunu, sorunun ne olduğunu ve kimin neyi savundğunu göstermiyormuş gibi davrandılar!

İster çalışma süresinin kısıtlanması için, istersede işyerlerini garantiye her hangi somut bir önlem olsun; Alman İşverenler Birliği (BDA) Başkanı Esser, Alman Sanayi Birliği Başkanı (BDI) Rodenstok ya da Alman Sanayi ve Ticaret Odaları Başkanı Wolf von Amerongen tarafından bu tür önlemler sürekli sert bir şekilde bloke edilmektedir. Kohl ve Lambsdorff da tamamen onların tarafında yer almaktalar.

Görüldüğü gibi, sosyal-demokrat "dayanışma paktı" tasarının hiç bir gerçek maddi temeli yoktur. İşsizliğe karşı mücadele ancak ve ancak sermayeye karşı sınıf mücadelesi sürdürmekle mümkündür.

Çalışma süresi ve sömürü

Fiili olarak üç milyon işsiz ordusundan ve mikroelektronik teknolojinin uygulanması sonucunda milyonlarca işyerinin daha yok edilmesi tehlikesinden dolayı çalışma süresinin etkili bir biçimde kısıtlanmasının gerekliliği elle tutulur bir şekilde ortadadır. Nitekim kapitalist birlikleri boşu boşuna çalışma saatinin her türlü kısıtlanmasını tavizsiz bir şekilde reddetmiyorlar.

İşverenlerin bu noktada neden bu denli sert bir tutum aldıklarını, sosyal ortaklık görüşünü bir tarafa bırakarak işçiler ile kapitalistler arasındaki ilişkiyi gerçek yanıyla ortaya koyduğumuzda kavranabilir: Sömürücülerle sömürülenler



arasındaki ilişki. Çalışma süresi sömürü süresidir.

Günlük 8 saatlik çalışma süresinde erkek ya da kadın işçi, hiç bir şekilde yalnızca kendi işgücünü yeniden üretmek için kapitalistten ücret biçiminde aldığı karşılığı üretmiyor. "İşgücü metası" tüm diğer meta çeşitlerinden farklı olarak tamamen özel bir niteliğe sahiptir. Bu, makina ve hammaddelerle birlikte üretim sürecine konulduğunda, kendi geçim vasıtalarının ötesinde, kapitalistin karşılıksız olarak kendisine malediği bir artı-değeri de üretmektedir. İşte kapitalistin kârı bu şekilde oluşmaktadır.

Diğer bir deyişle: İş günü (ya da iş haftası) bir gerekli bölüme ve fazla iş süresine ayrılmaktadır. Gerekli iş zamanı, işçinin kendi geçimi için (veya ücretinin) karşılığı ürettiği bölümdür. Buna karşılık fazla iş zamanı onun artı-değeri ürettiği, yani yalnızca kapitalistin kârı için çalıştığı diğer bölümü tanımlamaktadır.

Kâr, kapitalist üretimin temel amacıdır. Mümkün olduğunca yüksek bir kâr oranını elde etmek her kapitalistin amacıdır. Bu ise, kapitalistin, fazla iş zamanının gerekli iş zamanı ile olan oranısını büyütürken ya da gerekli iş zamanının fazla iş zamanı ile olan oranısını azaltarak gerçekleştirmek zorunda olduğu anlamına taşımaktadır. Peki o bu hedefe hangi tarzda ulaşabilir? Birincisi, çalışma zamanının basit bir şekilde büyütülmesi ile. İkincisi ise, aynı çalışma süresi zarfında daha büyük bir iş sonucunun elde edilmesiyle, yani üretim verimliliğinin artırılmasıyla.

Böylece, kapitalistin çalışma saatinin kısaltılmasının kendi çıkarları ile esasen bağdaşmayan bir şey olarak ele aldığı açıkça ortadadır. Onun amacı çalışma süresini mümkün olduğunca uzatmaktır. Bugün yaşadığımız ekonomik krizden dolayı o buna daha da teşvik edilmektedir. Çünkü kapitalist

kârını azaltan kapasitelerin tam olarak çalıştırılmamasını, kısa mesaiyi ve diğer etkilerini ancak artı-değer oranını yükseltmekle, yani işçisi üzerindeki sömürüyü artırmakla denkleştirebilir. Daha yüz yılı aşkın bir süre önce Karl Marks şu tespiti yapmıştı:

"Üretime araç verildiği ve haftada yalnızca 'kısa süre' yalnızca az gün çalışıldığı krizler, kuşkusuz ki iş gününün uzatılması dürtüsünden hiç bir şey değiştirmemektedir. İş ne kadar az olursa, o kadar da yapılan işten edilen kârın büyük olması gerekir. Ne kadar az zaman çalışabilirse, o kadar da daha Surplus iş zamanı (fazla iş zamanı, KŞ) çalışmalıdır." ("Kapital", Birinci Cilt.)

Buna bir başka bakış açısını da eklemeliyiz. Çalışma saatinin gerçekçi bir kısaltılması kapitalistin işgücü talebine etki yapmaktadır. Nitekim bu sendika bakış açısı yönünden de amaçlanmaktadır. Bu ise işçi ve sendika hareketi için işveren saldırılarına karşı direniş şartlarının düzeltilmesi anlamına taşır. Kapitalistlerin, ücret seviyesinin düşürülmesi, işçilerin haklarının sınırlandırılması ve sendikaların etkisinin zayıflatılması için her türlü yola başvurdıkları bir ortamda sorunun bu yanı da önemsiz değildir.

Tam ücret karşılığı belirleyici noktayı oluşturmuyor

Görüldüğü gibi, işverenler tarafından çalışma süresinin kısaltılması sorununda eğilmez bir tutum takınmalarının derinde yatan nedenleri vardır. İşverenlerin sert tavırlarını terk etme umudu nedeniyle tam ücret karşılığında vaz geçmek isteyen sendikacıların bunun bilincinde olmadıkları görülmüyor. Bu beslenen umutlar haklı değildir. Elbette, tam ücret karşılığı talebi, tamamen işverenlerin

istegine göre değildir. Nitekim haftalık çalışma saatinin tam ücret karşılığında 5 saat kısaltılması hesap yoluyla ücretlerin nispi olarak yüzde 12,5 yükseltilmesi demektir. Ama buna rağmen, tam ücret karşılığı sorunu belirleyici noktayı oluşturmuyor. Çünkü ücretlerin bu nispi olarak yükseltilmesinden daha da acıklı bir şekilde kapitalistleri artı-değer oranının azaltılması etkilemektedir.

Diyeelim ki, bugün 8 saatlik işgününe göre gerekli iş zamanı ile fazla iş zamanının oranı 4 saate 4 saat. (Tahminen daha bugünden gerekli iş zamanının artı-değer oranı yüzde 100'dür. İş gününün 7 saate düşürülmesi ile birlikte gerekli iş zamanı ile fazla iş zamanının oranı dört saate 3 saat olacaktır. Böylece artı-değer oranı yüzde 100'den yüzde 75'e düşmüş olacaktır.)

Demek ki, kapitalist kısaltılan iş zamanı için bir Pfennig dahi ödemek zorunda olmasa bile, onun sermayesinin verimi böylece oldukça daha az olacaktır.

Buradan da anlaşılacağı gibi, ücretlerin denkleştirilmesi sorunu, kapitalistler tarafı için belirleyici değildir. Onların direnişi ancak şu ya da bu şekildeki görkemli grev mücadeleleri ile kırılabilir. Buna karşılık tam ücret karşılığı talebinden vazgeçmek, şüphesiz ki bizim saflarımızın gücü için olumsuz etki yapar. Bugün hangi işçi arkadaş hiç bir güçlük karşılığında kazanmanın düşürülmesinin üstesinden gelebilir?

İşverenler penceresinden...

İşverenler, çalışma süresinin kısaltılmasının işyerlerinin garanti edilmesi için bir araç olmadığını ileri sürerek bizde güvensizlik yaratmaya çalışmaktalar. Bunun "Alman Ekonomimiz"-in uluslararası alandaki rekabet gücünü etkilediği ve böylece işyerlerinin tehlikeye girmesini ek olarak etkilediğini söylüyorlar. İşverenler penceresinden bakı-

lacak olursa kendilerinin kârlarını azaltan her şey kötüdür, ancak kârlarını yükselten her şey iyi ve olumludur. Ne var ki, bu mantığa göre hareket edilirse, işçilerin durumunun hiç bir zaman her hangi bir talep ileri sürmedikleri zaman daha iyi olacağıdır.

Daha yüz yıl önce, Almanya'da işçi hareketi 10 saatlik iş gününün uygulanmasını talep ettiğinde, kapitalistler ve onların Reich Başbakanı Bismark, bunun "Alman Ekonomimiz"-in çökmesi demek olduğu, çünkü böylece onun uluslararası rekabet gücünün yok edildiği yaygarasını kopardılar. Bizim öncellerimiz bu işveren mantığı ile kendilerinin yığınlağa kapatılmalarına izin vermediler, çünkü işçilerin kârın tokluğu ücretine kapitalistlerin sıhhati bozucu fabrikalarında günde 12, hatta 16 saat çalışmaları dönemler artık çoktan geride kaldı.

Ek olarak şunu da vurgulayalım: Bugün işverenlerin ve onların partileri, bizim onlara yıl önce aştığımız bir sosyal seviyeyi geri götürmeye çalışıyorlar. Aynı şekilde bunun içinde aynı gerekçelendirme gösteriliyor: Uluslararası rekabet gücü. Ancak aynı sözleri diğer ücretliler ülkelerindeki kapitalistler de söylemekte.

Peki burada "Ekonomimiz" ne demek oluyor? Bu, işverenlerin kâr ekonomisi değil de gerçekten bizim ekonomimiz olsaydı, nasıl olurdu yoğun emeğimiz sonunda ürettiğimiz mal fazlalığı, yoksulluk ve işsizlik olarak bizim üzerimize yüklenebilir? O zaman bugünkü yüksek üretim verimliliğinde çalışma süresini tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftasına düşürmek sorun olamazdı!

Sermayenin ücretli emeği sömürüsüne dayanan bir ekonomi, bize, ücretlilere hizmet etmiyor. Ve tüm yükleri sürekli yalnızca bizim üzerimize yığılan işverenlerin kapitalist rekabet mücadelesi de hiç bir zaman bizim sorunumuz olamaz.

(Devamı sayfa 3'te)

Metal işçileri uyarı grevi yaptılar:

“Bugün hazırız: ücretlerin talan edilmesine karşı ancak grevin bir faydası olabilir”

BOCHUM/BATI BERLİN. — Şimdiye değin yapılan uyarı grevlerine yüzbinlerce yerli ve yabancı işçi katıldı. Bu makaleyi yazdığımız ana kadar bu eylemlere katılanların sayısının toplam olarak 600 bini bulmuş olması gerekir. Yapılan bu eylemler, zor şartlara rağmen yaygın bir grev için gerekli mücadele azminin olduğunu açıkça gösteriyorlar. Bu yılki uyarı grevi hareketini temsilen aşağıda iki işletmenin personelinin çeşitli eylemleri üzerine bilgi vereceğiz.

Batı Berlin'deki BMW işçilerinin 16 Mart'ta düzenledikleri uyarı grevi mücadelesi ve örnek bir konuma sahipti. İki saatten fazla süren uyarı grevi boyunca tüm motorsiklet işletmesinde üretim tamamen durduruldu. 400 kişilik yürüyüş kolunun önündeki işçiler karton üzerine açık bir şekilde okunabilecek sloganlar yazmıştı: “Grev” IG Metall sendikasının megafonlarıyla halka toplu sözleşme anlaşmazlığı ve sendikaların hedefleri üzerine bilgi verildi. Aynı şekilde geleneksel ve yeni işçi marşları çalındı.

Grevde bulunan işçiler eylemleri esnasında şu sloganları gür bir şekilde haykırdılar: “Ücretlerin dondurulması mı? Asla, hayır! — İşte biz tamda buna karşı BMW’de grevdeyiz!”, “Çalışan insan uyan ve kendi gücünü gör, senin güçlü kolun çalışmak istemediği zaman tüm çarklar durur”, “Bugün hazırız: Ücretlerin talan edilmesine karşı ancak grevin bir faydası olabilir”, “Alman ve yabancı işçiler, el ele ücretlerin talanına karşı direniyoruz!”, “Zenginler daha da zenginleşirken, buna karşılık bizim cepimiz ise daha da hafiflemektedir.”; “Daha sonra bizim gerçek ücretlerimizin düşürülmesine yol açan vergiler kapitalistlere hediye edilmektedir”; “Ücretlerin talan edilmesine, sefalet ve savaşa karşı yalnızca işçilerin birliği zafere götürür!”,

“Rekabet ve bölünmek yerine işçi birliği! Birliğimizi korumalıyız!”, Bunların yanı sıra büyük bir pankartın üzerine yazılmış sloganla da şu talep ediliyordu: “Bunalımın faturasını zenginler ödesinler!”

Spandau'daki BMW işletmesinde uyarı grevine ilk olarak cırıklar da katıldılar. Bu uyarı grevi esnasında IG Metall Sendika Temsilciler Kurulu Başkan

Batı Berlin BMW işletmesinde çalışanların çoğunluğunu yabancı işçiler oluşturduğundan dolayı Türkçe ve Sırpça da iki kısa konuşma yapıldı.

22 Nisan Salı günü, yani işverenlerin Bavyera’da görüşmeleri sürdürmeyi reddettiler provakasyondan sonra, IG Metall sendikası Bochum’da büyük bir uyarı grevi düzenledi. Uyarı grevine katılanların ana çekirdeğini Bochum Opel işletmelerinde çalışan yerli ve yabancı otomobil işçileri oluşturuyorlardı. Sabah vardiyasında çalışan 1 Nolu işletmedeki işçiler, IG Metall Merkez Yönetim Kurulu’ndan baş konuşmacı olarak Hans Preiss’in bulunduğu büyük miting yapılacağı alana, şehir merkezindeki Husemann-Platz’a doğru yürüdüler.



IGM'nin geçen hafta salı günü Bochum'da düzenlediği uyarı grevi.

kanı Rainer Knirsch tarafından üzerine basa basa vurgulandı. Knirsch arkadaş yaptığı konuşmasında, toplu sözleşmeler esnasında son yıllar içinde yapılan uyarı grevlerinin, sendikaların işçilerin ve memurların mücadelesini kararlı bir şekilde harekete geçirdikleri zaman onların kendilerini savunabileceklerini ve işverenlerin saldırılarını durdurabileceklerini gösterdi dedi.

İlerici yabancı derneklere karşı yeni saldırılar planlanıyor

Bir kaç hafta önce Türkiye’li Örgüt Dev Sol ve Halk Der işçi dernekleri yasaklandılar. Yasaklanma gerekçesini diğer şeylerin yanı sıra onların Türkiye’deki faşist cuntaya karşı faaliyetlerinin “Alman politikasının çıkarlarını” etkilemesi oluşturuyordu.

Şu an Batı Berlin’deki bir sığınma davası çerçevesinde açığa çıkarıldığı gibi, Bonn Ankara’daki faşist çete ile işbirliği temelinde Kürt Örgütü PKK’nın ve Türkiye’li işçi ve öğrenci dernekleri olan ATİF ve ATÖF’ü yasaklamayı planlıyorlar.

Gerek tutuklu bulunan Dev Sol ve Halk Der üyeleri, gerekse yasaklanma tehlikesi ile karşı karşıya olan diğer yabancı, özellikle de Türkiye örgütlerinin üyeleri sınır dışı edilmek isteniyorlar. Bu ise, sorunu Türkiye’li indirdiğimizde işkence ve ölümden başka bir anlam taşımaz. Buna karşılık Federal Almanya’da aktif bir faaliyet sürdüren ve kendilerini genellikle “Kültür Derneği” kisvesine büründüren gerçek teröristler olan MHP’li faşistlere ise meydan boş bırakılıyor. Nitekim geçenlerde Zimmermann’ın İçişleri Bakanlığı’ndaki müsteşar Carl-Dieter Spranger, Almanya’da Bozkurt (MHP’li faşistlerin) diye bir örgütün bulunmadığını söyledi.

Bonn’daki yeni hükümet bu tehditinde ciddi olduğunu ispatladı bile. Federal Almanya’daki biz Türkiye’lilerin bazı örgütlerine saldırılar, tüm yabancıların, her şeyden önce de biz Türkiye’lilerin tüm siyasi haklardan yoksun bırakılmamıza hizmet ediyor ve alınmak istenen bu yeni önlemler, şimdiye değin olan yasal sınırlamaları gölgede bırakmaktadır. CDU/CSU partileri yabancıların, özellikle de biz Türkiye’lilerin örgütlenme ve yürüyüş özgürlüğünü tamamen tasfiye etmek istemektedirler.

Daha önce “Kızıl Şafak”ta da belirttiğimiz gibi, Dev Sol’un ve Halk Der’in yasaklanması için gösterilen aynı gerekçelerle diğer yabancı örgütler ve bunun ötesinde bir bütün olarak Batı Alman solu da yasaklanabilir.

Bunun için talebimiz şu:

★ Dev Sol ve Halk Der’e özgürlük!

★ Hiç bir ilerici ve demokratik Türk ve Kürt örgütü daha yasaklanmamalıdır!

★ Bozkurtlar yasaklanmalıdır!

★ Federal Hükümet’in yabancı düşmanı politikası durdurulmalıdır!

Husemann-Platz’ta aynı şekilde uyarı grevine giden diğer metal işletmelerinden işçiler de toplanmıştı.

Ne var ki, IG Metall Yerel Yönetim Kurulu bu eylemi hatalı bir biçimde organize etmişti. Çünkü Opel işçilerinden oluşan, özellikle akşam vardiyasında çalışan ikinci bir yürüyüş kolu büyük miting sona erdikten sonra miting alanına ulaştı. Bu arkadaşlar bundan dolayı haklı olarak kızgındılar.

Bochum’da düzenlenen bu eylem toplam olarak 8 bin yerli ve yabancı işçi ve memur katıldılar. KPD, uyarı grevi esnasında işçiler KS’ın geçen sayısında başyazı olarak yayınlanan bir bildiriyi dağıttı.

Miting anında taşınan pankartların üzerinde diğer şeylerin yanında şunlar yazılıydı: “Yüzde 6,5 için kararlı mücadele!”, “İşverenler hareket edin, yoksa biz sizi hareket ettiririz”, “Bu ücret politikası biz Rheinhagenli kadınların midesine oturuyor”, “Kinimiz büyük, biz gerçek ücretlerimizi istiyoruz”, “Rheinhagenli Kadınlar”, “Bizim talebimiz ne yüzde 2, ne yüzde dörttür, biz yüzde altı talep ediyoruz!”

İşverenlerin saldırısına karşı mücadele!

(Baştarafı 2. sayfada)

Bizim muhaliflerimiz ne “rekabet” ne de “Japonlar” vs.’dir. Tam tersine bizim muhaliflerimiz, emeğimizden kendilerine servet edinen, kâr hırslarından ötürü bizi sokağa atan, ücretlerimizi düşüren, bizi acımasızcasına işe koşturan sömürücülerdir; ister Alman, isterse başka bir milliyetten olsun, kapitalistlerdir.

Bizim zaafımız, kapitalistlerin bizi, vasıflı vasıfsız işçi, işçi ve memur, erkek ve kadın, Alman ve Yabancı, genç ve yaşlı işçi vs. diye bölmelerine izin vermemizdir. Buna karşılık bizim gücümüz, birliğimiz ve dayanışmamızdır, işçiler devlet sınırlarını aşan uluslararası dayanışmasıdır. Örneğin Danimarka Liman işçileri için bir grevi gerçekleştirmek zorundaydılar, o zaman Alman liman işçileri onlara arkadan saldırı-mamalıydılar. Tabi ki bunun aynı Danimarka işçileri için de geçerlidir.

İşsizliği önlemek ve ücretlerin durumunu düzeltmek için 35 saatlik iş haftası her tarafta ve herkes için gereklidir. Bunun Almanya’da, Japonya’da ya da ABD’de olması bir şey değiştirmez. Ve bu talebin başlıca bir imtiyazı, ulusal çitleri aşarak tüm ücretlileri birleştirmesi ve gerek ulusal alanda gerekse de uluslararası alanda sermayeye karşı mücadelede dayanışmayı teşvik etmesidir. Bir çok ülkede

işçiler ve memurlar bu talep uğruna mücadeleyi çoktan başlatırlar.

İster metal işçisi, ya da kimya işçisi olsun, ister işçi ya da memur olsun, ister genç ya da yaşlı işçi olsun; bizim hepimizin 35 saatlik iş haftasına ihtiyacı vardır. Çünkü bu hepimizin işyerini garantilemekte ve daha fazla boş zamanımızın elde edilmesini sağlamaktadır. Öyleyse tam ücret ve tam personel sayısı karşılığında 35 saatlik iş haftasını gerçekleştirmek için hepimiz güçlü ve görkemli tek bir mücadele cephesinde birleşelim!

Bu mücadele işverenlerin saldırılarına karşı da bir cevabı oluşturur. Sendikalarımızın nihayet köşeye sıkışmışlığına son vermesine yol açar. Ve bu sermayenin kriz rotasına karşı alternatif bir stratejinin en önemli unsurudur.

Muhakkak ki, bu oldukça çetin, sert ve bizden fedakârlıklar gerektiren mücadele olacaktır. Ancak çelik işçilerinin altı hafta boyunca 35 saatlik iş haftası uğruna mevzilerini korudukları 1978/79 kışındaki grevi hatırlayalım. O zaman bu tür bir hedefin işçi sınıfında güçlerin oluşmasını sağladığı ve bunun içi halkın geniş kesimlerinde kendiliğinden dayanışmaya yol açtığı yaşandı. O halde: 35 saatlik iş haftası mümkün olduğunca en kısa zamanda gerçekleştirilmelidir!

NPD yasaklanmalıdır!

Faşist Almanya Milliyetçi Partisi, NPD 27.3.1983 tarihinde Frankfurt’ta eyalet parti kongresini yapmak istiyordu. Kongre tarihinin öğrenilmesi anti-faşistlerin yoğun protestosuna yol açtı. Aynı şekilde DGB’de belediyeye faşistlerin toplantısının yasaklanması için etki yaptı.

Anti-faşistlerin bu şekilde davranmaları olumlu bir şeydir; Nazi partisinin toplantı ve gösteri yapmak istediği her tarafta bunların yasaklanması için adım atılmalı ve anti-faşistler Nazilere hiç bir toplantı salonunun dahi verilmemesi girişiminde bulunmalıdır.

Ancak bu tür girişimlerin tümünü topladığımızda, yalnızca bir kaçında başarı elde edildiğini görürüz. Batı Alman makamları genellikle şu gerekçeye başvuruyorlar: NPD resmi bir partidir, bunun için bir şey yapamayız.

NPD’nin resmi bir parti olduğu doğrudur. Ve görüldüğü gibi bu partiye toplanma özgürlüğünün tanınmaması talep etmek yetmiyor.

Bunun için biz diyoruz ki: Her tarafta soruna ana noktasından yaklaşılmalıdır. Protestolarda kararlı bir biçimde NPD’nin yasaklanması talep edilmelidir.

NPD’nin resmi bir parti olarak kalmasına izin verildiği sürece, faşizmin kendisini “tamamen normal” bir şey olarak, her zaman siyasi alternatif olarak ortaya koymasına izin verilmektedir.

Bu özellikle de, geçmişte iktidardaki faşizmin katlettiği sayısız insanlarla alay etmek olduğundan dolayı da muhkum edilmektedir. NPD’nin legal olarak var olması bugün ve gelecek için özellikle de gençliğin aydınlatılmasını önler, ikinci dünya savaşını, faşizmin karanlık iktidarını yaşayan ve bir daha buna

izin vermemek için faşizmi kökünden kazmaya and için tutarlı Alman demokratlarını bu istemini ölemektedir. Ancak görüldüğü gibi bunların hiç biri hakim sınıfları ve onların Bonn’daki hükümetini zerre kadar ilgilendirmiyor.

NPD’nin legal varlığı tüm siyasi gericiğe hizmet etmektedir. O, kendilerini “Demokratik orta” diye tanıtan büyük partilerin çok yönlü pis işlerini yükleniyor ve onlar da bunu daha sonra kullanmasını biliyorlar. Örneğin onun biz yabancılara karşı açıkça kışkırtma yapılmasına, sınırsızca, intikam alma ve militarizm propagandasına vb. şeylere izin veriliyor, hatta bunlar bizzat devlet tarafından teşvik ediliyorlar. Çünkü onların legal varlığı, bir çok noktada onlarla aynı görüşü paylaşan gerici partilerin kendilerini her zaman sözlü olarak onlardan ve onların sürdürdüğü propagandanın uzak tutmalarına hizmet ediyor. Ve onların savunduğu bu düşüncelerin halk arasında propagandasının yapılması tam bir hoşgörü ile karşılanıyor.

Çünkü onlar kendilerinin gerçekleştirmek istediği gerici, savaş kışkırtıcı politikalarını kolaylaştırıyorlar. Özellikle bu daha net bir şekilde yabancılar politikasında görülmektedir. CDU/CSU 1990 yılına kadar 2 milyondan fazla yabancıyı sınır dışı etmek istiyorlar. Örneğin bu durumda onlar NPD ve “Yabancıları Durdurun İncisiyatifleri”nin propagandasından çok iyi bir şekilde faydalanabilmektedirler.

Bir diğer nokta da şudur: NPD, ayrıca son yıllar içinde de bir çok insanı katleden boz teröristlere de hizmet etmektedir. NPD onlar için yedeklik alanı olma görevini görüyor. Bugün tanınmış “Savunma gruplarının” ve diğer çetelerin başbuğlarının bir çoğu NPD’den ayrılmıştır. Makamlar bunu bil-

melerine rağmen, tüm bu gerçekleri görmemezlikten geliyorlar.

Biz, bu yıl 30 Ocak’ta 100 bini aşkın anti-faşist ve demokratın haklı olarak uyarıda bulunduğu faşizm tehlikesinin esas olarak NPD’den geldiği düşüncesinde değiliz. Derin kriz durumlarında hakimiyetlerini korumak için parlementer sistemin yerine en gaddar, en terörist diktatörlüklerini geçiren mali sermaye çevreleri, bugün özellikle şimdiye değin onlardan daha da açık bir şekilde CDU/CSU’yu tercih etmekte, ve onlar Bonn’daki değişikliği hedefli olarak sağladılar. Bunun için bugün anti-faşist mücadele her şeyden önce siyasi gericiği hedeflemelidir.

Fakat bu doğru perspektife

rağmen, NPD’ye karşı ve onun yasaklanması için mücadele anti-faşist savaşının önemli bir parçasıdır. NPD’nin ve faşist, ırkçı propagandanın yasaklanması, bugün kendilerini “demokrat orta” diye tanıtanların yüzlerindeki maskelerini fırlatmalarını ve kendilerini daha kolay bir şekilde teşhir etmelerini sağlar, gerici politikaya ve gerçekten mevcut olan yeni bir faşizm tehlikesine karşı direnişi kolaylaştırır. Ve bu adımı atılmasının, militan Nazilerin faaliyetlerini zorlaştıracığı ve bugün kürsen resmi olarak faaliyet sürdüren terör çetelerine karşı daha sert önlemlerin alınmasına yol açacağı elle tutulur bir şekilde ortadadır.

Bunun için partimiz KPD, tüm yerli ve yabancı anti-faşistleri, faşist örgütlerin yasaklanması için ve faşizm tehlikesine karşı ortak mücadeleye çağırıyor.

KPD Merkez Yayın Organı’na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK“ı

.....sayısından

itibaren

ismarlamak

istiyorum



O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı:

Cadde:

Şehir:

Tarih:İmza:

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız: Verlag “Roter Morgen”, Wellinghofer Str. 103, Postfach 3005 26 4600 Dortmund 30.